1 H 3752 C

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands

Nr. 6 vom 11. Februar 1983 | 17. Jahrgang | 1 DM

Wahlinfo Nr. III

Zur Friedenspolitik

Aufkündigung des NATO-Doppelbeschlusses

BRD — raus aus der NATO

Seiten 8 und 9

Schutzmacht

Wie selten jemals zuvor bekräftigen gerade die Vertreter der schwarzen Parteien in diesen Tagen die Freundschaft zum Partner jenseits des Atlantik, zu Washington, zur Militärmacht USA.

Wie der so oft beschworene Schutz der USA aussieht, erfahren gerade wieder verschiedene Völker in der Welt. Ein „Hilfsprogramm" der USA in Höhe von neun Milliarden Dollar wird für „befreundete Staaten" verabschiedet. Unterstützt werden mit diesem Geld u.a. das Mörderregime von El Salvador, die israelischen Zionisten und nicht zuletzt die Henker-Generäle von Ankara.

Um ihre Rolle als Schutzmacht noch zu verdeutlichen, finden jetzt im Februar US-Manöver statt. An den Grenzen Nicaraguas probt die US-Army Krieg, in Südkorea starten sie das größte Manöver seit dem Ende des Korea-Krieges. Nord-Korea hat gegen diese Kriegsdrohung mobil gemacht. Völlig zu Recht. Denn das ist der beste Schutz vor dieser „Schutzmacht".

Der Schlächter von Lyon

Klaus Barbie ist Deutscher. Der ehemalige Polizeichef von Lyon hatte Spaß am Foltern und Töten. Foltern und deportieren ließ er mehr als 7000 Widerstandskämpfer und Juden, ermorden mehr als 4000. Persönlich hat er den Führer der französischen Résistance, Jean Moulin, zu Tode gefoltert.

Klaus Barbie ist Deutscher. Aber nicht die deutsche Bundesregierung hat sich um seine Auslieferung aus Bolivien ernsthaft bemüht. Sie ließ zwar im Mai 1982 endlich formell einen Auslieferungsantrag stellen, unternahm aber weiter nichts. 1971 war sogar ein Ermittlungsverfahren gegen Barbie eingestellt und erst nach massiven internationalen Protesten wieder aufgenommen worden.

Die Auslieferung erreichte die französische Mitterand-Regierung mit der neuen sozialdemokratischen Regierung in La Paz. Bei uns werden derweil weiter SS-Mörder freigesprochen, erhalten Widerstandskämpfer keine Altersversorgung, werden ihre Kinder mit Berufsverbot belegt. Die Rechtsnachfolger des „Dritten Reiches" haben viel vom alten Geist bewahrt.

Jetzt erst recht: Gemeinsam gegen rechts!

Kapitalisten wollen Wähler erpressen

Daß die Kapitalisten nach dem 6. März eine Unionsregierung haben wollen, haben sie deutlich genug gemacht. Zu der umfangreichen Propaganda und den umfangreichen Geldzuwendungen — bei denen allerdings auch die anderen Bonner Parteien nie ganz leer ausgehen — kommt nun von Seiten einiger Unternehmer ein weiteres Mittel der Wahlbeeinflussung hinzu: Offene Erpressung durch „Investitionsstreik" und angedrohte Kapitalflucht im Falle einer Niederlage von CDU und CSU.

Die Unionsparteien setzen die neue Wahlkampfmunition dankbar ein. Die „größte Kapitalflucht der Nachkriegszeit" und einen „drastischen Niedergang der deutschen Wirtschaft" prophezeit Finanzminister Gerhard Stoltenberg. Und CDU-Generalsekretär Heiner Geißler weiß, wo man Druck machen muß, Unsicherheit und Angst erzeugen: „Wer am 6. März SPD wählt", so hält er den Arbeitern vor, „muß sich klar sein, daß er damit seinen eigenen Arbeitsplatz gefährdet."

Den Hintergrund dieser drohenden Sprüche bilden die Maßnahmen bestimmter — vor allem mittelständischer — Unternehmer, Investitionen und Aufträge an einen Wahlsieg der Union im März zu binden. Andernfalls sollen auch bereits erteilte Aufträge wieder zurückgezogen werden. Am meisten engagiert in dieser Hinsicht zeigen sich Unternehmen der Automobilbranche, und da sind durchaus auch größere mit von der Partie. Dazu sagte Stoltenberg in einem Interview mit dem „Spiegel": „Der Geschäftsführer des Verbandes der Automobilindustrie hat gesagt, daß bei den Nutzkraftfahrzeugen etwa 50 Prozent der Aufträge in diesen Wochen mit einem Terminvorbehalt für den März versehen werden. Große deutsche Firmen, wie zuletzt MAN-Roland, haben erklärt, daß ein erheblicher Teil ihrer Aufträge mit diesem Vorbehalt versehen sei. Es gibt diesen Sachverhalt. Er ist deshalb auch von uns zu Recht in die politische Debatte eingeführt worden ..."

Es haben sich auch schon Richter gefunden, die diese Unternehmerwünsche zur Grundlage für ihre Urteile nehmen. Das Arbeitsgericht Radolphzell bestätigte einem Konstanzer Kapitalisten, er müsse einen entlassenen Angestellten nur dann wieder einstellen, wenn „nach dem 6. März die bisherige Koalition oder die CDU/CSU allein" regiere. Schließlich gebe es einen „Zusammenhang zwischen Investitionsbereitschaft und Wahlausgang". Und das fand das Gericht offenbar in Ordnung.

Diese Erpressung, diese Herausforderung darf nicht unbeantwortet bleiben. Der Widerstand vor allem der Arbeiterschaft ist geboten. Und wird gefordert in Gewerkschaften und Betrieben.

Die SPD allerdings beläßt es bisher bei der empörten Feststellung, hier werde „Klassenkampf von oben" betrieben, hier handele es sich um einen „Anschlag auf den sozialen Frieden". Den man — um welchen Preis eigentlich noch? — unbedingt erhalten möchte. Statt über die Gewerkschaften den kämpferischen Widerstand der Betroffenen, den Klassenkampf „von unten" zu entfachen und zu organisieren. Aber die SPD möchte den Kapitalisten am liebsten beweisen, daß sie ihre Geschäfte als Regierungspartei besser führen könne als die CDU/CSU.

Die Arbeiterklasse darf ihr Schicksal nicht an das Wohlergehen ihrer Ausbeuter knüpfen. Jetzt erst recht alle gemeinsam gegen die schwarze Reaktion.

Absoluter BRD-Höchststand erreicht

Arbeitslos — hoffnungslos?

Die Zahlen der arbeitslosen Menschen in der BRD wachsen kontinuierlich, Monat um Monat an. Fast 2,5 Millionen waren es Ende Januar. Dazu kommt eine erhebliche Zahl, die nicht bei der Bundesanstalt für Arbeit (BfA) registriert sind. Die BfA gab zum ersten Mal offiziell eine Schätzung bekannt, nachdem dies mehr als 800000 Menschen sein sollen.

Trotz allem Gerede zeigt die Statistik die Verhältnisse genauer auf, als es die Bonner Propaganda wünschen kann. Rund 270000 Menschen wurden neu als Arbeitslose gemeldet, die vorher in schulischer oder beruflicher Ausbildung waren, davon kamen fast 190000 aus der Schule. Das widerlegt das gesamte „genügend-Lehrstellen"-Gerede, das die Unternehmer seit langem betreiben.

Eine deutliche Sprache spricht auch folgende BfA-Statistik: Im Dezember blieben über 750000 Menschen, die als arbeitslos registriert sind, ohne jegliche Unterstützung der BfA, bezogen also weder Arbeitslosengeld noch Arbeitslosenhilfe. Zählt man die nichtregistrierten dazu, sind dies anderthalb Millionen Menschen, die auf Sozialhilfe herabgedrückt werden.

Daß zu den registrierten Arbeitslosen auch eine runde Viertelmillion Frauen, die seither Teilzeitarbeit machten, sind, sowie noch einmal weit über 120000 schwerbehinderte Männer und Frauen, das zeigt „Problemgruppen" deutlich an, wo zuerst entlassen wird. Daß es — eigentlich — Pflicht ist, Arbeitsplätze für Schwerbehinderte zur Verfügung zu stellen, kümmert keinen, am wenigsten die Unternehmer, die nur ausnahmsweise mal die paar Mark „Strafe" bezahlen.

Die Konzepte „gegen" die Arbeitslosigkeit, die auf der Politik der Volksgemeinschaft oder auch der Sozialpartnerschaft basieren, haben insgesamt versagt. Weder führen steigende Profite zu Neueinstellungen im größeren Ausmaß, wie es die CDU/CSU/FDP im Auftrag des Kapitals zum Kern ihrer Politik gemacht hat (was auch schon in USA und Großbritannien deutlich wurde), noch war die von der SPD-Führung neu aufgelegte „Solidargemeinschaft" mit dem jetzt so formulierten Vogelschen „nationalen Solidarpakt" in der Vergangenheit erfolgreich. Höchstens als Mittel zum Abbau von Arbeitsplätzen.

Der Kampf für ein echtes Beschäftigungsprogramm aber kann nur ein Kampf gegen die Unternehmer sein, gegen deren Profitinteressen. Weil er dazu keinerlei Anstalten macht, im Gegenteil Interessengemeinschaft zur Voraussetzung macht, hat auch der DGB mit seinem 50-Milliarden-Mark-Beschäftigungsprogramm seit zwei Jahren keinen Stich gemacht. Dabei könnte nur der DGB die Kraft aufbringen, für ein echtes Beschäftigungsprogramm und für die Rechte und Sicherung der Arbeitslosen zu kämpfen.

Überlegungen zum Ostermarsch 1983

Weg mit dem Nachrüstungsbeschluß

Ostern '83 wird marschiert. Es ist durchaus möglich, daß in diesem Jahr noch mehr Menschen gegen die geplante Stationierung der amerikanischen Mittelstreckenraketen auf die Straße gehen als im letzten Jahr. Immerhin lehnt nach den jüngsten Meinungsumfragen mehr als die Hälfte der Bundesbürger die Stationierung der Raketen ab. Und die Spitzen der großen Parteien können es sich schon seit längerer Zeit nicht mehr leisten, die Nachrüstungsgegner pauschal zu verteufeln. Stattdessen werden gegenwärtig Verständnis für die Friedensbewegung, Kompromiß- und Verhandlungsbereitschaft in Sachen Raketen großgeschrieben. Vergleicht man diese Situation mit der Situation, wie sie vor einem oder gar vor zwei oder drei Jahren bestand, so hat die Friedensbewegung durchaus einen ersten Erfolg im Kampf gegen den sogenannten Nachrüstungsbeschluß errungen.

Trotzdem wächst das Unbehagen bei vielen, die zunächst mit großer Begeisterung bei der Friedensbewegung mitgemacht haben. Vor allem seit der Großdemonstration im Juni anläßlich des Reagan-Besuchs und des NATO-Gipfels in Bonn. Warum? Weil diese größte Friedensdemonstration in der Geschichte der Bundesrepublik die Herrschenden bei weitem nicht so stark traf und erschütterte, wie Teile der Friedensbewegung gehofft hatten. Die Schlußfolgerung, die viele daraus zogen, lautete: Großdemonstrationen bringen nichts. Um die Stationierung zu verhindern, sind direkte Aktionen nötig. Auf dieser Ebene bewegt sich auch der Aufruf des Bundestreffens autonomer Friedensinitiativen (BAF) vom November letzten Jahres zu den Ostermärschen '83. In dem Aufruf heißt es: „Will die neue Friedensbewegung ihre wichtigsten Forderungen ernst nehmen, politisch nicht ins Leere laufen, so muß sie sich auf eine direkte Konfrontation mit den Regierenden einstellen und vorbereiten, muß sie bereit sein, einen praktischen Widerstand des zivilen Ungehorsams zu entwickeln, der darauf abzielt, die Stationierung politisch zu verhindern."

Der erste Teil dieses Satzes ist voll und ganz zu unterschreiben: Die Friedensbewegung läuft tatsächlich Gefahr, politisch ins Leere zu laufen. Was not tut, ist auch unserer Meinung nach die Bereitschaft der Friedensbewegung, sich der direkten Konfrontation mit den Regierenden zu stellen. **Aber:** Ob die Friedensbewegung das tut oder nicht, ist nicht in erster Linie eine Frage der Aktionsformen, sondern eine Frage ihrer politischen Zielsetzung. Nichts gegen direkte Aktionen gegen militärische Einrichtungen. Im Gegenteil. Aber zur direkten Konfrontation mit den Regierenden, zum Erfolg im Kampf gegen die Kriegstreiber werden solche Aktionen nur dann (genau wie Großdemonstrationen auch), wenn sie politisch eindeutig Farbe bekennen: Gegen die USA, gegen die NATO, gegen die Politik der Bündnistreue in Bonn, für einseitige Abrüstung, gegen die imperialistische und militaristische Politik der Bonner Regierung. Sollen diese Aktionen dagegen lediglich auf die Gefährlichkeit der Atomwaffen aufmerksam machen, für Abrüstung in Ost und West plädieren, dann bringen sie die Friedensbewegung keinen Schritt weiter. Dann wird die Gefahr, daß sie politisch ins Leere läuft, weiter zunehmen. Dann wird sie bei dem nächsten Krieg, der irgendwo in der Welt ausbricht, genauso versagen, wie sie — als Friedensbewegung — beim Falkland-Krieg und beim Krieg im Libanon versagt hat.

Unsere Kritik an den Vorbereitungen für die Ostermärsche

Fortsetzung auf Seite 2

Wahlspots der KPD

Soweit vorliegend hier die Sendetermine der KPD-Wahlspots

Hörfunktermine:
NDR-WDR I: 16.2., 18.25 Uhr und 24.2., 12.05 Uhr.
NDR II: 28.2., 14.55 Uhr.
Radio Bremen: 16.2., 11.57 Uhr und 25.2., 16.52 Uhr.
WDR II: 28.2., 11.55 Uhr.
Fernsehen:
Regionalprogramme: NDR: 22.2., 19.45 Uhr und 2.3., 19.45 Uhr.
Radio Bremen: 21.2., 18.30 Uhr und 24.2., 18.30 Uhr.
Der zweite ZDF-Termin nach der Erstsendung des KPD-Spots am 10.2., 21.20 Uhr ist noch nicht bekannt.
Die Spots des BWK laufen im ZDF am 14.2. und 21.2. jeweils um 21.20 Uhr.

Weg mit dem Nachrüstungsbeschluß

Fortsetzung von Seite 1

1983 ist deshalb nicht daß „gelatscht“ werden soll, sondern daß für Ziele, die politisch ins Leere laufen, „gelatscht“ werden soll. Nehmen wir den Aufruf für den Ostermarsch im Ruhrgebiet, um zu zeigen, worum es uns geht. Zu Beginn des Aufrufes heißt es: „Unsere erste Forderung lautet deshalb: Die Bundesregierung muß ihre Zustimmung zur Stationierung der neuen Atomwaffen zurückziehen. Das ist das erste und wichtigste Anliegen des Ostermarsches '83.“ Einverstanden. Das sind klare und eindeutige Worte, die auch aktuell, angesichts des Mittelstreckenraketenpokers in Genf sehr wichtig sind. Denn nichts wäre verhängnisvoller als auf die Stimmen zu hören, die sagen, daß man jetzt, wo in Genf endlich Verhandlungsbereitschaft auf beiden Seiten zu erkennen sei, den Verhandlungsprozeß auf gar keinen Fall durch die Forderung nach der Zurücknahme des „Nach“rüstungsbeschlusses durch die Bundesregierung stören dürfe. Es gibt nach wie vor nur einen einzigen realistischen Weg, die Stationierung der amerikanischen Mittelstreckenraketen auf bundesdeutschem Boden zu verhindern: Wenn wir hier in der Bundesrepublik diese Forderung gegen „unsere“ eigene Regierung durchsetzen! Die Frage ist: wie?

Im Aufruf Ostermarsch Ruhr heißt es dazu: „Verstärken wir (...) unsere Anstrengungen, diesen verhängnisvollen Raketenbeschluß politisch undurchführbar zu machen.“ Was wird darunter verstanden? 1. die atomare Bedrohung überall zum Thema zu machen; 2. für atomwaffenfreie Straßen, Schulen, Betriebe und Städte zu kämpfen; 3. die Zahl der Menschen, die die Stationierung der Raketen ablehnen, weiter zu erhöhen; 4. gewaltfreie Aktionen an Stationierungsorten und Orten staatlicher Entscheidungsträger durchzuführen. So gut und nützlich einzelne dieser Aktivitäten im Hinblick auf Diskussionen mit der Bevölkerung auch sein mögen — **politisch** undurchführbar macht die Orientierung, die der Friedensbewegung hier vorgeschlagen wird, den „Nach“rüstungsbeschluß gerade nicht. Warum?

Nehmen wir den Punkt 3. Natürlich muß die Friedensbewegung Aufklärungsarbeit über den sogenannten NATO-Doppelbeschluß unter der Bevölkerung leisten, um zu erreichen, daß immer mehr Menschen den Raketenbeschluß ablehnen. In unseren Augen ist das die selbstverständliche Voraussetzung für alle weitergehenden Aktivitäten und Aktionen in dieser Sache. Im Aufruf für den Ostermarsch Ruhr bekommt diese Aufklärungsarbeit aber einen ganz anderen Akzent, wenn es dort heißt: „Suchen wir nicht allein den Erfolg im Großen, sondern lernen wir es, uns zu freuen über das ‚Nein‘ unseres Nachbarn, Kollegen, Mitschülers oder Verwandten.“ Was soll das denn heißen „Suchen wir nicht allein den Erfolg im Großen“? Entweder wir „suchen“ den Erfolg — und das ist für uns die Zurücknahme des NATO-Doppelbeschlusses durch die Bundesregierung — oder wir „suchen“ ihn nicht. Wenn wir ihn aber suchen, dann müssen wir uns auch darüber im klaren sein, daß es ihn überhaupt **nur** „im Großen“, nämlich im Kampf gegen die Bonner Regierung geben kann. Diese Bonner Regierung — auch darüber müssen wir uns im klaren sein — läßt sich aber in einer Frage, die nicht nur für sie, sondern ja auch für die NATO, für die USA, grundsätzlicher Natur ist, nicht durch schöne Worte und noch so viel Buntheit, Attraktivität und Phantasie in die Knie zwingen. Dazu sind eine entschieden härtere Tonart und schärfere Gangart der Friedensbewegung als bisher nötig.



Der „Stolz“ der bundesdeutschen Militaristen, der Leopard-Panzer, eine furchtbare Angriffswaffe. Profitbringend und „siegesverheißend“ ist eben auch die konventionelle Rüstung fürs Kapital

Ganz falsch wird es auch, wenn der Kampf gegen den „Nach“rüstungsbeschluß unter dem Oberbegriff des Kampfes gegen die „atomare Bedrohung“ geführt wird. Und zwar keineswegs deshalb, weil die Friedensbewegung etwa nicht vor den besonders verheerenden Folgen eines atomaren Krieges warnen soll. Das muß sie. Vor allem aber muß sie gegen den Ausbruch eines solchen atomaren Krieges kämpfen. Das aber können wir nur, wenn wir uns darüber im klaren sind, daß auch ein solcher atomarer Krieg die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln ist, der durch konkrete politische, wirtschaftliche und militärische Maßnahmen vorbereitet wird. Eine dieser konkreten Maßnahmen ist der sogenannte Nachrüstungsbeschluß, ist die geplante Stationierung der Pershing II und Marschflugkörper in Westeuropa. Deshalb ist der Kampf für die Durchsetzung der Forderung „Weg mit dem Nachrüstungsbeschluß“ gegen die Bundesregierung, gegen die NATO und die USA ein Beitrag zur Verminderung der Kriegsgefahr. Wer die Bewegung gegen den „Nach“rüstungsbeschluß in eine Bewegung gegen die „atomare Bedrohung“ an sich, ummodeln will, der bringt sie nicht weiter, sondern führt sie in die Sackgasse, läßt sie politisch ins Leere laufen. Was hat es denn noch mit dem Kampf gegen den NATO-Doppelbeschluß zu tun, wenn in dem Aufruf vorgeschlagen wird, „Straße für Straße, Schule für Schule, Betrieb für Betrieb, Stadt für Stadt“ unser Land atomwaffenfrei zu machen? Mal abgesehen von einigen Städten in den geplanten Stationierungsgebieten — nichts. Hier wird die richtige **politische** Losung von einer atomwaffenfreien Zone zu einem **moralischen** Sandkastenspiel degradiert. Vom Kampf gegen die Kriegstreiber in Wirtschaft und Politik, vom Kampf gegen die Regierung ist das alles meilenweit entfernt.

Politisch undurchführbar wird der „Nach“rüstungsbeschluß für die Herrschenden nur dann, wenn der Kampf gegen diesen Beschluß von der Friedensbewegung auch politisch geführt wird — als Kampf gegen die Regierung in Bonn. Wobei der Grad des Drucks, den die Friedensbewegung auf die Bonner Regierung ausüben kann, davon abhängt, wie klar sie die Zusammenhänge erkennt, in denen dieser NATO-Doppelbeschluß der Bundesregierung zu sehen ist. Denn es geht ja für die Bundesregierung bei der „Nach“rüstung nicht „nur“ um ein mehr an Aufrüstung. Es geht um die Unterstützung des verschärften amerikanischen Kriegskurses, der sich im militärischen Konzept der „Nach“rüstung ausdrückt; es geht um das strategische Gesamtkonzept der NATO; es geht um die Bündnispolitik der Bundesregierung, deren Kern, die Mitgliedschaft in der NATO, neuerdings von Kanzler Kohl sogar zur Staatsräson erklärt wurde usw. Deshalb würde die Friedensbewegung dann den stärksten politischen Druck ausüben, wenn sie nicht nur den „Nach“rüstungsbeschluß für sich genommen, sondern auch die Bündnispolitik der Bundesregierung, auch die Mitgliedschaft der BRD in der NATO (vor allem die Stationierung der über 200000 amerikanischen Soldaten und der zahllosen amerikanischen Munitionsdepots in der BRD) ernsthaft in Frage stellen würde.

Das aber ist gegenwärtig — leider — nicht der Fall. Im Aufruf zum Ostermarsch Ruhr werden all diese Fragen überhaupt nicht aufgegriffen. Die verbrecherische Politik Amerikas in Mittelamerika? Kein Thema für den Aufruf. Stattdessen heißt es vornehm: „Die erklärte Absicht der Reagan-Regierung, der Entspannungs- und Verständigungspolitik den Garaus zu machen, gefährdet den Frieden.“ Die Billigung bzw. mehr oder minder direkte Unterstützung der NATO-Staaten für den Falkland-Krieg und den Krieg im Libanon? Auch das kein Thema für den Aufruf. Die sogenannte Verteidigungspolitik der Bundesregierung — die technische und personelle Verstärkung der Bundeswehr durch längere Dienstzeiten, Druck auf die Kriegsdienstverweigerer, Pläne, Frauen als Freiwillige zum Bund zu holen? Auch darüber schweigt des Sängers Höflichkeit.

Thema des Aufrufs ist stattdessen die Gefährlichkeit der Waffen, speziell der atomaren und anderen Massenvernichtungswaffen. Orientiert wird auf „umfassende Abrüstungsschritte in Ost und West“, auf die „Beendigung des Wettrüstens“ u.a.m. Natürlich sind wir alle dafür, daß abgerüstet wird. **Aber:** 1. Darf man doch Roß und Reiter nicht verwechseln. Nicht weil es immer mehr Waffen auf der Welt gibt, wächst die Kriegsgefahr, sondern weil die verschiedenen Großmächte auch heute einen Krieg als Fortsetzung ihrer Macht- und Raubpolitik ins Auge fassen, produzieren sie immer mehr und immer „bessere“ Waffen. 2. Im Kampf für Abrüstung kann die Friedensbewegung nur dann aktiv werden, wenn sie für konkrete Abrüstungsschritte „ihrer eigenen“ Regierung kämpft, also einseitige Abrüstung fordert. Alle Losungen von „weltweiter Abrüstung“, „Abrüstung in Ost und West“ usw. machen die Friedensbewegung notwendigerweise zum Anhängsel des Rüstungspokers zwischen den Großmächten, zwischen den beiden Blöcken. Genau diese Orientierung auf die Waffen aber ist es, die die Friedensbewegung politisch ins Leere laufen läßt und die „direkte Konfrontation mit den Regierenden“, wie sie auch im Aufruf der BAF als notwendig angesehen wird, unmöglich macht. Deshalb unterstützen wir diesen und ähnliche Aufrufe zu den Ostermärschen 1983 nicht.

Ostern soll marschiert werden! Auch und gerade von denen, denen es nicht reicht, wenn es (wieder einmal) besonders bunt und attraktiv, phantasie- und gefühlvoll zugeht:

Weg mit dem Nachrüstungsbeschluß!
Ami go home!
BRD raus aus der NATO! Neutralität!
Kampf den Kriegstreibern!
Krieg dem imperialistischen Krieg!

Sekretariat der KPD

Kommentiert

Geschäftsleute

Alle, die gegen den NATO-Nachrüstungsbeschluß seien, betrieben das Geschäft Moskaus. Kurz, knapp, knackig. So spricht nur noch Franz Josef Strauß. Auf dem „kleinen Parteitag“ der CSU in München am letzten Samstag.

Das Geschäft Moskaus betreiben also wir alle, die gegen die weitere Aufrüstung der NATO eintreten. Schließlich stünden heute ja westliche Papierraketen gegen reale sowjetische Raketen.

Vielleicht hat sich Franz Josef da etwas verkalkuliert. Denn das Bildungsprogramm, das er vor zwei Wochen forderte, ist noch nicht verwirklicht. Und auch sein großes Sparprogramm für den Wähler „Spar dir das denken, wähle CSU“ ist noch nicht umgesetzt.

So blöd, wie Strauß die Leute haben will, so reaktionär, wie er es sich wünschen mag, sind halt viele nicht. Und sie wissen, daß hier keineswegs Papier steht. Was da allenthalben von Lastwagen runterfällt, ist aus wesentlich schwererem Material. Von dem, was es sonst noch alles gibt ganz zu schweigen.

Strauß will die Reagansche „Raketen-statt-Sozialleistungen“-Politik in vollem Umfang in der BRD verwirklichen, dafür braucht er eine solche Volksverhetzung, die in allen, die etwas anderes sagen, Agenten, Spione, Brunnenvergifter und Hetzer sehen will.

Die Rüstungssparte seiner Siemens-Freunde wird es ihm danken. Für diese Passagen erhielt er ja schon auf dem CSU-Parteitag tosenden Beifall. Übrigens: Keine einzige Hand rührte sich, als er davon sprach, daß eine Welt ganz ohne Waffen sowieso das Beste wäre... So sind halt die bundesdeutschen Geschäftsleute.

Exmittiert...

Um 40 Prozent sei im letzten Jahr die Zahl der Mietrückstände bei den großen Wohnungsgesellschaften gestiegen. Höchstens drei Monate Zeit wird gelassen, um einen solchen „Rückstand“ zu begleichen. Außer, so Sprecher dieser Gesellschaften, außer bei Arbeitslosen, denn da sei ja keine wirtschaftliche Besserung absehbar. Die fliegen eher.

„Unser soziales Netz“, heißt es immer, verhindere Zustände wie einst, Not und Elend. Die Mär vom prassenden Arbeitslosen allerdings, die hat man inzwischen vorsichtshalber etwas weniger benutzt. Denn sicher: Noch erreichen solche Auswirkungen nicht die breite Masse. Aber die Zahl der Menschen, die hier und heute in Armut und auch in Not leben, die ist in den letzten Jahren, und vor allem im letzten Jahr, deutlich angestiegen.

Etwas hoch

Die gekündigten Vorstandsmitglieder Iden und Vormbrock der Neuen Heimat haben auf Weiterzahlung ihrer Bezüge geklagt. Bis 1985 wollte jeder der beiden rund 1,5 Millionen einstreichen. Das Gericht schlug nun einen „Vergleich“ vor, denn die Kläger hätten einerseits gute Chancen ihre Klage zu gewinnen, andererseits seien ihre Bezüge für ein „gemeinnütziges Unternehmen“ etwas hoch gewesen.

Es ist tatsächlich etwas hoch, das Ganze, zumindest muß man wohl schon ziemlich hoch stehen, um so behandelt zu werden.

Man muß sich das vorstellen: Da kommen dunkle Geschäfte an den Tag, und die feinen Herren haben auch noch gute Aussichten eine Klage gegen eine Entlassung zu gewinnen. Was für ein Recht ist das? Was für ein Recht ist das, das ja nicht nur Iden, Vormbrock und Vietor unbehelligt läßt, die werden ja nur deshalb so durch die Presse gezogen, weil man — zu Recht — hofft, den Gewerkschaften damit schaden zu können. Aber: Man erinnere sich an den Herstatt-Prozeß, man nehme das kriminelle Betonkartell der Bauindustrie, das Staats- und Kommunalhaushalte plünderte, oder man nehme den Flickschen Sondereinkauf im Bundestag.

Im besten Fall kommt so etwas noch in die Medien, meist dann, wenn einzelne journalistische Taten oder die Haltung einzelner Beamter oder Betroffener dazu zwingt.

Aber dann? Grünes Licht für Großbetrüger. „Und die Großen läßt man laufen...“, heißt ein bekannter Kriminalroman. Er stammt aus dem Ausland. Er könnte aber gut von bundesdeutscher Wirklichkeit handeln.

Herausgeber: ZK der KOMMUNISTISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS (Marxisten-Leninisten) KPD

Verlag Roter Morgen GmbH, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Bestellungen an Vertrieb, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Postscheckkonto Nr. 79 600-461, Bankkonto: Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321 000 290 (Verlag Roter Morgen), Telefon: 0231/43 36 91 und 43 36 92. Verantwortlicher Redakteur: Detlef Schneider, Dortmund. Druck: Alpha-Druck GmbH, 46 Dortmund. Erscheinungsweise wöchentlich freitags. Einzelpreis 1 DM. Abonnement: 60 DM für 1 Jahr 30 DM für 1/2 Jahr. Die Abo-Gebühren sind nach Erhalt der Vorausrechnung zu zahlen. Sobald die Rechnung beglichen ist, wird die Lieferung aufgenommen. Die Rechnungen werden entsprechend der Bestelldauer bis Nr. 26 bzw. 52 des Jahres ausgestellt. Kündigungen müssen bis spätestens einen Monat vor Ablauf bei uns eingehen. Anderenfalls werden sie nicht berücksichtigt. Ausgenommen davon sind Geschenkabos.

Frauendemonstration in Karlsruhe

Ob Kinder oder keine entscheiden wir alleine!

26. Februar, 11 Uhr, Alexanderring

Erneut liegt der § 218 dem Bundesverfassungsgericht zum Urteilen vor — es liegt eine Klage vor, mit der die Bezahlung der Abtreibung durch die Krankenkassen beseitigt werden soll. Also: Abtreibung wieder als Privileg für die Reichen, ansonsten der Weg zur Engelmacherin. Dagegen setzen sich Frauengruppen in der ganzen Bundesrepublik zur Wehr, hat die nationale § 218 Koordination zu einer Protestdemonstration in Karlsruhe, dem Sitz des BVG, am 26. Februar aufgerufen. Wir geben im folgenden den Text des Flugblatts der Dortmunder Frauen wieder und rufen unsere Leserinnen und Leser zur Teilnahme auf.

Frauen müssen wieder auf die Straße gehen! Das Bundesverfassungsgericht ist angerufen worden, darüber zu entscheiden, ob Schwangerschaftsabbrüche auf Krankenschein rechtmäßig sind. CDU/CSU-Abgeordnete haben Initiativen angekündigt, den kostenlosen Schwangerschaftsabbruch zu Fall zu bringen. Die Angriffe der Reaktionäre aus Kirche und Politik gegen Schwangerschaftsabbruch auf Krankenschein zielen darauf ab, daß Frauen, die kein Geld haben, wieder ihr Leben auf Küchentischen von Engelmachern riskieren. Wohlhabende Frauen können sich wie eh und je einen medizinischen Eingriff erkaufen.

Eine Verschärfung des § 218 wird nicht die Zahl der Schwangerschaftsabbrüche senken, sondern das Elend der Frauen vergrößern.

Mit dem § 218, der seit seinem Bestehen als ein Instrument zur Unterdrückung der Frauen benutzt wird, wird auch heute wieder versucht, unsere Rechte auf allen Ebenen anzugreifen. In der Krise sollen die Frauen zurück zu Heim und Herd — am besten mit einer Schwangerschaft. Die Einsparungen in den öffentlichen Haushalten werden vor allem auf die Frauen abgewälzt.

Deshalb fordern wir:

ersatzlose Streichung des § 218;
volle Finanzierung von Schwangerschaftsabbrüchen auf Krankenschein;
kostenlose und unschädliche Verhütungsmittel für alle.

TA Luft im Bundesrat verabschiedet

Energiewirtschaft ohne Probleme

Zimmermanns große Worte

BONN. — Der Bundesrat hat in der letzten Woche die ersten beiden Teile der „TA" (Technische Anleitung) Luft verabschiedet. Wer geglaubt hatte, die neue Regierung werde, aus Wahlgründen, sich als Vorkämpferin des Umweltschutzes präsentieren, wie es aus Zimmermanns großen Worten vorher zu entnehmen war, sah sich getäuscht. Alles bleibt so, wie es war, ist der Hauptenor dieser neuen TA.

Weder wurde die Obergrenze für den erlaubten Ausstoß von Schwefeldioxid herabgesetzt, wie es in der Debatte um den „sauren Regen" stets versprochen worden war, noch wurde an den Vorschriften für die Maximalhöhe von Schornsteinen etwas geändert, was viele — fälschlicherweise — gefordert hatten. Cadmium und Thallium sowie Blei in den Böden haben heute schon längst für Vergiftungsgefahren in Lebensmitteln gesorgt. Auch hier bleiben die Grenzwerte für den Ausstoß so hoch, daß — beispielsweise — Stahlveredler keinerlei Maßnahmen an ihren Anlagen werden treffen müssen, um sie — als eine Möglichkeit — mit Filtern zu versehen.

Jetzt soll alles auf die Novellierung des Teils 3 dieser TA Luft vertröstet werden, wo genauere Grenzwerte für einzelne Schadstoffe angegeben werden sollen.

Aber es ist nicht nur dieser Aufschub, der zeigt, daß alles so bleiben soll, wie es war, sondern es sind vor allem die bisherigen Erfahrungen mit den schon beschlossenen Bereichen, die nach viel Kalmauk, nach viel Versprechungen eine Festschreibung bestehender Zustände brachten.

Im Prinzip gelten weiterhin die Vorschriften aus dem Jahre 1974. Und die darin enthaltenen Bestimmungen haben ja eben zu den jetzigen Zuständen geführt, wo nicht nur Wald, sondern auch Menschen sterben. Wenn Umwelt und Lebensschutz gegen Konzerninteressen, gegen den Profit des Kapitals stehen, dann siegen in dieser Republik stets die letzteren. Bisher jedenfalls.

Ruhrfestspiele kuschen vor Angriffen

Arbeiterkultur-Ausstellung abgesagt

RECKLINGHAUSEN. — Nach heftigen Attacken, vor allem aus der IG-Bergbau-Zeitung „einheit" hat der Aufsichtsrat der Ruhrfestspiele in Recklinghausen jetzt die Hamburger Arbeiterkulturausstellung „Vorwärts und nicht vergessen" aus dem diesjährigen Festspielprogramm gestrichen.

Noch am 21. Januar meldete die „metall", Zeitung der IGM: „Nach dem großen Erfolg in Hamburg wird die Ausstellung ‚Vorwärts und nicht vergessen' über das Arbeiterleben um 1930 auch bei dem Arbeiterfestival gezeigt, allerdings wird sie um einige gewerkschaftliche Aspekte erweitert."

Es war der ursprüngliche Plan der Festspielleitung, die Ausstellung etwas zu überarbeiten, weil angeblich die Kommunisten zu gut dargestellt seien. Nach der ausfallenden Hetze der „einheit", „politischer Masochismus" sei es, diese Ausstellung zu zeigen, setzte die Leitung aber die ganze Ausstellung ab und verschob sie auf frühestens 1984, unter der Voraussetzung, daß es „in Zusammenhang mit den Autoren möglich ist, bestehende Defizite aufzuarbeiten und auszugleichen". Für den erfolgreich ausgeübten Druck wurde die „einheit" denn auch schon von der „Süddeutschen Zeitung" zum „Bayernkurier" der Gewerkschaftspresse ernannt.

Als die Ausstellung im vergangenen Jahr in der Hamburger „Kampnagel-Fabrik" gezeigt wurde, schrieb die „metall" dazu noch: „Geschichte zum Anfassen" — unsere Geschichte, nicht die der Herrschenden, der „großen Namen", und nannte die Ausstellung insgesamt „sehr sehenswert".

Wahlkampfmunition

Plakate und Kleber des Wahlbündnisses revolutionärer Sozialisten

Drei Wahlinfos im A3-Format zur
- Lohn-, Steuer- und Sozialpolitik
- zur Rechtspolitik und zum antifaschistischen Kampf
- und zur Friedenspolitik

Die gemeinsame Wahlplattform des BWK und der KPD, Flugblatt

Wahlflugblatt der KPD: „Die Reichen sollen die Krise bezahlen"

Broschüre zu den Bemühungen, ein linkes Wahlbündnis zu schaffen

Alle Materialien verschickt der Verlag Roter Morgen, Postfach 300526 in 46 Dortmund 30. Bis auf die Broschüre zu den Verhandlungen über das Wahlbündnis (1,— DM) und den Kohl-Kleber (0,50 DM) sind alle Wahlwerbemittel kostenlos.

Norddeutsche Boxmeisterschaften ohne türkische Teilnehmer

Rassismus im Sportverband

Der Deutsche Sportbund stellt gerne seine friedliche, völkerverbindende Tätigkeit heraus. Einmal dahingestellt, wie es damit tatsächlich aussieht, ist festzustellen: Zumindest im norddeutschen Boxverband herrscht der blanke Rassismus. Von den norddeutschen Meisterschaften sollen türkische Sportler, in der großen Mehrzahl aus Westberlinder Vereinen, ausgeschlossen werden.

„Die Türken aus Berlin schnappen uns die Titel weg", so begründeten die Verbände Hamburg, Schleswig-Holstein und Niedersachsen diese Entscheidung, die — natürlich — gegen die Stimme des Westberlinder Verbandes gefällt wurde.

Sicher ist das Problem der Teilnahme Westberliner Sportler an bundesdeutschen und norddeutschen Regionalmeisterschaften ein politisches Problem, aber auch um dieses ging es gar nicht.

Sondern darum, daß im Westberliner Boxsport überdurchschnittlich viele türkische Boxer aktiv sind, daß eine Reihe von Vereinen in Westberlin zur Hälfte oder gar mehr aus türkischen Aktiven aufgestellt wird.

Und normalerweise kann jeder, der in einem bundesdeutschen oder auch Berliner Verein aktiv ist — vorausgesetzt natürlich, er qualifiziert sich — an überregionalen oder bundesdeutschen Meisterschaften teilnehmen.

Nun sind die Boxer aus der Türkei, die in Berliner Vereinen kämpfen, tatsächlich sehr erfolgreich. Und in der Mentalität vieler westdeutscher Sportfunktionäre, die sich ja wie fast niemand anderes einer — sehr unrühmlichen — festen Tradition verbunden fühlen, ist es dann das erste, die Rassenfrage, den Nationalismus aufs Tapet zu bringen.

In dieser Form und auf einer so hohen sportlichen Ebene ist dieser reaktionäre Beschluß sicher einmalig. Bisher jedenfalls. Da werden Sportler von Meisterschaften ausgeschlossen — von dem Verband, dem sie angehören — weil sie Ausländer sind.

Feine „Sportsleute" sind das. Noch dazu in einem Verband, der ohne ausländische Sportler seine Tätigkeit extrem gefährdet sehen würde, mangels Zulauf. Man braucht wahrlich kein Boxfan zu sein, um diesen ekligen, spießigen Nationalismus für verachtenswert zu halten.

Aber das reicht nicht. Diese ebenso antidemokratische wie sportfeindliche Klüngelei einer reaktionären Funktionärscamarilla, die in ihrer Engstirnigkeit kaum zu überbieten ist, muß bekämpft werden.

Denn sie ist ja ein Beweis dafür, wie die Hetzkampagne gegen ausländische Bürger schon längst tief in den Alltag dieser Republik hineinwirkt.

Parteibüros der KPD und Kontaktmöglichkeiten zur Partei

Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD, der Kommunistischen Jugend Deutschlands, Jugendorganisation der KPD, und der Kommunistischen Studenten. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen. ZENTRALKOMITEE DER KPD. REDAKTION ROTER MORGEN, 4600 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Tel.: (0231) 433691 und 433692.

4800 **Bielefeld 1,** Parteibüro der KPD, Schildescher Str. 53, geöffnet: Mi 17 - 18 Uhr.

4630 **Bochum,** Kontaktadresse: Jochen Beyer, Josefinenstr. 110

2800 **Bremen** (Walle), Buchladen Roter Morgen, Waller Heerstr. 70, Tel.: 0421 / 393888, geöffnet: Mi - Fr 17 - 18 Uhr, Sa 10 - 12 Uhr.

4600 **Dortmund 1,** Parteibüro Ortsgruppe Dortmund, Stollenstr. 12 (Eingang Clausthaler Str). Tel.: 0231 / 832328, geöffnet: Fr 17-19 Uhr.

4600 **Dortmund 30, Zentrales Büro der KPD,** Wellinghofer Str. 103, Tel.: 0231 / 433691 (92).

4100 **Duisburg 12,** Kontaktadresse: D. Feldmann, Metzer Str. 24, Tel.: 0203 / 443014.

4000 **Düsseldorf** (Eller), Kontaktmöglichkeit zur KPD: Antifaz, Antifaschistisches Zentrum, Alt-Eller 7, geöffnet: Sa 10 - 12 Uhr.

6000 **Frankfurt 60,** Kontaktadresse: Peter Stecay, Linnéstr. 13, Tel.: 0611 / 491918.

2000 **Hamburg 6,** Thälmann-Buchhandlung, Margarethenstr. 58, Tel.: 040/4300709, geöffnet: Mo-Fr 10-18 Uhr, Sa 9-12 Uhr.

3000 **Hannover 81,** Kontaktadresse südliches Niedersachsen, Wolf-Jürgen Herzog, Bothmerstr. 25, Tel.: (0511) 839653.

7100 **Heilbronn,** Kontaktadresse: F.-H. Stockmar, Eisenbahnstr. 3/1.

2300 **Kiel 1,** Buchhandlung Karen Ziemke, Gutenbergstr. 46, Tel.: 0431 / 567702, geöffnet: Mo, Di, Do + Fr 9 - 13 Uhr + 15 - 18 Uhr; Mi 9 - 13 Uhr; Sa 10 - 13 Uhr.

5000 **Köln 30,** Kontaktmöglichkeit zur KPD: Treff- und Lesestube Neue Zeit, Marienstr. 37a, Tel.: 0221 / 554956, geöffnet: Di + Fr 17 - 18.30 Uhr.

6700 **Ludwigshafen,** Kontaktmöglichkeit zur KPD Rheinland-Pfalz / Saar: W. Rohr, Frankenthaler Str. 186, Tel.: 0621 / 523966.

7000 **Stuttgart 1,** Parteibüro der KPD, Haußmannstr. 107, Tel.: 0711 / 432388, geöffnet: Mo + Fr 16.30 - 18.30 Uhr; Mi 17.30 - 18.30 Uhr; Sa 10 - 12 Uhr.

Sektion Westberlin, 1000 **Berlin 65** (Wedding), Buchladen Roter Morgen, Sprengelstr. 40, Tel.: 030 / 4653966, geöffnet: Mo - Fr 16 - 18 Uhr; Sa 11 - 13 Uhr.

Metaller besetzten Schwabenland-Halle

1 200 demonstrierten gegen Unternehmer-Angebot

FELLBACH. — Die schwäbischen Metaller haben das provokatorische 2,2-Prozent-Angebot plus Lohnpause nicht ohne Antwort gelassen. Zu den Tarifverhandlungen für den Bezirk Nordwürttemberg-Nordbaden kam nicht nur die IGM-Verhandlungskommission nach Fellbach, sondern es kamen außerdem 1200 Kolleginnen und Kollegen.

In den „Metall-Nachrichten" der Bezirksleitung Stuttgart der IGM wird von der Aktion berichtet: „Schon am frühen Mittwochmorgen kommen hunderte Metaller, entrollen ihre Transparente und stellen Schilder auf. Die ersten gehen im roten Metallerhelm in das Foyer der Halle und postieren sich. Währenddessen kommen die Arbeitgeber in ihren dicken Wagen und wollen auf die Parkplätze oder in die Tiefgarage fahren. ‚So schnell geht das nicht', ruft ein Kollege. Die Demonstranten stehen auf der Zufahrt und wollen mit dem Fabrikanten diskutieren. Doch der weiß nichts besseres, als mit der Polizei zu drohen. Die Szene wiederholt sich."

Während über 1000 in Fellbach demonstrieren, rückt an der Schwabenland-Halle Polizei an. Hallen-Pächter Mayer hat sie gerufen. Die Uniformierten lehnen es allerdings ab, gegen die Gewerkschafter einzuschreiten. Die Sache scheint dem Fellbacher Polizeichef Trapp denn doch zu heiß. Auch ein „Ziviler" wird übrigens ausgemacht. Wer ihn gerufen oder hergeschickt hat, bleibt unklar.

Im Uhland-Saal proben die Kollegen inzwischen den Empfang: **„Die Arbeitgeber suchen Streit — Auf zum Kampf sind wir bereit!"**, dröhnt es im Sprechchor. Als der baden-württembergische Unternehmerchef Stihl das Spalier der demonstrierenden Gewerkschafter passiert und in den überfüllten Saal kommt, hallt es ihm entgegen: **„Macht dem Stihl jetzt Dampf, 2 Prozent sind Krampf"**; und **„Lohnpause ist ein Hohn, wir wollen 6,5 Prozent mehr Lohn"**.

Stihl und Konsorten stellen dann gegenüber dem Bezirksleiter der IGM, Franz Steinkühler, ein Ultimatum: „Wenn der Saal bis 11.00 Uhr nicht geräumt ist, wird heute keine Verhandlung stattfinden." Zwar weiß jeder, was Stihl bei den Verhandlungen anbieten wird: 2,2 Prozent bei drei Monaten Lohnpause. Dennoch wollen die Kollegen es nicht zum Eklat kommen lassen. Sie räumen den Saal, wobei das Lied „Brüder zur Sonne, zur Freiheit..." angestimmt wird.

Zwei Tage später, am Freitag, kommt es bei den Verhandlungen für den Tarifbezirk Südwürttemberg-Hohenzollern in Balingen zu Protesten. Demonstrierende Metaller verlesen im Verhandlungssaal eine Resolution. Die Unternehmer verlassen daraufhin den Raum und brechen die Verhandlungen ab.



Die Kolleginnen und Kollegen haben den Verhandlungssaal besetzt.



„Spießrutenlaufen" mußten die Metallunternehmer durchs Spalier der demonstrierenden Arbeiter.

„Lohnverzicht? Ach, nee — da streiken wir bei BMW!"

Mit 49 Stimmen bei keiner Gegenstimme und zwei Enthaltungen verabschiedete die Vertrauensleute-Versammlung der IG Metall vom BMW-Werk in Berlin-Spandau am 25. Januar 1983 die folgende Resolution zur diesjährigen Tarifrunde:

Für diese Tarifrunde haben wir im Berliner BMW-Werk für alle Arbeiter und Angestellten einheitlich 200 Mark gefordert. Die Tarifkommissionen haben dagegen nicht einmal eine bezifferte Forderung und auch keinen Mindestbetrag zur Anhebung der unteren Lohngruppen aufgestellt.

Und wollten wir auch nur einen Ausgleich der Preissteigerung von 4,5 Prozent durchsetzen, dann müßte die Forderung zum Verhandeln wesentlich höher angesetzt sein.

Dabei ist BMW keine Insel in diesen Krisenzeiten. Auch die hier beschäftigten Kolleginnen und Kollegen haben Angst um ihren Arbeitsplatz. Doch Angst ist ein schlechter Ratgeber!

Denn es ist wirklich so: Ein Verzicht auf Teuerungsausgleich sichert nicht die vorhandenen Arbeitsplätze und schafft erst recht keine neuen Arbeitsplätze! Und wie wir alle erfahren haben, bringt Lohnverzicht auch keine stabilen Preise!

Es geht heute schon nicht mehr um die Butter auf dem Brot, sondern man beginnt bereits, an unserer Stulle zu knabbern. Der Verschlechterung unserer Lebens- und Arbeitsbedingungen können wir aber nicht tatenlos zusehen. Bitten und Betteln hilft nichts!

Wenn wir geschlossen handeln, sind wir eine starke Kraft. Das haben die Warnstreiks der letzten beiden Jahre bewiesen. Wir erklären darum schon heute, daß es dabei bleibt: Gegen Lohnraub und Sozialabbau hilft nur der Streik!

Lohnverzicht ach nee —, da streiken wir bei BMW!

Siemens scheffelt Rekordgewinne

Trotzdem wird der Belegschaftsabbau verschärft

MÜNCHEN. — Im abgelaufenen Geschäftsjahr stieg der ausgewiesene Bilanzgewinn der Siemens AG um 45 Prozent. Die Zahl der Belegschaftsmitglieder des Elektroriesen wurde zugleich um 14000 gedrückt. Und trotz weiter steigender Umsatzzahlen und glänzender geschäftlicher Aussichten wird der Belegschaftsabbau verstärkt weitergeführt.

Um 16 Prozent steigerte Siemens seinen Weltumsatz auf über 40 Milliarden DM. Im Inlandsbereich betrug die Umsatzsteigerung sogar 18 Prozent. Der ausgewiesene Bilanzgewinn (der aus Steuergründen immer heruntermanipuliert wird) stieg von 509 auf 738 Millionen DM. Das ist, wie gesagt ein Zuwachs um 45 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Der Konzern schwimmt geradezu im Geld. Die flüssigen Mittel erhöhten sich von 8,6 auf 11,1 Milliarden DM, was einen Zinsüberschuß von 448 Millionen DM ergab.

Die bürgerliche Presse berichtet, diese glänzende finanzielle Lage des Elektrogiganten habe *„in Börsenkreisen zu dem Ausspruch geführt, Siemens sei eine Bank mit angeschlossenem Elektrobetrieb"* („Die Zeit" vom 4.2. 83).

Aber die Siemens-Kapitalisten denken trotz des *„glänzenden Abschlusses"*, der (laut „Wirtschaftswoche") bei den Aktionären *„Jubel"* ausgelöst hat, nicht im Traum daran, ihre gehorteten Milliarden in arbeitsplatzschaffende Investitionen anzulegen. Ebensowenig kommt natürlich „unser" kapitalistischer Staat auf die Idee, den Siemens-Herren ein paar von den überschüssigen Milliarden durch eine Sondersteuer abzuknapsen, um mit diesem Geld beispielsweise etwas gegen die Arbeitslosigkeit zu tun.

Natürlich nicht! Schließlich herrscht hier der Kapitalismus. Und was ist alleiniger und ausschließlicher Zweck der Produktion im Kapitalismus? Der Profit! So werden auch bei Siemens, trotz glänzender Bilanzen,heute nicht etwa weniger sondern mehr Arbeitsplätze vernichtet.

Im abgelaufenen Geschäftsjahr sank die Zahl der Siemens-Beschäftigten infolge von Rationalisierung und Entlassungen weltweit von 338000 auf 324000. Allein im Inlandsbereich des Konzerns sank die Belegschaft um 10000 Beschäftigte von 230000 auf 220000.

Die Tatsache, daß Siemens 1981/82 trotz des neuen wirtschaftlichen Kriseneinbruchs einen Rekordgewinn scheffeln konnte und ebenso die Tatsache, daß der Konzern im letzten Quartal des alten Geschäftsjahres einen *„überraschend hohen Zuwachs beim Auftragseingang"* („Frankfurter Rundschau") zu verzeichnen hatte (die Bestellungen lagen gegenüber dem letzten Quartal des Vorjahres um ein Viertel höher), bewog die Siemens-Bosse nun keineswegs, ihren Arbeitsplatzvernichtungs-Feldzug zu stoppen oder wenigstens zu bremsen. Im Gegenteil!

Allein im ersten Quartal des neuen Geschäftsjahres (1982/83), das mit dem 1. Oktober 1982 begann, drückten die Siemens-Kapitalisten die Belegschaftszahl um weitere 7000 (im Inland um 5000) herunter. Das ist exakt eine Verdoppelung des Tempos bei der Arbeitsplatzvernichtung! Und die Fortsetzung dieses verschärften Belegschaftsabbaus ist angekündigt. So prognistiziert die „Wirtschaftswoche" vom 4.2. 83: *„Wenn im September das Geschäftsjahr 1982/83 ausläuft, dürfte Siemens kaum mehr als 300000 Beschäftigte haben."*

Das Beispiel Siemens ist der Beweis dafür, wie durch und durch verlogen das Gerede ist, Lohnverzicht würde Arbeitsplätze sichern und höherer Unternehmergewinn würde zu steigenden Investitionen und zu weniger Arbeitslosigkeit führen. Aus dem gleichen Grund, aus dem die Kapitalisten unsere Löhne drücken, vernichten sie auch immer mehr Arbeitsplätze: Weil sie immer höheren Mehrwert aus dem Arbeiter herauspressen wollen, damit ihr Profit weiter steigt.

Verstaatlichung, Sozialisierung?

Zu einer Diskussion unter linken Gewerkschaftern

Kann der Kampf für die Verstaatlichung der Stahlindustrie dazu beitragen, die massenhafte Arbeitsplatzvernichtung in diesem krisengeschüttelten Industriezweig zu stoppen? Was ist von der Parole der Sozialisierung zu halten?

Im März 1981 veröffentlichte die KPD in ihrem theoretischen Organ „Der Weg der Partei" zu diesem Thema einen Aufsatz des Genossen Horst Dieter Koch. Zum damaligen Zeitpunkt beschränkte sich die Diskussion über diese Fragen noch auf einen relativ engen Kreis linker Gewerkschafter. Dies hat sich inzwischen geändert. Eine ganze Reihe von Vertrauenskörpern der IG Metall in den Stahlbetrieben hat sich inzwischen für die Verstaatlichung ausgesprochen.

Der Aufsatz des Genossen Koch ist heute wieder höchst aktuell. Er ist nach wie vor geeignet, die Diskussion um den Stellenwert der Verstaatlichungsforderung voranzubringen.

Außer dem Aufsatz „Verstaatlichung, Sozialisierung" enthält die Ausgabe 4/5 '81 von „Der Weg der Partei" folgende Beiträge:

- **Kommunistische Partei und Bauernbewegung**
- **Paul Merker: Die letzten 6 Monate bis zur Machtergreifung der Nazis**
- **Thesen über Charakter, Rolle und Aufgaben der bolschewistischen Partei**
- **Das Parlament: Eine Arena des Klassenkampfes**
- **Beschluß über Aktionseinheiten mit der DKP/SEW**



Bestellungen an: Verlag Roter Morgen, Postfach 300526, 4600 Dortmund 30. Preis: 6,50 DM.

berichtet + + + kurz berichtet + + + kurz berichtet + + + kurz

Dauerarbeitslosigkeit nimmt zu

Nürnberg. — Wie aus ersten Ergebnissen einer neuen Untersuchung der Bundesanstalt für Arbeit hervorgeht, nimmt die Dauerarbeitslosigkeit immer mehr zu. Ende September vergangenen Jahres waren 386000 registrierte Arbeitslose seit mehr als zwölf Monaten ohne Beschäftigung, das sind 90 Prozent mehr als ein Jahr zuvor. Im Durchschnitt betrug die Dauer der Arbeitslosigkeit bei den Ende September 1982 gemeldeten Arbeitslosen 8,5 Monate. Ein Jahr zuvor lag die durchschnittliche Dauer bei 7,4 Monaten.

Opel-Betriebsrat lehnt Kurzarbeit ab

Bochum. — In der vorletzten Woche verweigerte der Betriebsrat bei Opel/Bochum einem Antrag der Geschäftsleitung auf erneute Durchführung von Kurzarbeit die Zustimmung. Diese Haltung begründete der Betriebsrat mit dem Hinweis darauf, daß Kurzarbeit bei Opel den Einstieg zu Entlassungen bedeute.

IGM-Funktionäre kontra Rappe und Niggemeier

Stuttgart. — Die Geschäftsführerkonferenz der IG Metall von Baden-Württemberg mit über 100 hauptamtlichen Funktionären bezeichnete die Angriffe des IG-Chemie-Vorsitzenden Rappe und der IG-Bergbau-Zeitung „einheit" gegen Gewerkschafter wie Leonhard Mahlein, Detlef Hensche und Christian Götz wegen der Unterzeichnung eines Aufrufs zum 50. Jahrestag der Machtergreifung Hitlers als „maßlos und unerträglich". Rappe und die „einheit" hatten die besagten Gewerkschafter wegen „Aktionseinheit mit Kommunisten" öffentlich diffamiert. „Geist und Buchstabe dieser Angriffe beleidigen jene, die den schweren Weg des Widerstandes und der Einigung auch für uns gegangen sind" und sie „richten sich gegen die Substanz der Einheitsgewerkschaft", heißt es in der Entschließung.

Reale Arbeitslosigkeit bei 3,3 Millionen

Nürnberg. — Ende Januar 1983 waren zusätzlich zu den offiziell registrierten 2,48 Millionen Arbeitslosen weitere 810000 von der amtlichen Statistik nicht erfaßte Personen ohne Arbeit. Dies hat die Bundesanstalt für Arbeit in Nürnberg in der vergangenen Woche bekanntgegeben. Damit ergibt sich, daß heute real 3,3 Millionen Menschen arbeitslos sind.

Stahlarbeiter zogen vor Hoesch-Hauptverwaltung

Proteststreik gegen Moderatorenkonzept

DORTMUND. — Gegen das Konzept der sogenannten Stahlmoderatoren, das auf einen radikalen Arbeitsplatzabbau hinausläuft, kam es in der vergangenen Woche bei Hoesch in Dortmund zu einem Warnstreik. Dabei verliehen die Hoesch-Arbeiter erneut ihrer Forderung nach Verstaatlichung der Stahlindustrie Nachdruck.

Am letzten Freitag (4. Februar) gegen 11.00 Uhr legten die Stahlarbeiter auf der Westfalenhütte (dem größten der drei Standorte der Hoesch-Hüttenwerke in Dortmund) für rund anderthalb Stunden die Arbeit nieder. Die Kollegen zogen mit Transparenten vor das Portal der Hauptverwaltung, wo zu diesem Zeitpunkt der Aufsichtsrat der Hoesch-Hüttenwerke tagte.

An der Aktion beteiligten sich ca. 3000 Arbeiter, Angestellte und Auszubildende. Die Lehrlinge marschierten geschlossen auf. Von den anderen beiden Werken, Union und Phoenix, waren einzelne Kollegen zur Westfalenhütte gekommen, um die Aktion zu unterstützen.

Der Hoesch-Vorstandsvorsitzende Rohwedder, sowie der Aufsichtsratsvorsitzende Kleffel (vom Vorstand der Deutschen Bank) sahen sich genötigt, ihre Sitzung zu unterbrechen, um vor dem Portal zu erscheinen und den Arbeitern gegenüber Stellung zu beziehen. Auch der stellvertretende Aufsichtsratsvorsitzende Lutz Dieckerhoff (Mitglied des Geschäftsführenden Hauptvorstands der IG Metall) als Vertreter der „Arbeitnehmerbank" bemühte sich herbei.

Die Stimmung unter den Kollegen war gereizt. Dafür hatten nicht zuletzt Passagen in dem Moderatorenpapier gesorgt, aus denen hervorgeht, daß Hoesch-Boß Rohwedder entgegen den Zusagen vom Mai 1981 den Bau eines Ersatzstahlwerkes und den Erhalt der Stahlbasis Dortmund wieder einmal in Frage gestellt hat. Bei Hoesch droht damit die Vernichtung von noch einmal über 10000 Arbeitsplätzen, von den Auswirkungen auf den Großraum Dortmund gar nicht zu reden.

Rohwedder versuchte die Kollegen mit der Behauptung zu beschwichtigen, es gebe keine derartigen Pläne, weil Hoesch inzwischen wieder besser dastehe (infolge der Rationalisierung, durch die bereits 10000 Arbeitsplätze bei Hoesch vernichtet wurden). Als er dann die Kollegen mit der zynischen Bemerkung provozierte, er verstehe gar nicht die „unbegründete" Existenzangst, erntete er einen Schrei der Empörung.

Diese Aktion machte eines deutlich: Unter den Stahlarbeitern wächst das Bewußtsein von der Notwendigkeit eines selbständigen gewerkschaftlichen Kampfes gegen die Krisenstrategie der Stahlbarone und der hinter ihnen stehenden Finanzkapitalisten.

Die Parole vom gemeinsamen, solidarischen Kampf aller Stahlbelegschaften zur Verteidigung aller noch vorhandenen Arbeitsplätze und Standorte spielte im Vergleich zu früheren Aktionen eine viel größere Rolle. Und im Mittelpunkt der Protestaktion stand diesmal die Forderung nach der Verstaatlichung der Stahlindustrie, die den Weg für die gemeinsame Kampffront aller Stahlbelegschaften gegen den gemeinsamen Gegner ebnen soll.

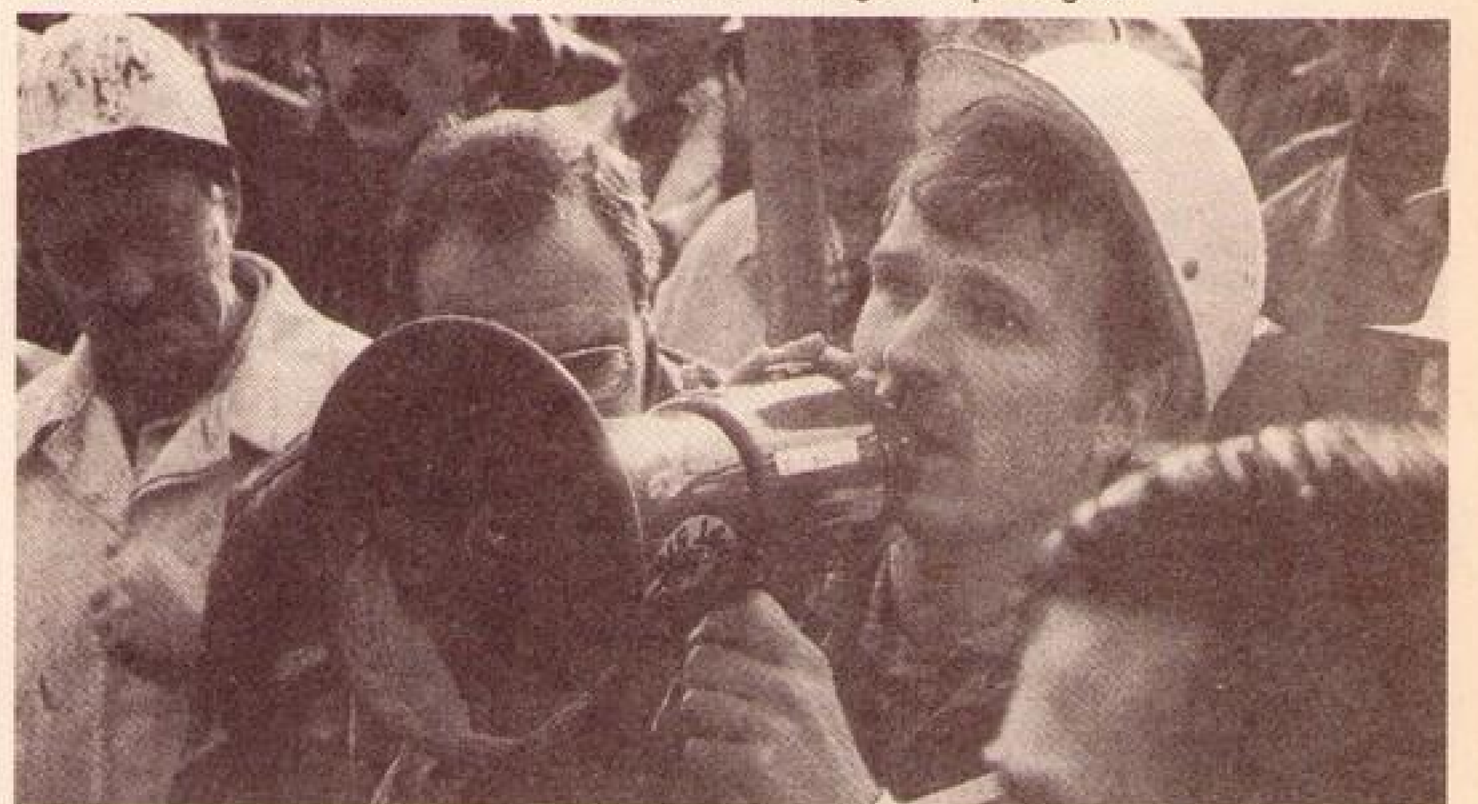
Alle dementsprechenden Aussagen in den Redebeiträgen der Vertreter von Betriebsrat und gewerkschaftlichem Vertrauenskörper erhielten besonders kräftigen Beifall. Der angesprochene Erkenntnisprozeß fand seinen Ausdruck auch auf den Transparenten, die die Kollegen demonstrativ vor der Hauptverwaltung plazierten. Die Parolen lauteten:

„Stahlarbeiter lassen sich nicht spalten! Einigkeit macht stark"; „Stahlwerk bei Hoesch sichert Arbeitsplätze in Dortmund"; „Dortmund muß Stahlstadt bleiben"; „Verstaatlichung der Stahlindustrie bei Arbeitsplatzgarantie!".

Während der Kundgebung verteilten KPD-Genossen die Broschüre *„Für die Verstaatlichung der Stahlindustrie bei Arbeitsplatzgarantie!"*, die von der Landesbezirksleitung Ruhr der KPD erst kürzlich herausgegeben worden ist. Sie fand bei den Kollegen reißenden Absatz.



Was soll denn diese „unbegründete" Existenzangst? Diese zynische Frage des Hoesch-Konzernchefs Rohwedder (bild rechts) löste bei den Kollegen Empörung aus.



Mit Megaphon unter den streikenden Kollegen: Hoesch-Betriebsrat Hartmut Siemon von der RGO.

Jetzt auch bei Thyssen, Krupp und Salzgitter

Forderung nach Verstaatlichung setzt sich durch

DUISBURG/PEINE. — Die Forderung nach Verstaatlichung der Stahlindustrie wird inzwischen von einer ganzen Reihe von IGM-Vertrauenskörpern in der Stahlindustrie unterstützt.

Ausgangspunkt war eine Entschließung der Dortmunder IGM-Vertreterversammlung vom Dezember vergangenen Jahres. Darin war die „Überführung der Stahlindustrie in Gemeineigentum" gefordert worden. Am 7. Januar machte sich auch die Vertrauensleutevollversammlung der Hoesch-Hüttenwerke diese Entschließung zu eigen. Am 11. Januar folgte die Vertrauensleute-Vollversammlung von Mannesmann in Duisburg.

In der Entschließung der Kollegen von Mannesmann wird die Forderung nach Verstaatlichung — was unsere Partei für wichtig hält — mit der Forderung gekoppelt, daß keine Arbeitsplätze mehr ersatzlos vernichtet werden dürfen. Diese Koppelung findet sich dann auch in den ähnlich lautenden Entschließungen, die am 20. Januar vom Vertrauenskörper der IGM bei Thyssen/Hamborn und am 26. Januar vom Vertrauenskörper der IGM bei Krupp/Rheinhausen verabschiedet wurden.

In der Entschließung der Kollegen von Krupp/Rheinhausen wird außerdem auch die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich in Verbindung mit Einführung einer fünften Schicht sowie die Herabsetzung der Lebensarbeitszeit auf 55 Jahre für Stahlarbeiter gefordert.

Am Donnerstag letzter Woche (3. Februar) wurde die Verstaatlichung der Stahlindustrie auch von den Kollegen des bundeseigenen Stahlkonzerns Peine/Salzgitter als Forderung aufgestellt. Eine entsprechende Entschließung wurde auf der Funktionärskonferenz der IGM bei Peine/Salzgitter von rund 1000 Kollegen einstimmig verabschiedet.

In der Entschließung wird außerdem vom IGM-Vorstand verlangt, auf die *„Arbeitnehmervertreter in Aufsichtsräten der Stahlunternehmen und der Konzerne entschieden Einfluß zu nehmen und keine Entscheidung zu treffen, bevor nicht* a) *ein verbindlich abgestimmtes Konzept der IG Metall zur Lösung der Stahlkrise auf Bundesebene vorliegt und* b) *durch Rahmenverträge der IG Metall mit Bund, Land und den betroffenen Unternehmen nachteilige Folgen für die Arbeitnehmer in der Eisen- und Stahlindustrie ausgeschlossen werden."*

Dieser Passus richtet sich offenkundig gegen das Verhalten von Vertretern der IGM-Führung in ihrer Eigenschaft als Mitglieder von Aufsichtsratsgremien der Stahlkonzerne. Der stellvertretende IGM-Vorsitzende Hans Mayr hatte in seiner Eigenschaft als stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender bei Thyssen für die Fusion Thyssen/Krupp und damit faktisch für das Moderatorenkonzept gestimmt. Dasselbe tat auch der Stahlexperte im Hauptvorstand der IG Metall, Rudolf Judith, in seiner Rolle als stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender bei Krupp.

Am Mittwoch letzter Woche (2. Februar) sprach sich auch der Betriebsrat der Klöckner-Hütte entschieden gegen das Moderatorenkonzept aus und stellte gleichzeitig die Parole auf: ***„Gemeinsam gegen Arbeitsplatzvernichtung. Deshalb die Stahlindustrie verstaatlichen!"***

+ + + gegen Arbeitsplatzvernichtung + + + gegen Arbeitsplatzvernichtung +

Warnstreiks und Demonstrationen gegen Arbeitsplatzvernichtung

In der vergangenen Woche kam es in einer ganzen Reihe von Betrieben zu Protestaktionen der Belegschaften gegen geplante Entlassungen, Stillegungen und Rationalisierungsmaßnahmen.

Am Dienstag (1. Februar) demonstrierten in **Oldenburg** rund 1000 Kolleginnen und Kollegen gegen die Stillegung der **Glashütte,** die zum **Gerresheim-Konzern** gehört. Die 424 Beschäftigten sollen entlassen werden. An der Demonstration beteiligten sich neben den Beschäftigten der Glashütte auch Beschäftigte aus vielen anderen Betrieben.

Am Freitag (4. Februar) kam es im **Nürnberger Grundig-Werk** zu einem einstündigen Warnstreik gegen angekündigte Massenentlassungen. In einer Protest-Entschließung forderten die knapp 1000 Beschäftigten eine Arbeitszeitverkürzung und sofortigen Entlassungsstopp.

Am Freitag protestierten auch die 300 Beschäftigten der **Kölner Leuchtenfabrik** mit einem Warnstreik gegen die beabsichtigte Stillegung des Werkes.

Ebenfalls am Freitag legten rund 400 Beschäftigte der **SKF-Kugellagerfabriken** in **Stuttgart-Bad Canstatt** für eine Stunde die Arbeit nieder. Damit protestierten sie gegen die Entlassung von 500 der 1628 Beschäftigten des Bad Cannstatter SKF-Werkes.

In **Lampertsheim** (Hessen) demonstrierten am Samstag die Beschäftigten des dortigen **BBC-Werkes** gegen die Ankündigung der Konzernleitung, 100 Beschäftigte dieses Zweigwerkes, das 1500 Belegschaftsmitglieder zählt, zu entlassen. Die Kolleginnen und Kollegen befürchten, daß BBC die Lampertsheimer Produktion in die Schweiz verlagern will.

Heckel-Belegschaft streckt die Waffen

Saarbrücken. — Am letzten Samstag haben die Beschäftigten der Drahtseilfabrik Heckel in Saarbrücken-Burbach beschlossen, ihre seit drei Monaten andauernde Betriebsbesetzung zu beenden. Wie der Betriebsrat mitteilte, sieht die Belegschaft keine Möglichkeit mehr, durch die Weiterführung der Besetzung doch noch die vom ARBED-Konzern angekündigte Stillegung des Heckel-Werkes zu verhindern. Auch die geforderte Schaffung von Ersatzarbeitsplätzen am Standort Burbach konnte nicht durchgesetzt werden. Der „Rote Morgen" wird in seiner nächsten Ausgabe auf die Frage nach den Gründen für diese bittere Niederlage eingehen.

Wo steht der IGM-Vorstand?

Auge in Auge mit 3000 streikenden Stahlarbeitern versicherte Lutz Dieckerhoff, Mitglied des geschäftsführenden Hauptvorstands der IG Metall und stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender bei Hoesch, die „Arbeitnehmervertreter" im montanmitbestimmten Hoesch-Aufsichtsrat würden dem Konzept der Stahlmoderatoren die Zustimmung verweigern. Dieckerhoff versprach den Kollegen zudem, der IGM-Vorstand werde die angekündigte Stahlkonferenz der IG Metall abwarten, bevor er seine Haltung zum Moderatorenkonzept festlegen wolle.

Was gibt es da abzuwarten? Dieses Konzept wurde unter der Regie der Stahlkonzerne ausgebrütet! Oder genauer: Unter der Regie der Großbanken, die diesen Industriezweig kontrollieren.

Daß dieses Konzept nichts anderes als eine Kahlschlagsanierung darstellt, weiß sozusagen jedes Kind. Wer dieses Konzept nicht rigoros ablehnt und bekämpft, unterstützt die skrupellose Durchsetzung der Profitinteressen des Finanzkapitals, die keine Rücksicht auf die Existenzbedingungen der arbeitenden Bevölkerung kennt. Er unterstützt die Vernichtung weiterer Zehntausender von Arbeitsplätzen in der Stahlindustrie, das Plattwalzen ganzer Standorte wie Dortmund, Bremen, Saarbrücken, Peine u. a., mit all seinen katastrophalen Folgen.

Aber sie warten ja noch nicht einmal ab, die „Kollegen" im Hauptvorstand der IG Metall! Dem Kernstück des Moderatorenkonzept wurde von zwei maßgeblichen Vertretern der IGM-Führung unter der Hand bereits Unterstützung zuteil. Rudolf Judith (im geschäftsführenden Hauptvorstand für die Stahlindustrie verantwortlich) hat als stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender bei Krupp, und Hans Mayr (zweiter Mann in der IGM-Führung nach Eugen Loderer) hat als stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender bei Thyssen für die Fusion Thyssen/Krupp gestimmt! So sieht das Abwarten dieser Spitzenfunktionäre aus! So sieht ihre Mitbestimmung aus, die angeblich den Interessen der Belegschaften Geltung verschaffen soll.

In allen direkt betroffenen Stahlkonzernen, ob bei Hoesch, Krupp, Klöckner, Thyssen oder Salzgitter, haben die betrieblichen IGM-Funktionäre, vor allem die Vertrauensleute, dieses Kahlschlagprogramm zurückgewiesen. Und zunehmend setzt sich die Erkenntnis bei den Kollegen durch, daß die Stahlarbeiter gemeinsam und solidarisch gegen den Belegschaftsabbau, gegen jede weitere Arbeitsplatzvernichtung und die Bedrohung von ganzen Standorten kämpfen müssen.

Der IGM-Vorstand aber? Was tut er? Man kann es nennen, wie man will, es läuft jedenfalls darauf hinaus, die Spaltung unter den Stahlarbeitern zu verschärfen und einen erfolgreichen Widerstand gegen die Kahlschlagsanierung bereits im Keim zu ersticken.

Wie sieht der CDU-Staat aus? — 5. Teil:

Die „geistig-moralische Wende“

Wie kommt ein Mann wie Helmut Kohl dazu, von Moral zu reden? — Weil Heuchelei in Bonn zum Geschäft gehört. Und zu den Grundsätzen der „christlichen“ Parteien allemal.

Da wird einer von Flick mit über 600000 Mark bestochen. Und beschwört die Notwendigkeit einer „geistig-moralischen Wende“, womit absolut nicht gemeint ist, daß er sich bessern will. Sondern, daß sich das Volk seiner Moral unterwirft. Die „geistig-moralische Wende“ fordert auch die Schwesterpartei CSU. Die am meisten Geld von Flick erhielt. An deren Spitze Alt-Nazi Strauß, politischer Sprecher des Rüstungskapitals, steht.

Es ist der Ungeist und die Unmoral vergangener, aber nicht untergegangener Zeiten, denen sich das ganze Volk in der von Kohl angestrebten „neuen (Volks-)Gemeinschaft“ zuwenden soll. Und wehe dem, der bei dieser Wende nicht mitmarschiert.





Repräsentanten der „moralischen Wende“. Der tugendhafte Kanzler Kohl mit dem ehemaligen Flick-Manager von Brauchitsch, der über 600000 Mark in Kohls Taschen fließen ließ. Und Finanzminister Stoltenberg, der „kühle Klare“ aus dem Norden, mal etwas ausgelassener auf einem Galaabend der Sparkassen. Kapitalisten und Banken fühlen sich gut bedient von der Union. Millionenschiebereien und rauschende Feste, dafür gibt es Geld genug. Aber die Arbeiter und sozial Schwachen sollen verzichten. Das ist ihre Moral.

„Die geistig-politische Krise“ — so ein Kapitel der Regierungserklärung — beschwor Kohl von Beginn an. Sie besteht für ihn und seine Gesinnungsfreunde vor allem darin, daß die einfachen Menschen Ansprüche entwickeln. Das will er nicht: „Die Frage der Zukunft lautet nicht, wieviel mehr der Staat für seine Bürger tun kann. Die Frage der Zukunft lautet, wie sich Freiheit, Dynamik und Selbstverantwortung neu entfalten können. Auf dieser Idee gründet sich die Koalition der Mitte.“

Damit das Geld bei den Reichen bleibt. Damit der Staat nicht mehr für „seine Bürger“, sondern für Rüstungs-, Atomkraft-, Verkabelung- und andere Programme tut (und ausgibt). Welch eine Idee.

Dem Normalbürger, den Werktätigen, die dafür mehr bezahlen und zum Ausgleich weniger verdienen sollen, spricht das neue Wahlprogramm der CDU/CSU Trost zu: „Der Mensch lebt nicht vom Brot allein.“

Er wird mit „Ideen“ sattgemacht.

Völlig falsch liegt man allerdings, wenn man erwartet, neben der genußreichen Lektüre solcher Wahlprogramme vom Brot auf andere „geistige Nahrung“ ausweichen zu können.

Treffend drückte es Franz Josef Strauß auf dem kulturpolitischen Kongreß der CSU aus, der Ende Januar in München stattfand. Er will aufräumen mit der „Bildungspsychose“, mit „falschen Idealen“ wie Chancengleichheit und allgemeiner Hochqualifizierung. Zuviel Bildung taugt nicht. Sie macht nur anfällig für linksradikale Hetze.

„Gesellschaft mit menschlichem Gesicht“

Über Straußens Belehrungen schreibt der von ihm selbst herausgegebene „Bayernkurier“ am 5.2. unter anderem:

„Vor hundert Jahren schrieb der Historiker Jakob Burckhardt: ‚Das Neueste in der Welt ist das Verlangen nach Bildung als Menschenrecht, welches ein verhülltes Begehren nach Wohlleben ist.‘ Mit diesem Zitat leitete der bayerische Ministerpräsident Franz Josef Strauß sein Grundsatzreferat ein. Genau hier lag der wesentliche Ansatz der sozialistischen Reformpolitik. (...)

Das Bildungssystem als solches verselbständigte sich in ungeahnter Weise (...). Hier darf eine Wende nicht mehr lange auf sich warten lassen.“

Hier haben wir es also klar und deutlich: Bildung ist für die Union kein Menschenrecht.

Kohl und Strauß wollen entscheiden, was Bildung ist und wem sie zukommt. Das ist die geistige Wende.

„Ein verhülltes Begehren nach Wohlleben“. Pfui! Das Volk hat zu arbeiten und dumm zu bleiben. Es reicht, wenn es Kohl und Strauß und ihresgleichen gutgeht, weil es ihren großkapitalistischen Geldgebern gutgeht. „Zum Wohle!“ Das ist die moralische Wende.

Auf dem CSU-Kongreß ließ sich auch die Bundesministerin für Bildung und Wissenschaft, Dorothea Wilms, aus. „Die Ministerin wies darauf hin, daß es die Aufgabe der Unions-Parteien sei, klarzumachen, daß die Zeit des Gießkannenprinzips im Bildungsbereich nicht nur aus finanziellen Gründen vorbei sei, sondern, daß sie dieses Prinzip vor allem aus menschlichen Gründen ablehnen.“ („Bayernkurier“)

Wie sagen doch die Unions-Parteien: „Wir wollen eine Gesellschaft mit menschlichem Gesicht.“ So sieht es aus. Welch eine häßliche Fratze.

Die neuen Wertvorstellungen, die die Union dem Volk aufzwingen will, sind umfassend.

Eine neuere Einlassung dazu gab Kohl in einem Interview mit dem „Deutschland-Magazin“, Ausgabe Februar '83, das allerdings zur Zeit der Fertigstellung dieses Artikels noch nicht auf dem Markt ist, so daß wir uns auf Veröffentlichungen der „Frankfurter Rundschau“ vom 3.2. stützen müssen.

Zu den bildungspolitischen Vorstellungen der Regierung gehört auch ein verschärftes Vorgehen gegen demokratische, antifaschistische Lehrer an den Schulen und gegen Journalisten, Künstler usw. mit demokratischer Gesinnung. Mit der „einseitigen Indoktrination“ durch Sozialisten in der Kulturlandschaft der Bundesrepublik soll Schluß gemacht werden. In den Schulen und in manchen Medien würden viele junge Leute „geradezu gegen die Bundeswehr indoktriniert“. Kohl erklärte weiter, er unterstütze nachdrücklich „die Intentionen verschiedener Kultusminister der Union, in ihren Ländern ein Umdenken herbeizuführen, was die Pflichten des Bürgers angehe“. Als „großes Ärgernis“ bezeichnete es Kohl, daß „immer mehr Familien hilflos und wehrlos der Einflußnahme linker Lehrer ausgesetzt“ seien, die die elterliche Erziehung „von 8 bis 13 Uhr total konterkarieren“. Er werde alles tun, um hier entgegenzusteuern.“

Fleiß Pflichtbewußtsein Gemeinsinn Vaterlandsliebe

Verschärfung des Berufsverbots-Terrors. Gleichschaltungsbestrebungen, Zensur bei den Medien und in allen Bereichen der Kultur. Auch das gehört zum „Wende“-Programm. Als Ziel wird genannt: Ein „Wiederbeleben der alten Tugenden — Fleiß, Pflichtbewußtsein, Gemeinsinn, Vaterlandsliebe“.

Mit diesem tugendhaften Anspruch werden Angriffe geführt auf alle Freiheitsrechte. Wird die Wertgemeinschaft der NATO beschworen, worin Mitglied zu sein „Kernpunkt deutscher Staatsräson“ sein soll, und das Grundrecht der Kriegsdienstverweigerung unterhöhlt. Wird die Rolle der Frau als Mutter an Heim und Herd wieder glorifiziert und soll der Paragraph 218 wieder verschärft werden. Soll der Widerstand gegen die Regierungspolitik gebrochen werden.

„Unser Volk braucht Gemeinsamkeit statt Klassenkampf“, heißt eine Überschrift im Wahlprogramm der Union. Getreu der CDU-Forderung, die Arbeiter sollten Solidarität auch mit ihren „Interessengegnern“ üben, liest man dort weiter: „Es muß Schluß sein mit Parolen, die einen Teil des Volkes gegen den anderen aufhetzen.“ Wieder einmal soll die Volksgemeinschaft den gerechten Kampf für sozialen Fortschritt und demokratische Rechte, schon gar den revolutionären Kampf gegen die Ausbeuterordnung ersticken.

Um das durchzusetzen, will der CDU-Staat noch viel entschlossener, rücksichtsloser zur Gewalt greifen. Wie es im Rahmen dieser Serie bereits geschrieben worden ist und noch beschrieben wird.

Welchen Geist die „Wende“ mit sich bringt, sei hier abschließend mit einem Zitat erläutert, das in Bremen dieser Tage im Rahmen der Debatte über das neue Polizeigesetz des Bundeslandes fiel. Die Union und die ihr nahestehenden Kreise erregten sich darüber, weil es zu liberal sei. Und dies sagte Egon Franke, stellvertretender Bundesvorsitzender der Polizeigewerkschaft im Deutschen Beamtenbund, unter Zustimmung von CDU-Parlamentarierern: „Um wieder Ordnung in die Bundesrepublik zu bringen, brauchen wir ein gut funktionierendes bundeseinheitliches Polizeigesetz, das nicht nur durch die Legalisierung des Todesschusses abschreckend wirkt.“ Er forderte zugleich die Einführung des CS-Giftgases für die Bremer Polizei. Damit hat der Führer der Partei, die „Deutschland in Ordnung bringen“ will, Strauß von der CSU, seine Polizei längst ausgerüstet. In Niedersachsen wurde dieser Tage von der CDU-Regierung die Ausrüstung der Polizeitruppen mit den lebensgefährlichen Gummischrotgeschossen beschlossen.

Das ist die materielle Stütze der „geistig-moralischen Wende.“

Im BKA lebt der Ungeist des Faschismus fort

Sinti und Roma demonstrierten gegen „Sondererfassung“



Sinti und Roma demonstrieren vor dem BKA. Das Bild zeigt unter anderen den Vorsitzenden ihres Zentralrats Romani Rose (vorn mit Schild neben dem Demonstranten in KZ-Kleidung).

WIESBADEN. — Gegen die „Sondererfassung“ von „Zigeunern“ in Polizeicomputern und -karteien und die Kennzeichnung von Daten im Fahndungscomputer des Bundeskriminalamtes (BKA) mit dem Zusatz „ZN“ demonstrierten am 29. Januar etwa 150 Sinti und Roma.

Ort der Demonstration: Das Gelände vor dem BKA-Gebäude in Wiesbaden. Eine Aktion, die sich einreiht in die Demonstrationen zum 50. Jahrestag der „Machtergreifung“ der Nazis. Eine notwendige Aktion, die darauf hinweist, wie sehr der alte Ungeist des Faschismus in Westdeutschland und besonders bei den staatlichen Behörden noch lebendig ist.

Die Demonstranten erinnerten daran, daß damals die „Sondererfassung“ dem Völkermord an mehr als 500000 Sintis und Roma vorausging. Noch heute wird diese diskriminierende Behandlung mit Rassentheorien des Dritten Reiches begründet, denen zufolge Zigeuner „arbeitsscheu und kriminell“ seien, hoben die Betroffenen hervor. In Verordnungen und Dienstanweisungen schüre die Polizei diese Vorurteile. Der Zentralrat Deutscher Sinti und Roma forderte deshalb die Innenminister des Bundes und der Länder an diesem Tag zum wiederholten Male auf, mit der Sonderbehandlung Schluß zu machen.

Die Behörden traten den Demonstranten und ihrem mehr als berechtigten Anliegen mit empörender Arroganz entgegen und bestätigten, daß sie — wie die Hitler-Faschisten — in Sinti und Roma offensichtlich immer noch „Untermenschen“ sehen. Die Leitung des BKA sagte ein verabredetes Gespräch mit Vertretern des Zentralrats wieder ab. Begründung: Die Sinti und Roma hatten sich nicht dem erpresserischen Druck gebeugt, auf ihre öffentliche Protestaktion zu verzichten. Eine „diffamierende Demonstration“ wurde sie vom BKA genannt! Da ist man sprachlos. Es sind also gar nicht Sinti und Roma, die diffamiert werden. Diffamiert wird das BKA...

So wichtig ist der Protest der Sinti und Roma. Er bedarf der solidarischen Unterstützung aller Antifaschisten. „Die Völker sollen es wissen: „ZN-Erfassung ein Rückfall zum Nazi-Reich“, so war es auf einem Transparent der Demonstranten zu lesen. „Nie mehr 1933“, „Nie mehr Faschismus“ riefen sie in Sprechchören, und diese alle Demokraten einigenden Forderungen markieren das Bindeglied ihrer Demonstration und ihres Kampfes zu allen anderen Bereichen antifaschistischer Aktion, antifaschistischen Kampfes in unserem Land.

So sieht es die „metall“- Zeitung:



„Die Flick-Demokratie“. Unter diesem Titel bringt „metall“ 3/83 ein Interview mit dem ehemaligen Verfassungsrichter Martin Hirsch. Daraus einige interessante Auszüge:

„metall“: *Über Jahrzehnte hinweg hat der Flick-Konzern mit Bargeldzahlungen in die Meinungsbildung der im Bundestag vertretenen Parteien eingegriffen. Ist das ein normaler Vorgang in einer parlamentarischen Demokratie?*

Hirsch: Wenn das ein normaler Vorgang wäre, würde ich ganz schnell ein entschiedener Gegner der parlamentarischen Demokratie werden. Ich finde das schrecklich und unmöglich und da gehören einige Gesetze sehr, sehr entschieden geändert.

(...)

Wenn bewiesen wird, daß einer da direkt selbst Geld gekriegt hat, wäre er ja zunächst politisch weg vom Fenster — hoffentlich“.

Nun, es kann kaum Zweifel daran bestehen, daß viele Politiker direkt Geld bekommen haben — indirekt ist es auch nicht viel besser — und daß zu ihnen auch Kanzler Kohl gehört, der so lautstark die „moralische Wende“ beschwört. Und daß in einer kapitalistischen Demokratie auch das Kapital bestimmt und Politiker kauft, ist eine traurige Wahrheit, aber eben eine Wahrheit. Und daß ein bestochener Politiker automatisch weg vom Fenster wäre, das ist eben nicht der Fall. Bei uns wird sogar die Ermittlung bis nach der Bundestagswahl gestoppt, damit alle bestochenen Politiker kandidieren können. Bei uns stellt sich der bestochene Kanzler hin und hält moralische Appelle.

In Bochum stand ein Ehrenmal . . .

... ein Ehrenmal des deutschen Militarismus, ein Kriegerdenkmal, daß die Hitlerfaschisten 1935 hinstellen ließen „mit dem Ziel, die Bevölkerung auf neue Waffengänge vorzubereiten", wie es Bochums Stadtarchivar Dr. Volker Wagner selbst eindeutig zum Ausdruck bringt. Der „Waffengang" fand statt. Millionen Menschen starben, Häuser und Städte versanken in Schutt und Asche. Aber das Nazi-Denkmal blieb heil, und es blieb stehen. Auch SPD-Bürgermeister fanden nichts dabei, ihm einen Ehrenplatz im Stadtpark zu geben.

Jetzt ist es weg. Jedenfalls für eine gewisse Zeit.

„50 Jahre sind genug!" Diese Feststellung konnte man am 2. Februar an der Mauer hinter dem Kriegerdenkmal finden. Das Denkmal selbst — ein Soldat des ersten Weltkrieges und einer der Nazi-Wehrmacht, „in heroischer Haltung" (Nazi-Presse 1935) eine Fahne haltend — versperrte den Blick auf die Mauer nicht mehr. Es lag davor im Dreck. „Unbekannte Täter", wie die Presse, auch die SPD nahestehende WAZ zum Beispiel hetzt (einfallsreiche Antifaschisten, würden wir sagen) hatten die Bronzekrieger oberhalb der Füße abgsägt.

Bis vor einem Jahr trug eine der Figuren übgrigens noch ein Hakenkreuz am Helm, bevor sich dankenswerterweise jemand fand, der es wegfeilte. Er wurde nicht gefunden, und es ist zu hoffen, daß auch die jetzt vom Oberstadtdirektor Herbert Jahofer persönlich unterzeichnete Anzeige gegen Unbekannt im Sande verläuft. Es steht allerdings zu befürchten, daß die Bochumer „Stadtväter" das Nazi-Denkmal reparieren lassen werden. Es gibt noch viel zu tun ...



Wir möchten uns lieber dem Vorschlag der Antifaschisten anschließen, die in einem Flugblatt schrieben: „Wir schlagen dem Rat der Stadt vor, die abgesägten Stiefel als neues Mahnmal stehen zu lassen und sie mit einer Gedenktafel zu versehen: „Dieses aggressive Denkmal, 1936 durch Nazi-Prominenz eingeweiht, fiel im Frühjahr 1983 — 50 Jahre nach der unbewältigten Machtübergabe an die Faschisten — einem Anschlag zum Opfer. Diese Tat zeigt, daß auch in der Bochumer Bevölkerung eine antifaschistische Haltung lebt."

Übrigens zeigt sich nicht nur die Bochumer Stadtführung betroffen über die antifaschistische Tat. Sondern auch die NPD. Die ist so betroffen, daß sie sogar eine Belohnung für die Ergreifung der Übeltäter ausgesetzt hat. Das zeigt anschaulich, in welche Nachbarschaft sich die Verteidiger des Denkmals begeben. Sie verteidigen den Geist des Hitlerfaschismus und machen mit den Neonazis gemeinsame Sache.

Fünfzig Jahr nach dreiunddreißig . . .

Fünfzig Jahr nach dreiundreißig
gedenkt landauf landab man fleißig,
wie „Mein Kampf" dereinst begann,
der im Blutmeer dann zerrann.

Magistrate, Amtspersonen —
keiner will's Gedächtnis schonen!
„Hier stand einmal ein KZ,
‚Heil Hitler' grüßte man adrett."
„Diese Stätte sei uns Mahnung,
ich hatte damals keine Ahnung.
Viele haben nichts gewußt,
nicht zu wissen auch gemußt."
„Ja, doch heute sind wir klüger,
durchschauen jeden Volksbetrüger.
Unsere Kinder lernen heute
zu erkennen diese Leute!"

Was fünfzig Jahr nach dreiundreißig
man verschweigt jedoch sehr fleißig —
das läßt die Flut des ‚mahnenden Gedenkens"
erstarren zum Verzicht des Denkens.

Wer half Hitler an die Macht?
Der hätt' das heut' noch mal gemacht!
Der brauchte einen Henker
als Krisenwirtschaftslenker.
Die wirtschaftliche Not der Massen
lehrt viele, ihren Herrn zu hassen —
für des Unternehmers Heil
zählt bald nur des Schlächters Beil.
Für den Profit läßt man vernichten
verpackt in Volksschädlingsgeschichten.
Die Arbeisplätze gehn voran —
die Menschen folgen Mann für Mann.
Und für die Ehre der Bilanzen
läßt auf dem Feld der Ehr' man tanzen!
Ein paar Millionen Arbeitslose,
Hungersnot, Krieg — und die Bosse?
Reiben sich erfreut die Hände,
denn das vermehrt die Dividende!

Für den Profit gehn heut' die Reichen
genauso über unsre Leichen!
Wir sollten uns dagegen wehr'n
und diesen Herrn den Kampf bescher'n!

Mordanschlag auf Münchner Juso

MÜNCHEN. — Am Abend des 30. Januar wurde auf den Vorsitzenden der Münchener Jungsozialisten, Joachim Graf, ein Mordanschlag verübt. Graf gehörte zu den Initiatoren der Münchener antifaschistischen Demonstration am 29. Januar und stand mit Namen und Adresse unter einem Flugblatt zu diesem Anlaß.

Drei vermummte Männer drangen in Grafs Wohnung ein und bedrohten seine Ehefrau mit Messern. Sie verlangten von ihr, ihren Mann zu rufen. Joachim Graf, der in seinem Arbeitszimmer Geräusche gehört hatte, kam von sich aus dazu und wurde sofort mit Tränengas besprüht. Er wollte sich zur Wehr setzen, wurde aber mit einem harten Gegenstand auf den Kopf geschlagen und niedergestochen. Er trug mehrere Stich- und Schnittwunden davon und mußte ins Krankenhaus eingeliefert werden. Das Mordkommando konnte entkommen.

Es muß davon ausgegangen werden, daß es sich bei den Tätern um Neonazis handelt. Morddrohungen gegen Antifaschisten waren von den braunen Terroristen in diesen Tagen genug zu hören, unter anderem in Mainz-Gonsenheim, wo sich viele von ihnen mit bekannten Anführern auf dem Anwesen der Kampfgruppenchefs Müller versammelt hatten. Eine Maskierung mit Skimützen, wie sie die Täter von München trugen, scheint bei den Nazis beliebt zu sein: Auf Fotos aus Gonsenheim sind reihenweise solche Figuren zu sehen.

Immer noch schaut die Polizei, schauen die Politiker und überhaupt alle Staatsorgane dem Treiben dieser Verbrecher weitgehend tatenlos zu. Dazu paßt, daß Terroristenchef Kühnen, der nie ein Hehl daraus gemacht hat, auch nach seiner Haftentlassung weiter im Sinne des Nationalsozialismus, und das auch mit terroristischen Mitteln, tätig sein zu wollen, trotz seiner Anwesenheit bei der Gonsenheimer Versammlung nicht belangt wird. Obwohl ihm ausdrücklich jeder Umgang mit Curt Müller untersagt wurde, übrigens auch generell mit Mitgliedern der NSDAP/AO, der ANS (deren Anführer er ist) und der Deutsch-Völkischen Gemeinschaft.

Aus Hamburg verlautet, daß man selbst die minimale Auflage der Führungsaufsicht — Kühnen muß sich einmal im Monat melden — für überflüssig hält. Der zuständige Regierungsdirektor Heiko Morisse erklärte laut „Frankfurter Rundschau" vom 4.2.: „Die Führungsaufsicht hat die Aufgabe, bei der Resozialisierung zu helfen. Wir unterstützen den Haftentlassenen dabei, einen neuen Lebensführungsplan zu verwirklichen. Wir versuchen, Schwierigkeiten aus dem Wege zu räumen, und sind beispielsweise bei der Wohnungs- und Stellensuche behilflich. Aber Kühnen benötigt solche Hilfe nicht. Er ist in die Gesellschaft eingegliedert und zeigt sich sehr wendig. Man kann ihn nicht als normalen Kriminellen ansehen."

Nein, das kann man nicht. Er gehört zu den Kreisen, in denen unter anderem systematisch Mordanschläge auf Antifaschisten vorbereitet und kaltblütig ausgeführt werden, in denen junge Menschen mit rassistischer und faschistischer Ideologie ausgerüstet und zu Terroristen ausgebildet werden, zu jedem Verbrechen bereit. Um so schlimmer, daß Kühnen und seinesgleiche überhaupt noch frei herumlaufen dürfen. Und seinen „Lebensfürhungsplan", für dessen Verwirklichung ihm zunächst die „Unterstützung" der Behörden reicht, daß er sich weitgehend ungestört bewegen kann, hat er ja öffentlich dargelegt. Er scheint in diesem Staat keinen der Verantwortlichen zu stören. Eben darum tragen diese Verantwortlichen eine Mitschuld an jeder neuen Bluttat der Neonazis.

Ein Betriebsrat auf antifaschistischer Lokalforschung

Was der Wesersand bei Klöckner verbirgt

Wer auf der Klöcknerhütte in Bremen am Hochofen arbeitet oder auf dem Möllerbunker, wer in der dortigen Kantine einen Kaffee trinkt, der bewegt sich auf dem Gelände eines früheren Konzentrationslagers. Eigentlich nicht „auf" sondern über dem KZ, denn ehe die Hochöfen entstanden, wurde das Gelände aufgespült. Ein paar Meter Wesersand liegen jetzt über den Grundrissen der KZ-Baracken und der doppelten Stacheldrahtumzäunung, wovon auf Luftbildern aus den 50er Jahren noch was zu erkennen ist.

Zugeschüttet war das Lager auch in der Erinnerung der Menschen. Nur ganz wenige ältere Kollegen wußten etwas davon. Durch deren Erzählungen aufmerksam geworden, ging ein Betriebsrat der Geschichte nach. Später sammelte er eine Gruppe von zwölf Kollegen, die Informationen, Dokumente, Fotos aufspürten.

Demnach begann die Geschichte mit dem „Freiwilligen Arbeitsdienst" 1932. Unter Leitung der NSDAP wurde auf Ödland nahe am Westufer das Arbeitsdienstlager Riespott errichtet. Doch schon 1933 wurden dort politische Häftlinge gesammelt, ehe sie in die Emslandlager gebracht wurden. Nach Kriegsbeginn werden dort Zwangsarbeiter interniert, die die Wehrmacht in den besetzten Gebieten zusammengetrieben und zur Arbeit in der Rüstungsindustrie nach Deutschland verschleppt hat. 1944 schließlich wird der Riespott eine Außenstelle des Konzentrationslagers Neuengamme (bei Hamburg). Russische Kriegsgefangene, Gefangene aus anderen Lagern, die wegen Widerstands aufgefallen waren, das waren die Häftlinge des KZ Riespott. Gefährliche und schwere Arbeit in verschiedenen Betrieben, Hunger, Appelle im Winter, knietief im Wasser stehend, so wurde die SS-Devise: „Vernichtung durch Arbeit" mit diesen Häftlingen in die Tat umgesetzt. In Hörweite der Westfront-Artillerie wurden die Überlebenden im April 1945 nach Nordosten in Marsch gesetzt. Andere kamen im Lager Sandbostel in Obhut britischer Truppen. Die den Todesmarsch überstanden, wurden im Ostseehafen Neuskoll an Bord zweier Schiffe getrieben. Von der britischen Luftwaffe beschossen, rissen die Schiffe die vielfach Gequälten in die Tiefe.

Von den westlichen Vororten Bremens zum Weserstrand führt eine schmale Straße, auf der im Sommer Familien und viele Jugendlichen unterwegs waren, um dort zu baden. Die Straße führt zwischen dem Lager und der Mauer der Norddeutschen Hütte hindurch, die damals zum Krupp-Konzern gehörte. Das Lager war mit einem Erdwall, bepflanzt mit Büschen und Bäumen, gegen die Blicke der Vorübergehenden geschützt. Die Mauer der Norddeutschen Hütte steht heute noch, obwohl das Gebäude weit und breit den Klöckner-Werken gehört. In ihre Krone sind große Glasscherben eingelassen.

Gegenüber dem Lager war die Schlackenkippe der Hütte. Die Hochofenschlacke wurde dort von den Häftlingen mit Vorschlaghämmern zertrümmert, ehe sie ganz erkaltet war. „Es war die von den Häftlingen am meisten gefürchtete Arbeitsstätte", schreibt darüber ein ehemaliger Häftling französischer Nationalität. Eingesetzt wurden sie auch in der Vanadinanlage, wo auf chemischem Wege Metall-Legierungen für Rüstungszwecke hergestellt wurden. Diese Arbeit ruinierte die Lungen der Häftlinge in wenigen Monaten. Oder sie wurden mit Kähnen weseraufwärts zur Baustelle des U-Boot-Bunkers „Hornisse" gefahren.

Krupp zahlte für die Häftlinge pro Tag 4 Mark, die SS berechnete für Unterbringung, Bewachung und „Verpflegung" 1,40 Mark. Der Direktor der Norddeutschen Hütte, Hofmann, ist auf unserem Bild als Teilnehmer eines Nazi-Aufmarsches in Bremen zu sehen. Über seine Antrittsrede berichtet ein Kollege, der damals auf der Hütte lernte: „Der stellte sich da oben hin und sagte als erstes, das liegt mir noch genau in Erinnerung: ‚Ich bin in der Norddeutschen Hütte eingesetzt, um die rote Hütte braun zu fegen'. Da ging ein Rühren und Raunen durch die Bänke, durch die Werkstatt und ein Gelächter hinterher (...). Ich kann mich noch genau erinnern, die Altgesellen, die waren so empört darüber, daß am Ende die Hüttenkapelle das Deutschlandlied gar nicht mehr zustande brachte, das war ein Gestimmel und Gestammel mit den großen Trompeten und Pauken."


Nazi-Aufmarsch in Bremen. Im hellen Mantel in der ersten Reihe hinter den Fahnenträgern: Krupp-Direktor Hofmann.

Hofmann wurde — wie alle Krupp-Direktoren — in Nürnberg vor Gericht gestellt. Über die Arbeit der KZ-Häftlinge in der Schlackenkippe der Norddeutschen Hütte sagte er dort unter Eid: „(...) war bei den Insassen des erwähnten Außenlagers der Wunsch vorhanden, uns zugewiesen zu werden (...) teilten mir Einzelne der uns zugewiesenen KZ-Häftlinge, offenbar, um mich von ihrer Eignung zu überzeugen, zur weiteren Verwendung bei uns zu veranlassen, mit, daß sie bereits genügend Erfahrung besäßen, da sie auch in anderen Betrieben bereits gearbeitet hätten." —

Die Arbeit unserer Gruppe hat sich bisher sehr gelohnt. Zwei Radiosendungen wurden mit den von uns gesammelten Informationen gemacht. Am 28. Januar eröffneten wir im Betriebsratsbüro eine Ausstellung mit Dokumenten und Fotos. Jetzt kommt es darauf an, die Belegschaft damit stärker vertraut zu machen. Viele Kollegen, die erfuhren, was vor 40 Jahren auf dem Hüttengelände los war, zeigten sich betroffen. Aber es gibt auch Stimmen: Laßt die Vergangenheit endlich ruhen. Der Klöckner-Werksvorstand hat der Forderung des Betriesrats, auf dem ehemaligen KZ-Gelände eine Gedenktafel anzubringen, zugestimmt.

KPD Wahlbündnis revolutionärer Sozialisten zu den Bundestagswahlen 1983 BWK

Aufkündigung des NATO-Doppelbeschlusses!

BRD raus aus der NATO!

Er werde aus den Wahlen am 6. März auch ein Votum über die NATO-Nachrüstung machen. Dieses vollmundige Versprechen gab Kanzler Kohl gegenüber seinen amerikanischen Freunden ab. Ein Raketenwahlkampf allerdings würde Kohl, Strauß, Genscher und ihren großkapitalistischen Hintermännern wohl kaum den ersehnten Erfolg am 6. März bringen. Sind doch nach letzten Umfragen nur 24 Prozent der Bundesbürger davon überzeugt, daß die von der NATO beschlossene Aufstellung neuer US-Atomraketen den Frieden sicherer machen würde. 49 Prozent dagegen sehen durch die sogenannte Nachrüstung vielmehr die Kriegsgefahr wachsen — und das durchaus mit Recht.

Denn die Aufstellung der neuen Atomwaffen mittlerer Reichweite vom Typ Pershing II und vom Typ Cruise missiles dient weder der Herstellung irgendeines Gleichgewichtes bei den atomaren Vernichtungswaffen in Europa noch der „Abschreckung" eines möglichen sowjetischen Angriffs.

Über den wahren Zweck dieser Waffensysteme gibt offenherzig ein amerikanisches Regierungsdokument Auskunft, in dem die „Leitlinien der Verteidigung für die Haushaltsjahre 1984 bis 1988" festgeschrieben sind. Die Zeitung „New York Times" berichtete im Mai letzten Jahres über den Inhalt dieses Dokuments: „Es weist die Streitkräfte an, Pläne mit dem Ziel zu entwickeln, die Sowjetunion auf jedem Konfliktniveau — von Aufständen bis hin zum Atomkrieg — zu besiegen."

Und weiter heißt es dort: „Grundlage der Atomkriegsstrategie wäre eine sogenannte Enthauptung, d.h. Schläge gegen die politische und militärische Führung und gegen Verbindungslinien der Sowjetunion."

Das also ist die wahre — und von den NATO-Partnern abgesegnete — Kalkulation der amerikanischen Kriegsplaner mit den neuen Atomraketen: Es sollen die Voraussetzungen für einen gewinnbaren Atomkrieg gegen die sowjetische Supermacht geschaffen werden. Und in dieser Kalkulation haben die Genfer Verhandlungen über Mittelstrecken-Raketen ihren Platz als Täuschungsmanöver, inszeniert zu dem Zweck, den Widerstand gegen die Atomkriegspläne einzulullen. Auch hier reden die amerikanischen Imperialisten für den eigenen Hausgebrauch eine deutliche Sprache, die alle Beteuerungen von Kohl und Vogel über den „ernsthaften Verhandlungswillen der Amerikaner" als bewußte Lügen enttarnt. So sagte etwa Staatssekretär Burt vom US-Außenministerium am 15. September '82 vor dem Auswärtigen Ausschuß des amerikanischen Senats: „Hätten wir nicht die Verhandlungen mit den Russen aufgenommen, wäre es unmöglich gewesen, die Verbündeten zur Stationierung von Raketen auf ihrem Territorium zu bewegen. Die Antiatomwaffenbewegung in Westeuropa wächst weiter an, und sie könnte den NATO-Beschluß vom Dezember 1979 über die Stationierung von Raketen mittlerer Reichweite in Gefahr bringen. Deshalb war es notwendig, bei den Verbündeten den Eindruck zu erwecken, daß wir ernsthaft Fortschritte bei der Begrenzung der nuklearen Rüstungen anstreben."

Kein Anlaß also, irgendwelche Hoffnungen in die Genfer Verhandlungen zwischen den beiden Supermächten zu setzen. Ob Ende dieses Jahres die neuen Atomraketen stationiert werden oder nicht — darüber entscheidet letzten Endes die Stärke des Widerstandes, den die Werktätigen in der Bundesrepublik und in den übrigen NATO-Ländern den Raketenplänen entgegensetzen.

Die sogenannte Nachrüstung muß zu Fall gebracht werden. Es wäre jedoch verhängnisvoll, wollte man sich im Kampf gegen die Kriegsgefahr ausschließlich auf die neuen Mittelstreckenraketen fixieren. Denn ihre geplante Aufstellung bildet ja nur einen — allerdings bedeutsamen — Bestandteil in der Gesamtheit der aggressiven NATO-Pläne.











Militarisierung auf der ganzen Linie

„Wer die Uniform des Soldaten trägt, braucht sich weder zu schämen noch zu verstecken", sagt Manfred Wörner, Kriegsminister in der Kohl-Regierung. Und er will seine Bundeswehr nicht verstecken, sondern sie wieder herzeigen mit öffentlichen Gelöbnissen und Großem Zapfenstreich.

Daß sich dadurch allerdings unter der westdeutschen Jugend eine Welle der Begeisterung für den „Ehrendienst" in der Bundeswehr auslösen ließe, daran glaubt natürlich auch ein Wörner nicht. Und die Regierung der schwarzen Reaktion hat folglich auch eine Reihe von Zwangsmaßnahmen entwickelt, die für den notwendigen Nachschub an Soldaten sorgen sollen. Da will man der Kriegsdienstverweigerung dadurch das Wasser abgraben, daß der Zivildienst von 16 auf 20 Monate verlängert wird — unter Beibehaltung der Prüfungsverfahren. Damit keiner auf die Idee kommt, er könne künftig den Kriegsdienst einfach deshalb verweigern, weil er sich zu schade dazu ist, für künftige Kriege der NATO als Kanonenfutter zu fungieren, hat Familienminister Geißler gleich klare Anweisungen für solche Prüfungsverfahren gegeben: „Die Berufung auf die generelle Ablehnung des Staates ist dann eben nicht geeignet, weil dies eine politische und zum Beispiel keine religiöse Begründung ist" — Antrag abgelehnt!

Das Kriegsdienstverweigerungs-Neuordnungsgesetz" gilt bezeichnenderweise nur bis Mitte 86. Bis dahin wollen die neuen Herren in Bonn nämlich auch den Wehrdienst auf 18 oder gar 21 Monate heraufgesetzt haben — und dann soll die Zivildienstzeit abermals verlängert werden.

Auch mit der Einberufung von Frauen zur Bundeswehr will Wörner nun endlich Ernst machen — aber auf rein freiwilliger Basis. Man setzt hier auf die wirtschaftliche Zwangslage der von Arbeitslosigkeit besonders stark betroffenen Frauen. Und wo weder staatlicher noch ökonomischer Druck ausreichen, wird mit massiver Indoktrination gearbeitet. So soll ein Wehrkundeunterricht an den Schulen eingeführt werden, damit die Schüler den „Sinn des Wehrdienstes verstehen und die Notwendigkeit der Verteidigungsbereitschaft einsehen."

Nach Plänen, die bereits in den Kultusministerien von Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz ausgearbeitet wurden, sollen Lehrer zu diesem Zweck in „Fortbildungskursen" bei der Bundeswehr im Geist des Militarismus gedrillt werden.

Die Kriegsminister des Militärpaktes haben jüngst die vom NATO-Oberbefehlshaber Rogers vorgelegten Pläne gebilligt, nunmehr auch die konventionellen Rüstungen darauf auszurichten, daß sie Verbände und Einrichtungen des Warschauer Paktes in der „zweiten Staffel", das heißt weit in dessen Hinterland, treffen und vernichten können. Kohls Minister Wörner hat sich zum eifrigen Schrittmacher dieser Pläne gemacht und schon die Bereitstellung der dafür notwendigen finanziellen Mittel angekündigt.

Wörner ist schließlich auch einer der lautstärksten Befürworter einer Ausweitung des Operationsbereichs der NATO über Westeuropa und den Nordatlantik hinaus, wie sie im vorletzten Dezember zum ersten Mal in einem offiziellen Kommuniqué der NATO angekündigt wurde. Die amerikanische „Schnelle Eingreiftruppe", deren Ausbau die Reagan-Leute gegenwärtig fieberhaft betreiben, soll hier die Speerspitze bilden für militärische Aktionen überall dort, wo die „vitalen Interessen des Westens" es erfordern.

Gemeint sind damit die weltweiten Raubinteressen der westlichen Imperialisten, die mittels der NATO gewaltsam durchgesetzt werden sollen.

Jeder ernsthafte Kampf gegen die drohende Kriegsgefahr muß zum Ziel haben, ein Ausscheiden der BRD aus dem aggressiven NATO-Pakt durchzusetzen.

Völkerrechtliche Anerkennung der DDR!

Die Kritik der NATO ist heute in der BRD, bis weit in die Reihen der SPD hinein, populärer denn je. So manch prominente Sozialdemokraten, selbst ehemalige Regierungsmitglieder, erlauben sich hin und wieder kritische Bemerkungen über das Bündnis, äußern Sorge über mögliche Gefahren für den Frieden. Ganz unpopulär aber ist, und das leider bis weit in die Reihen der Friedensbewegung, die Kritik der Rolle der BRD in der NATO.

Die BRD ist die hochgerüstetste und stärkste NATO-Macht in Europa. Ihre Armee, vor allem ihre Panzertruppe, ist der tragende Pfeiler in der NATO-Strategie der Vorneverteidigung. Sie verfolgt mit ihrer Hochrüstung und dem steten Ausbau ihrer Stellung im Bündnis so offensive, aggressive Ziele wie kein anderes NATO-Mitglied außer den USA, und sie hat diese Ziele als einziges NATO-Mitglied gleich schon in die Verfassung hineingeschrieben: „Das gesamte Deutsche Volk bleibt aufgefordert, in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands zu vollenden." Das bedeutet die Einverleibung der DDR und von 114296 Quadratkilometern polnischem und sowjetischem Staatsgebiet, und das kann die BRD nur durch Krieg erreichen.

Eine Adenauer-Regierung hatte 1954 den Eintritt der BRD in die NATO durchgesetzt und damit die territorialen Ansprüche der BRD in das Bündnis eingebracht. Natürlich war die NATO auch bis dahin alles andere als ein Defensivbündnis gewesen. Sie war vielmehr von den USA als Kriegspakt gegen die Sowjetunion und die Volksdemokratien in Osteuropa gegründet und aufgebaut worden. Mit dem BRD-Beitritt wurde die NATO nicht nur militärisch enorm gestärkt. Sie macht sich die Gebietsforderungen der BRD zu eigen und hatte damit nun auch einen Kriegsgrund, der sich, wenn nötig, jederzeit für die Kriegserklärung verwenden läßt.

Die westdeutschen Imperialisten haben von allen NATO-Mitgliedsländern mit Ausnahme der USA das stärkste Interesse, den Warschauer Pakt zu beseitigen. Sie versprechen sich von der „Befreiung" Osteuropas den Hauptgewinn: Großdeutschland und damit die Führung in ganz Europa.

Die SPD-geführten Regierungen hatten jahrelang mit der sogenannten „neuen Ostpolitik" die Illusion geschürt, als habe die BRD ihre Ansprüche auf „Deutschland in den Grenzen von 1937" fallengelassen. Nichts hat sie! Alle Ostverträge beinhalten die völkerrechtliche Anerkennung der DDR gerade **nicht.** Sie beinhalten auch die völkerrechtliche Anerkennung der polnischen Westgrenze **nicht.** Die Regierung der BRD hat vielmehr ausdrücklich erklärt, daß die Fragen der „Grenzen" eben nur durch eine zukünftige Regierung **„Deutschlands"** geklärt werden können. Schließlich hat auch das Bundesverfassungsgericht in seinem Urteil zum Grundlagenvertrag mit der DDR 1973 unmißverständlich bekräftigt: „Kein Verfassungsorgan der Bundesrepublik Deutschland darf die Wiederherstellung der staatlichen Einheit als politisches Ziel aufgeben, alle Verfassungorgane sind verpflichtet, in ihrer Politik auf die Erreichung dieses Ziels hinzuwirken (...)".

Und das ist dann das Hauptergebnis der „neuen Ostpolitik": Die osteuropäischen Länder, noch 1970 fast ohne Auslandsverschuldung, sind heute mit weit über 60 Milliarden Dollar im Westen verschuldet — einer der Hauptgläubiger ist die BRD!

Nun will die Reaktion die Ernte einfahren. Großdeutsche Propaganda ertönt wieder lauter. „,Normal'", schreibt die CDU im Wahlprogramm 1983, „ist für uns die Lage erst dann, wenn nationales Selbstbestimmungsrecht und die allgemeinen Rechte und Freiheiten auch für alle Deutschen gelten." — Vor allem natürlich das Recht auf Privateigentum und die Freiheit der Aubeutung! — Und Innenminister Zimmermann, CSU, läßt keinen Zweifel, daß die Vorneverteidigung an der Oder/Neiße-Grenze jedenfalls nicht enden wird. Vor dem „Bund der Vertriebenen" erklärte er jüngst: „Tendenzen, die deutsche Frage auf die Bundesrepublik und die DDR zu beschränken und die ostdeutschen Gebiete jenseits von Oder und Neiße nicht einzubeziehen, wird es bei der neuen Regierung nicht geben." Man wird sich auf einiges gefaßt machen müssen. Auch darauf, zur „Befreiung des anderen Teils Deutschlands" in Marsch gesetzt zu werden. Darum halten wir Kommunisten den Kampf für die völkerrechtliche Anerkennung der DDR und der Oder/Neiße-Grenze für eine ganz wichtige Sache.

Zusammenschluß gegen Kriegspolitik

Aus der gemeinsamen Wahlplattform von BWK und KPD

Notwendig ist die Zusammenarbeit aller, die gegen Aufrüstung und imperialistische Kriegspolitik kämpfen wollen. Angesichts der wachsenden Gefahr eines dritten, dann wahrscheinlich atomar geführten Weltkrieges sehen sich heute Millionen Menschen gedrängt, ihrer Angst vor dem Krieg und ihrem Wunsch nach Frieden politisch Ausdruck zu verleihen. Wir sind der Auffassung, daß dieses richtige Streben politisch nur im Kampf gegen die Kriegsvorbereitungen, in erster Linie der eigenen Bourgeoisie und der eigenen Regierung, also für einseitige Abrüstungsschritte, wirksam werden kann.

Deshalb unterstützen wir den Kampf

- für die sofortige Annullierung des NATO-Doppelbeschlusses durch die Bundesregierung, gegen den Rüstungshaushalt und für den radikalen Abbau der Rüstungsausgaben, für die ersatzlose Abschaffung der Gewissensprüfung und gegen eine Verlängerung des Zivildienstes, für das Verbot der Stationierung und Lagerung von ABC-Waffen auf westdeutschem Boden, für den Austritt der Bundesrepublik aus der NATO! Für die völkerrechtliche Anerkennung der DDR!

Herausgeber:
Zentrales Komitee des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK), 5000 Köln, Kamekestr. 19, Tel.: (0221) 517376; Zeitschrift des BWK: Politische Berichte, erscheint vierzehntäglich bei GNN-Verlag m.b.H., 5000 Köln 1, Kamekestr. 19, Tel.: (0221) 517457
Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD), 4600 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Tel.: (0231) 433691 (92); Zentralorgan der KPD: Roten Morgen, erscheint wöchentlich bei Verlag Roter Morgen, 4600 Dortmund 30, Postfach 300526, Tel.: (0231) 433619 (92); V.i.S.d.P.: Jörg Detjen, 5000 Köln 1, Kamekestr. 19. Druck: Alpha-GmbH, 4600 Dortmund

Der Nato-Frontstaat BRD rüstet und rüstet

„(...) daß Deutschland nie wieder imstande ist, den Weltfrieden zu stören" — diese Übereinkunft der siegreichen Anti-Hitler-Koalition hielt nicht lange. Zehn Jahre nach der Niederlage des Faschismus — bild links — hat die Adenauer-Regierung mit Hilfe vor allem der USA die Wiederaufrüstung durchgesetzt. Bild rechts: Adenauer bei der Begrüßung der ersten Bundeswehreinheiten.

„Als schwerster Angriff gegen den Bestand der Bundesrepublik (...) ist die sogenannte Volksbefragungsaktion (gegen Remilitarisierung) in Westdeutschland anzusehen", mit der Begründung betrieb die Bundesregierung ab 1952 das Verbot der KPD. Erst mit dem Verbot konnte sie den Widerstand gegen die Wiederaufrüstung niederschlagen. Bild links: Demonstration gegen die Wiederaufrüstung; rechts: Demonstration gegen das KPD-Verbot.

NATO-Befehlsstruktur

Stand: April 1980

Oberster Befehlshaber Gesamt-Europa

Oberbefehlshaber Europa-Nord
- Befehlshab. Nord-Norwegen
  - Norwegische Streitkräfte
- Befehlshab. Süd-Norwegen
  - Norwegische Streitkräfte
- Befehlshab. Ostseezugänge
  - Befh.-Land Jütl.-/S.H.
  - Befehlsh.-Luft Ostseezugänge
  - Befehlsh.-See Ostseezugänge
  - Befehlsh. Land Seeland/DK

Oberbefehlshaber Europa-Mitte
- Befehlsh. Heeresgruppe-Nord
- Befehlsh. Heeresgruppe-Mitte
- Befehlsh. 2. Takt. Luftflotte
- Befehlsh. 4. Takt. Luftflotte

Oberbefehlshaber Europa-Süd
- Befehlsh.-Land Europa-Süd
- Befehlsh.-Land Europa-Südost
- Befehlsh.-Luft Europa-Süd
  - Befehlsh.-Italien 5. Takt. Luftflotte
  - Befehlsh.-Türkei 6. Takt. Luftflotte
- Befehlsh.-See Europa-Süd
  - Befehlshaber Mittelmeer
- Befehlsh.-See Eingreifverbd.

Befehlshaber Brit. Luftverteidigung

Befehlshaber-Land Eingreifverband

Westdeutscher Oberbefehlshaber
Westdeutscher Befehlshaber
Westdeutsche Generäle im Stab

35 Jahre nach Kriegsende ist die BRD längst zur stärksten Militärmacht der NATO in Europa und zur drittstärksten Militärmacht der Welt geworden. Zielstrebig wurde die Panzerwaffe zur Vorneverteidigung ausgebaut; westdeutsche Kriegsschiffe machen die westdeutschen Interessen in aller Welt wieder geltend. Die Generalität brüstet sich: „Wer hätte damals auch nur an die Möglichkeit gedacht, ein deutscher General könne einmal Befehlshaber über Soldaten aus sieben westlichen Ländern sein!"

Die Reaktion will die Mittelstreckenraketen (Bild links), denn sie stärken die Erfolgsaussichten eines möglichen Eroberungskrieges gen Osten. Rechts: Demonstration gegen die „Nachrüstung" am 10.10.81 in Bonn.

Die BRD in der NATO

Weltweite Interessen des BRD-Kapitals...

Gerade die CDU/CSU ist ganz versessen darauf, das Operationsgebiet der NATO auszuweiten. Mit gutem Grund: Das westdeutsche Kapital hat längst wieder weltweite Interessen zu verteidigen.

Als große Ausbeuter:

Über 1,7 Millionen Arbeiter außerhalb der BRD mußten Ende 1980 für den Reichtum westdeutscher Konzerne schuften, eine halbe Million mehr als nur vier Jahre zuvor. Bei Siemens z.B. arbeiten 1980 fast 110000, das sind über 30 Prozent aller Beschäftigten, in den Werken im Ausland, ein Großteil von ihnen in Südamerika, Südafrika und anderen Niedriglohnländern, wo das Lohnniveau oft nur 10 und nie mehr als 30 Prozent des Lohnniveaus in der BRD beträgt. — Und wenn all die fremden Arbeiterheere für den Profit der deutschen Wirtschaft nicht mehr arbeiten wollen?

Als große Zinseintreiber:

Von dem Schuldenberg, den die Imperialisten inzwischen auf die lateinamerikanischen, afrikanischen und asiatischen Länder türmen konnten, halten die westdeutschen Großbanken nach den US-Banken den Löwenanteil. Auf 115,1 Milliarden Mark belaufen sich ihre Forderungen gegenüber den Ländern der Dritten Welt Ende 1980, das sind fast 17 Prozent von deren Verschuldung bei den Imperialisten. 1982 mußten die Länder der Dritten Welt einen Schuldendienst, d.h. Tilgung und Zinsen, von 131,3 Milliarden Dollar zahlen, entsprechend viel an die westdeutschen Banken. Und wenn sich all diese Länder nicht länger aussaugen lassen wollen?

Als große Rohstoffplünderer:

Die BRD ist heute der größte Importeur von Kupfer, der zweitgrößte von Nickel, Zink, Eisenerz, Kakao, Kaffee usw., der drittgrößte von Zinn. Sie ist neben Japan der größte Rohstoffimporteur überhaupt. Aber was hat es damit auf sich? Die offiziellen Statistiken weisen für die BRD bei den neun wichtigsten mineralischen Rohstoffen (ohne Erdöl) eine „Importabhängigkeit" von 94,2 Prozent aus, bei Eisenerz z.B. 95 Prozent. Doch seit 1960 wurden 56 der 60 Eisenerzgruben in der BRD geschlossen, nicht weil sie erschöpft waren, sondern weil die Stahlmonopole das Eisenerz in Liberia, Brasilien usw. viel billiger bekommen. Ähnliches gilt für Aluminium oder auch für Energierohstoffe. — Und wenn all die „rohstoffproduzierenden" Länder ihre Reichtümer nicht mehr verschleudern, sondern für den Aufbau der eigenen Wirtschaft nutzen wollen?

Als große Warenexporteure:

1982 hat die BRD einen in der Geschichte des deutschen Imperialismus einzigartigen Rekord erreicht: Sie hat für knapp 50 Milliarden Mark mehr Waren exportiert als importiert. Kein anderes Land reicht auch nur annähernd an dieses Ergebnis heran. — Und wenn nun die imperialistischen Konkurrenten ihre Märkte abschotten, oder die unterdrückten Länder nicht mehr mit ansehen wollen, wie alle Versuche eines unabhängigen Wirtschaftsaufbaus durch die Exportaggression zunichte gemacht werden?

„Wir sind in ein Jahrzehnt eingetreten", schreibt Kohl, „in dem das Element der Macht eine eher zunehmende Rolle spielen wird. Dem müssen wir Rechnung tragen" — zuallererst mit dem Rüstungshaushalt!

Milliardenprofite für Rüstungskonzerne...

Einen „echten Sparhaushalt" hatte die neue Bundesregierung versprochen, als sie nach Genschers Wendemanöver in Bonn die Geschäfte fürs Kapital übernahm. Während die Kapitalisten mit neuen Steuererleichterungen und Subventionsgeschenken beglückt wurden, fielen 5,65 Milliarden Mark im sozialen Bereich dem Rotstift zum Opfer. Ein Posten im Bundeshaushalt jedoch war von vornherein tabu: der Rüstungsetat.

Hier hatte schon der Haushaltsentwurf der Schmidt-Regierung eine Steigerung von 4,2 Prozent vorgesehen (bei einer Aufstockung der Gesamtausgaben von nur 1,9 Prozent). Kohl, Stoltenberg und Wörner legten noch einmal 100000 Mark dazu und brachten so den diesjährigen Haushalt des Verteidigungsministeriums auf die Rekordhöhe von 46,2 Milliarden Mark. Ein weiterer Teil ist in den Haushalten anderer Ministerien versteckt, so daß der tatsächliche Umfang der für Rüstung und Kriegsvorbereitung verpulverten Mittel bei etwa 70 Milliarden liegt.

Ein immer größerer Teil der den Werktätigen abgepreßten Steuern wird so in Militärausgaben umgewandelt, an denen sich die großen Rüstungskonzerne wie Siemens, Thyssen oder Flick gesundstoßen. So sind beispielsweise in den letzten vier Jahren die Bundesausgaben im Bereich Bildung und Wissenschaft um 6,9 Prozent, im Bereich Familie und Gesundheit gar nur um 2,9 Prozent gestiegen. Der Haushalt des Verteidigungsministeriums dagegen weist im gleichen Zeitraum eine Zuwachsrate um 20,7 Prozent auf, wobei die unmittelbar dem Waffenkauf dienenden Ausgaben sogar um 42,6 Prozent hochschnellten.

Je weiter sich die kapitalistische Krise vertieft, desto entschiedener drängen die großen Monopole auf Staatsaufträge für ihre Rüstungsproduktionen, um ihre Höchstprofite zu sichern. Denn hier gibt es keine Absatzprobleme und keinen Preisverfall. Im Gegenteil: Beim Rüstungsgeschäft gilt das System der sogenannten gleitenden Preise, nach dem die Konzerne ihrem staatlichen Auftraggeber nahezu jeden beliebigen Preis diktieren können. Man denke nur an das Kampfflugzeug „Tornado": 1969 wurde ein Stückpreis in Höhe von 10 Millionen Mark in Rechnung gestellt; schon vier Jahre später war er auf 50 Millionen geklettert, und inzwischen wird damit gerechnet, daß bei Abschluß des „Tornado"-Programms jede Maschine 100 Millionen Mark kosten wird.

Die „Runderneuerung" der Bundeswehr, die insgesamt etwa 100 Milliarden Mark verschlingen wird, ist noch nicht abgeschlossen, da kündigt Wörner schon neue riesenhafte Waffenbeschaffungsprogramme im Rahmen des Rogers-Plans an. Man kann durchaus verstehen, warum sich gerade die Herren der Rüstungskonzerne schon 1980 für einen Kanzler Strauß eingesetzt und seitdem auf einen Regierungswechsel in Bonn gedrängt haben. Die gigantischen Rüstungsprogramme aber, die diesen Herren volle Kassen garantieren, lassen sich natürlich nur finanzieren durch weiteren Sozialabbau, durch noch höhere Staatsverschuldung und erneutes Anziehen der Steuerschraube.

Wie die BRD in der Türkei für „Ordnung" sorgt...

Nach dem Militärputsch in der Türkei im September 1980 sind in der Öffentlichkeit Tatsachen und Hintergründe immer bekannter geworden: Im Januar 1979 wurde die BRD größter Handelspartner der Türkei und erhielt von den USA, Frankreich und Großbritannien eine „Türkei-Hilfsaktion" übertragen. Der CDU-Finanzexperte Walter Leisler Kiep, von der Schmidt-Regierung beauftragt, erzwang durch einen 1-Milliarde-Dollar-Kredit von der damaligen rechtskonservativen Regierung Demirel freie Bahn für den Kapitalexport. Kurz vor dem Putsch folgte ein zweiter Kredit, weitere bleiben mit dem Hinweis aus, daß das Stabilitätsprogramm der Regierung nicht aufgehe und die Kreditrückzahlung nicht gesichert sei. Unter Anwesenheit und Schutz von Bundeswehreinheiten, die sich zu einem Manöver in der Türkei aufhielten, erfolgte am 12. September der Putsch.

Seit dieser Zeit hat die Bundesregierung mit zahlreichen Geldmitteln die blutige Unterdrückung der Junta gegen die türkischen und kurdischen Arbeiter und Bauern vorangetrieben. Jahr für Jahr trieb die Bundesregierung die Junta mit Krediten immer weiter in ihre Abhängigkeit. Anfang Dezember hat der Bundestag Außenminister Genschers Türkeibericht angenommen und damit für 1982/83 543,5 Millionen Mark für die Militärjunta bewilligt. 130 Millionen Mark davon werden im Rahmen der NATO gezahlt, der größte Teil, 264,5 Millionen Mark, als projektbezogene „Soforthilfe". Für 1982 haben die USA, Italien und Belgien bereits zusammen 476,5 Millionen Dollar zugesagt, und andere imperialistische Länder wie z.B. Frankreich, Japan und Großbritannien haben ihre Zusage vom Ergebnis der Abstimmung im Deutschen Bundestag abhängig gemacht. Zusammen sind das fast 2 Milliarden Mark zugesagte Gelder von den Imperialisten.

Die westdeutschen Kapitalisten forcieren seit dem Putsch den Kapitalexport. Nach zehnjährigen Verhandlungen setzten sich jetzt der Daimler-Benz-Konzern und weitere 30 Firmen durch, sie werden für 350 Millionen Mark eine Automobilfabrik errichten, um die billige Arbeitskraft in der Türkei ausbeuten zu können. Der Siemens-Konzern hat jetzt die Ausarbeitung eines neuen Gesetzentwurfes bei der türkischen Regierung erwirkt, der den Kapitalisten künftig freie Hand bei ihren Kapitalanlagen sichern soll. Ende Dezember meldete die türkische Regierung, daß sie Beratungen über die Errichtung von Freizonen beschleunigen wolle. In diesen Freizonen sollen die Kapitalisten völlige Freiheit über Anlage und Rückführung von Kapital besitzen. Zölle und Steuern sind weitgehend aufgehoben.

+++ Leserbriefe +++ Leserbriefe +++ Leserbriefe +++ Leserbriefe +++ Le

Leserbriefe

stellen natürlich, wie der Name sagt, die Meinung des Lesers dar. Wir halten es für richtig, die politisch wichtigeren oder aus anderen Gründen interessanteren Leserbriefe abzudrucken (wobei wir uns das Recht auf Kürzung vorbehalten, es allerdings bisher nur einmal anwandten). Natürlich veröffentlichen wir solche Briefe auch dann, wenn sie nicht unserer Meinung entsprechen, weil dies auf jeden Fall der politischen Diskussion förderlich ist. Viele Leser haben uns nun des öfteren gefragt, warum wir keine Antworten dazu abdrucken. Nun, wenn es wirklich wichtig ist, oder wenn sich bei einem Problem eine Reihe Stoff angesammelt hat, tun wir das, aber als Ausnahme, weil wir der Meinung sind, daß sofort immer zu antworten (abgesehen davon, daß es manchmal schwierig ist) — öffentlich wohlgemerkt — weder für den Sinn dieser Seite noch für den Tatendrang der Leserbriefschreiber besonders gut wäre.

Allerdings antworten wir jedem Schreiber mit einem Brief der Redaktion. Wer Interesse an der Antwort auf einen bestimmten Brief hat, die nicht veröffentlicht wurde, kann sich bei der Redaktion eine Fotokopie des „allgemeinen Teils" bestellen.

Unterstützung

Werte Genoss/inn/en,

es mag vielleicht erst mal nötig sein, daß ich mich selber vorstelle: politisch würde ich mich der radikalen Linken zuordnen. Da die DS nicht kandidieren, suche ich zur Bundestagswahl natürlich eine Alternative zu den Grünen. Da komme ich eben auf euch, da mir die DKP auch ziemlich fern ist. Und da mir das Wählen nicht reicht, möchte ich euch auch unterstützen: Schickt mir also ein Exemplar der Wahlplattform sowie so viele Aufkleber und Flugblätter, wie ihr erübrigen könnt (keine Plakate!). Außerdem habt ihr sicher 'ne Plakette zur Unterstützung eurer Liste.

Geld kann ich aber keines bezahlen, da ich einer der „pleitesten" Typen bin, die es gibt (Schüler).

Außerdem heißt meine Unterstützung bei den Wahlen nicht, daß ich in der KPD, Volksfront oder BWK Mitglied werden möchte oder mitarbeiten möchte. So, das wär's dann erst mal!

In freudiger Erwartung
eurer Antwort,
rote Grüße, Venceremos,
B.S. aus Hürth

Auch türkisch

Liebe Genossen!

Mit Interesse habe ich eure Serie im „Roten Morgen" über die 35-Stunden-Woche verfolgt. Da ich im Rahmen der Tarifrunde u.a. mit sehr vielen türkischen Kollegen über dieses Thema diskutieren möchte und dies mit Sicherheit auch an anderen Orten ein Problem sein wird, möchte ich sehr eindringlich anregen, daß ihr die Serie als Sonderdruck auch in türkisch herausgebt, zumal wir mit den Sonderdrucken sehr gute Erfahrungen gemacht haben.

Vielen Dank im Voraus für eure Bemühungen.

Mit freundlichen Grüßen,
eine Genossin aus Stuttgart

Umwelt und Kapitalismus

Liebe RM-Redakteure!

Jetzt muß ich doch auch einmal einen Leserbrief schreiben. Mich stört schon seit längerer Zeit einiges im „Roten Morgen". Aber ich will mich beschränken auf die letzte Ausgabe Nr. 3 vom 21. Januar 1983, in der ihr euch mit der Bundesdelegiertenkonferenz der Grünen auseinandergesetzt habt. An den Grünen kritisiert ihr, daß sie in verschiedenen Industriezweigen Überkapazitäten und schädliche Produktionen langfristig abbauen wollen. Von euch werden genannt: u.a. die Automobilindustrie, chemische, pharmazeutische und Verpackungsbetriebe.

Da frage ich micht, ob ihr für noch mehr Privat-Pkws, für noch mehr chemische Pflanzenschutzmittel, für einen unüberschaubaren Arzneimittelmarkt mit gefährlichen Medikamenten und für mehr Wegwerfpackungen seid. Hier ist die Frage doch wohl angebracht, ob eine Vielzahl — wenn nicht sogar die Mehrzahl — von Produkten aus diesen Bereichen überhaupt sinnvoll von der Bevölkerung genutzt werden können. Die Grünen stellen hier die Forderung nach sinnvollen Zukunfts-Investitionen und Arbeitsplätzen auf, und es ist auch Sache der Kommunisten, gerade in dieser Richtung zu arbeiten. So muß meiner Meinung nach der Individualverkehr abgebaut werden, bei gleichzeitiger massiver Förderung und Umstellung auf öffentlichen Nah- und Fernverkehr. Außerdem: Produktionseinschränkungen in der pharmazeutischen Industrie sind doch nicht notwendigerweise verbunden mit schlechter Gesundheitsversorgung (im Gegenteil!), und vieles, was die chemische Industrie produziert, wäre im Sozialismus undenkbar.

Auf der anderen Seite stehen eure Forderungen nach einem Stahlwerk jetzt! und Verstaatlichung der Stahlindustrie. Könnt ihr mir vielleicht mal erzählen, was ihr bei riesigen Stahlhalden mit noch mehr Stahl wollt? Was soll mit diesem Stahl gebaut werden? Mir scheint, als wolltet ihr mit aller Gewalt die Funktionstüchtigkeit der kapitalistischen Wirtschaft erhalten helfen. Wäre es nicht vielleicht besser, für Arbeitsplätze im Umweltschutzbereich zu kämpfen? Von einer durch sauren Regen zerstörten Nautur haben wir im Sozialismus nichts mehr. Investitionen für Entschwefelungsanlagen in einer Größenordnung von ca. 10 Milliarden Mark (= 1 KKW Biblis) würden dieses Problem fast vollständig lösen. Gleichzeitig können hier noch ca. 30000 Arbeitsplätze geschaffen werden. Sinnvolle Arbeitsplätze.

Das eigentliche Problem ist, wie man so etwas durchsetzen kann. Und hier haben Grüne und die KPD meiner Meinung nach Schwierigkeiten. Die Grünen, weil sie den Kapitalismus nicht in Frage stellen und nicht sehen, daß Umweltschutzprobleme z.B. das Saurer-Regen-Problem erst im Kampf für oder im Sozialismus gelöst werden kann. Und die KPD auf der anderen Seite, weil sie die Notwendigkeit von Umweltschutzkämpfen vollkommen unterschätzt und nicht unterscheidet zwischen sinnvollen Investitionen und Investitionen allgemein.

Es ist meiner Meinung nach ungeheuer wichtig, daß die Arbeiterbewegung und die Umweltschutzbewegung zusammenarbeiten und -kämpfen. Eine erhaltenswerte Umwelt kann nur gegen den Kapitalismus erkämpft werden, und ein Kampf für den Sozialismus ist nur sinnvoll, wenn die Natur nicht schon völlig zerstört ist.

Tschüß,
J.S. aus W.



Kraftwerke — eines der besten Beispiele dafür, daß Umweltpolitik und Kapitalismus durchaus etwas „miteinander zu tun" haben

Wahlaussage?

Liebe Genossen!

Im folgenden sende ich euch eine kritische Stellungnahme zur Haltung der KPD betreffend die Bundestagswahlen und dabei besonders die Position gegenüber der SPD. Ich habe nichts dagegen, falls ihr diesen Leserbrief im „Roten Morgen" veröffentlicht.

Im ersten Absatz des Berichtes über den Sonderparteitag der KPD heißt es: „(...) Frage der Einheitsfront gegenüber der Reaktion und die Rolle der SPD in dieser Einheitsfront (...)".

Unser strategisches Ziel ist doch aber nicht die Vernichtung der Reaktion, sondern die Errichtung des Sozialismus. Nach den Lehren der Klassiker ist dazu die Zerschlagung des Staatsapparats notwendig, den zu schützen und zu erhalten sich die SPD spätestens 1914 entschieden hat. So hat die SPD die Staatsgeschäfte jetzt mehr als ein Jahrzehnt geführt und sicher sehr zur Zufriedenheit der Bourgeoisie. Genosse Ernst Aust erläutert in seinem Referat, daß in der jetzigen Überproduktionskrise die Bourgeoisie nicht mehr so herrschen kann wie bisher und eine schärfere Gangart einlegen muß. Den arbeitenden Menschen müssen früher erkämpfte Zugeständnisse wieder entrissen werden, ihr Lebensstandard muß gesenkt werden.

Diese Aufgabe durchzuführen ist prizipiell auch die SPD in der Lage, nur eben mit mehr Schwierigkeiten als etwa die CDU/CSU/FDP. Bei diesem Geschäft würde der schöne Anstrich der SPD als solzialer Partei, die die Interessen der Werktätigen vertritt, starke Kratzer bekommen, vielleicht so starke, daß dieses Image der SPD in den Augen der Werktätigen nie wieder recht aufzupolieren wäre. Es wäre für die Bourgeoisie natürlich bedauerlich, wenn die SPD ihren Einfluß in den werktätigen Massen verlöre, so holt man lieber die CDU/CSU/FDP an die Amtsgeschäfte. Die SPD der Weimarer Republik hat zur Genüge bewiesen, daß sie den Sozialabbau, die Drückung des Lebensstandards der werktätigen Massen notfalls auch mit Gewalt durchsetzen kann. Namen wie Severing und Zörgiebel veranschaulichen das deutlich. Nur verlor die SPD damals einen Teil ihrer Mitglieder und einen großen Teil ihres Massenanhangs, wovon unsere Partei damals profitierte. Aber den Faschismus konnte und wollte die SPD (hier: der Führungsapparat dieser Partei) nicht verhindern. Es hat deshalb auch keinen Sinn, die SPD in eine Einheitsfront gegen die Reaktion einbeziehen zu wollen, das einfache SPD-Mitglied wird da vielleicht mitmachen, aber die Führung der SPD, die sich einen feuchten Kehrricht um die Meinung der Basis kümmert, macht da eben nicht mit, sondern stellt Strauß und anderen Exponenten der Reaktion Persilscheine als Demokraten aus. Eine Wahlempfehlung zugunsten der SPD ist aber keine Wahlempfehlung für die einfachen SPD-Mitglieder, sondern für das korrupte Pack, das uns bisher regiert hat und das auch zu jeder großen Koalition bereit war und ist.

Im letzten Wahlkampf zum Bundestag wurde von uns für die Volksfront plädiert, die SPD als kleineres Übel abgelehnt und den Menschen gerade erklärt, daß eine Stimme für Helmut Schmidt die Machtübernahme von F.J. Strauß nicht sicher verhindert. Das war richtig und bleibt richtig, soll aber jetzt so mir nichts dir nichts unter den Teppich gekehrt werden.

Bei der letzten Präsidentenwahl der Weimarer Republik gab es im ersten Wahlgang für keinen der Kandidaten eine Mehrheit. Es wurde eine Stichwahl notwendig. Die äußerste Rechte stellte Adolf Hitler auf, der im Falle seines Sieges die Abrechnung mit dem Bolschewismus angekündigt hatte, die er, wenn auch erst viel später, in die Tat umsetzen konnte. Das Zentrum, die SPD und andere liberal-bürgerliche Parteien hoben darauf Hindenburg auf ihren Schild. Nach eurer Logik, liebe Genossen, hätte sich die KPD damals auch für Hindenburg einsetzen müssen, da er ja an der Spitze der Einheitsfront gegen Hitler stand. Die KPD nominierte damals aber Ernst Thälmann als eigenen Kandidaten, obwohl klar war, daß die Entscheidung zwischen Hitler und Hindenburg fallen mußte.

Die Parole der KPD lautete damals: „Wer Hindenburg wählt, wählt Hitler. Wer Hitler Wählt, wählt Krieg!". Eine Entscheidung der KPD, die von niemandem aus der Kommunistischen Internationale als falsch eingestuft wurde. Die Geschichte trat den Beweis für die Richtigkeit dieser Voraussage an.

Genossen, in dem Bericht vom Sonderparteitag benennt ihr an einigen Stellen die Reaktion als unseren eigentlichen Gegner. Das ist doch etwas unmarxistisch. Die Bourgeoisie ist unser Gegner, egal in wieviele extrem reaktionäre und auf der anderen Seite liberal-demokratische Fraktionen ihr Lager gespalten sein mag. Die Widersprüche innerhalb des Lagers der Bourgeoisie können uns von Nutzen sein; es ist aber nicht statthaft, darüber den entscheidenden Widerspruch zwischen der Bourgeoisie und dem Proletariat in den Hintergrund zu rücken, wie es geschieht, wenn man eine Einheitsfront gegen die Reaktion aufbaut, in die man Teile der Bourgeoisie, sprich die SPD — und damit ist faktisch ihre unabhängig von der Basis schaltende und waltende Führung gemeint — mit einbezieht. Der einzige Zweck, weshalb sich unsere Partei um die Wahlen kümmert und daran teilnimmt, ist doch, in den Massen die Illusionen über den Parlamentarismus und die Gläubigkeit an die reformistische Ideologie und die reformistischen Parteien zu bekämpfen. Indem ihr euch für die SPD-Führung in eurer Wahlempfehlung entscheidet, als Bollwerk gegen die Reaktion, zeigt ihr keine „Verantwortlichkeit in den Augen der Kollegen", sondern ihr leistet den Illusionen dieser Kollegen Vorschub. Noch in 20 Jahren wird man uns diese indirekte Wahlaussage zugunsten der SPD im Proletariat vorwerfen!

Wie ist es denn im Betrieb? Da sitzt man in der Mittagspause und diskutiert. Der SPD-Bonze schimpft über das neue Mietgesetz. Der Kommunist reibt ihm unter die Nase, daß der Entwurf der früheren SPD/FDP-Regierung dabei nur unwesentlich verändert worden ist, daß die SPD also keinen Deut arbeiterfreundlicher ist. Da putzt der SPD-Bonze die kalten Krieger von der CDU herunter, und wir zeigen ihm, daß Helmut Schmidt in seiner Stellung zur „Nach"-Rüstung, wenn auch demagogisch geschickt verpackt, genau am gleichen Strang zieht. Wir, die wir bei den Kollegen ständig die Illusionen über die SPD zu zerstören versuchen, sollen uns nun hinstellen und sagen: „Wählt SPD!"

Das soll den Kollegen dann zeigen, „daß die Partei versucht, verantwortungsbewußt Politik zu machen."

Für diese Haltung wird sich die Partei vor dem Proletariat verantworten müssen. Je eher der Fehler von der Ausrichtung des Kampfes gegen die Reaktion statt gegen die Bourgeoisie korrigiert wird, desto besser; um so eher können wir den Kollegen wieder gerade in die Augen schauen.

Ein Genosse
aus Schleswig-Holstein

Veranstaltungen zur Wahl

Bremen:

Dienstag, 15. Februar, 19.30 Uhr, Oslebshauser Landstraße, „Dorfschänke",
— Wohin führt die kapitalistische Krise, und wo ist der Ausweg —

Bremen:

Mittwoch, 23. Februar, 19.30 Uhr, Gottfried-Menken/ Thedinghauser Str., Gaststätte „Eder",
—Wohin führt die kapitalistische Krise, und wo ist der Ausweg?—

Bremen:

Freitag, 4. März, 20 Uhr, „Roter Falter" Westerdeich 100, Woltmershausen,
—Die Wende in Bonn —
Eine Wende in Richtung Faschismus?—
Es spricht Ernst Aust, Vorsitzender Der KPD

Düsseldorf:

Freitag, 18. Februar, 19 Uhr, „Haus Niederrhein", Bilker Alle/Kronenstr.
—Die Neuwahlen und unsere Haltung —
Es sprechen Kandidaten der NRW-Landesliste und Helmut Weiss, Chefredakteur des „Roten Morgen"; und Kabarett „Zeitzünder" mit seinem Programm zur Wahl.

Köln:

Sonntag, 20. Februar, 15-22 Uhr, „Die rote Severinstorburg", In der Severinstorburg am Chlodwigplatz, mit Kinderfest, Basar, Informationen und Kandidaten; um 18 Uhr spricht Horst Dieter Koch, Mitglied des Politbüros der KPD; Kabarett „Zeitzünder"

Aachen:

Dienstag, 22. Februar, 19.30 Uhr, Gaststätte „Reulen" Sandkaulstr. 109-111,
—Welche Ziele verfolgt das Wahlbündnis revolutionärer Sozialisten mit seiner Kandidatur?—
Es spricht Achim Brand, Kandidat auf der Landesliste NRW

HÖRT RADIO TIRANA

UHRZEIT		WELLENLÄNGE
	1. Programm	
13.00-13.30	9375 kHz	31 Meterband KW
	7310	41 Meterband KW
14.30-15.00	9375	31 Meterband KW
	7310	41 Meterband KW
16.00-16.30	9375	31 Meterband KW
	7310	41 Meterband KW
18.00-18.30	9375	31 Meterband KW
	7310	41 Meterband KW
19.00-19.30	7310	41 Meterband KW
	9375	31 Meterband KW
	1395	215m MW
	2. Programm	
21.30-22.00	7310	41 Meterband KW
	5985	49 Meterband KW
	1458	206m MW
23.00-23.30	7310	41 Meterband KW
	5985	49 Meterband KW
	1458	206m MW
6.00-6.30	7310	41 Meterband KW
	9375	31 Meterband KW
	1395	215m MW



Abonniert das Zentralorgan der KPD

Hiermit bestelle ich:
Abonnement ab Nr. ......

☐ für 1 Jahr

☐ für 1/2 Jahr

☐ Probenummer



Die Zahlung erfolgt: ☐ jährlich DM 60.- ☐ halbjährlich DM 30.-

Die Abo-Gebühren sind nach Erhalt der Vorausrechnung zu zahlen. Sobald die Rechnung beglichen ist, wird die Lieferung aufgenommen. Die Rechnungen werden entsprechend der Bestelldauer bis Nr. 26 bzw. 52 des Jahres ausgestellt. Kündigungen müssen bis spätestens einen Monat vor Ablauf bei uns eingehen. Anderenfalls werden sie nicht berücksichtigt. Ausgenommen davon sind Geschenkabos.

Bestellt Informationsmaterial der KPD

☐ Ich bitte um Zusendung weiterer Materialien der KPD

☐ Ich möchte Mitglied der KPD werden.

Name: ....

Straße: ....

Plz/Ort: ....

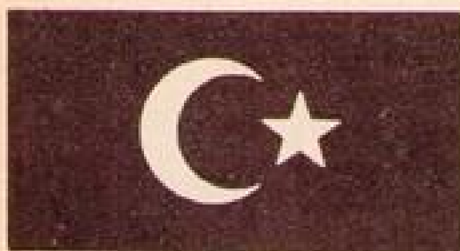
Datum: .... Unterschrift: ....

(Bitte deutlich in Druckbuchstaben schreiben)

Ausschneiden und einsenden an das **Parteibüro der KPD, Wellinghofer Str. 103, Postfach 30 05 26, 4600 Dortmund 30.**

Trotz Kemal Atatürk — der Imperialismus siegte

Türkei — gestern und heute:



In der ersten Folge unserer kleinen Reihe über die Türkei haben wir kurz dargestellt, wie sich das Machtgefälle in Europa veränderte. Das eine zeitlang beherrschende Osmanische Reich zerfiel, während der Übergang zur maschinellen Produktionsweise, der entstehende Kapitalismus in Westeuropa diesen Ländern klare ökonomische und militärische Überlegenheit verschaffte.

Mit der Entfesselung neuer Produktivkräfte in Westeuropa, der Anhäufung von Reichtum durch die Ausplünderung der überseeischen, kolonialen Besitzungen und durch die gesellschaftliche Stagnation des Osmanischen Reiches war die Türkei in politische, ökonomische und militärische Abhängigkeit vom westlichen Imperialismus geraten.

Die Bewegung der „Jungtürken"

Mit dem militärischen und wirtschaftlichen Ausverkauf, den der Sultan betrieb, wuchs in der Türkei gegen Ende des 19. Jahrhunderts eine erste starke Oppositionsbewegung heran. Diese „Jungtürkische" Bewegung, wie sie genannt wurde, bestand hauptsächlich aus prowestlichen Intellektuellen und Vertretern des Offiziercorps. Nicht mehr das alte islamische Weltreich war ihr Ziel, sie vertraten den „osmanischen Staatsgedanken", wollten eine „Erneuerung" der Türkei durch die Reform verschiedener Institutionen erreichen.

Als Anfang des Jahrhunderts der Sultan Abdul Hamid mit fremden Mächten über die Aufteilung der Türkei in verschiedene Interessensphären verhandelt hatte, zwangen die „Jungtürken" den Sultan zum Abdanken.

In der Folgezeit gab es einige Reformen in der Verwaltung und dem Heer, die sklavischen Bindungen an fremde Mächte, die von denen diktierten Außenhandelszölle aber tasteten die Jungtürken nicht an. Weiterhin waren Gewerkschaften und politische Organisationen der Arbeiter verboten, die ersten Streiks wurden mit Waffengewalt niedergeschlagen, und in der Nationalitätenpolitik versuchten die Jungtürken eine zwangsweise Assimilierung zu erreichen, insgesamt blieb die Bewegung eine chauvinistisch-großtürkische, reaktionäre Bewegung. Der erste Weltkrieg, an dem die Türkei an der Seite des deutsch-österreichischen Blocks teilnahm, bedeutete das Ende das Osmanischen Reiches. Auch das „Restreich", mit Besitztümern auf dem Balkan und in Arabien war dahin.

Die türkische Wirtschaft war zerstört, die Finanzen zerrüttet. 500000 Menschen verlor das türkische Volk im ersten Weltkrieg, 800000 waren schwer verletzt, Hungersnöte und Epedemien auf der einen Seite, Spekulationen und Teuerung auf der anderen Seite waren die Folgen.

Die Sowjetunion

Die Vertreter der alten Türkei unterschrieben am 30.10.1918 einen knechtenden Waffenstillstand, der England, Frankreich, Italien und die USA praktisch zu Herren des Landes machen sollte. **Aber die Welt war nicht mehr die alte.**

In Rußland hatte die Revolution gesiegt, und eines der ersten Dekrete des Rates der Volkskommissare der Russischen-Sozialistischen-Föderativen-Sowjet-Republiken (RSFSR) ging: „An alle werktätigen Muselmanen Rußlands und des Ostens". Darin hieß es, daß „die geheimen Abmachungen des gestürzten Zaren über die Eroberung von Konstantinopel, die von dem gestürzten Kerenskij bestätigt worden waren, jetzt zerrissen und null und nichtig geworden sind. Die russische Republik und ihre Regierung, der Rat der Volkskommissare sind gegen die Eroberung fremder Länder." (3.12.1917)



Kemal Atatürk

Während nach dem Krieg französische, britische, italienische und griechische Truppen Teile der Türkei besetzten, hatte die Haltung der Sowjetunion große Unterstützung im Volk, beflügelte den Befreiungskampf und förderte das Entstehen revolutionärer Gruppen. Als im August 1920 die letzte „alte Regierung der Türkei einen Teilungs- und Besetzungsvertrag unterzeichnete, hatte der nationale Befreiungskampf enorm zugenommen. Lenin schrieb dazu: „(...) jener Raub, zu dem die imperialistischen Regierungen die Türkei verurteilt hatten, rief einen Widerstand hervor, der die mächtigsten imperialistischen Staaten zwang, die Hände davon zu lassen." (1)

General Mustafa Kemal, er kam aus der Bewegung der Jungtürken, wurde der Führer der nationalbürgerlichen Opposition. Diese Bewegung, Kemalisten genannt, brachte die allgemein-nationalen Interessen zum Ausdruck, stand an der Spitze des Kampfes des türkischen Volkes gegen den Imperialismus.

Die ausländischen Besatzer wurden vertrieben, von einer „Gegenhauptstadt", Ankara wurde die Komperadorenbourgeoisie, die Marionetten des Imperialismus von der Kemalistischen Revolution besiegt. Mit dem Friedensvertrag von Lausanne vom Juli 1923 erlangte die Türkei ihre Selbständigkeit. Dennoch nahm die neue Regierung von Kemal Pascha weiterhin vertraglichen Verletzungen ihrer Souveränität, etwa in der Frage der Meerengen, hin und bestand nicht auf der vollständigen Liquidierung der Verschuldung ans Ausland. Dennoch war die Selbständigkeit ein großer Erfolg im Kampf gegen den Imperialismus.

Kemal Atatürk

Die nächsten Jahre waren die Zeit der großen Reformen. Mit der neuen Verfassung von 1924 wurden Kirche und Staat getrennt, die weltliche Macht der Kirche gebrochen, eine Schulreform, besonders die Einführung des lateinischen Alphabets waren große Leistungen Kemal Atatürks, wie er jetzt genannt wurde: Vater der Türken. In dieser Zeit hatte die Türkei auch ein, nicht zuletzt durch Verträge abgesichertes, gutes Verhältnis zur Sowjetunion.

Dennoch ging die bürgerliche Revolution in der Türkei den kapitalistischen Weg. Das lag zum einen an ihrer klaren Frontstellung gegen die Arbeiter und Bauern, zum anderen in ihrer später wieder ganz deutlichen Hinwendung zum westlichen Imperialismus.

So war in der Türkei Atatürks die im September 1920 aus mehreren Gruppen gegründete Kommunistische Partei nie legal — im Gegenteil, sie war wilden Verfolgungen ausgesetzt. Ihr Gründer und erster Übersetzer des Kommunistischen Manifestes, wichtiger Schriften Lenins und der schon erwähnten Deklaration an alle Moslems, der Genosse Mustafa Subhi wurde schon im Januar 1921 mit 15 Mitkämpfern in Trabzon verhaftet und ermordet.

Und die meisten sozialen Errungenschaften mußte sich das Volk schwer erkämpfen. Die Abschaffung des Aschar, des räuberischen Zehnten, einer Naturalsteuer, konnte die Landbevölkerung erst nach harten Kämpfen 1925 erreichen. Mächtige Streiks der Arbeiter erreichten 1926 die erstmalige Einführung eines wöchentlichen Ruhetages, die erste Arbeitsgesetzgebung mit dem gesetzlichen 8-Stunden-Tag in der Türkei trat erst 1937 in Kraft. Unter ungeheuren Opfern — ohne legale Gewerkschaften von den Arbeitern durchgesetzt.

Während zu Beginn der Herrschaft der kemalistischen Bourgeoisie der Aufbau einer starken nationalen Industrie — übrigens auch mit intensiver Unterstützung der sozialistischen Sowjetunion — im Vordergrund stand, ließ man sich, gerade als die Weltwirtschaftskrise auch die Türkei erfaßte, wieder verstärkt mit den Imperialisten ein. Die Macht der ausländischen Banken wurde nicht beschnitten, sondern sogar noch gefördert, die Bezahlung der Schulden ans Ausland wurde durch verstärkte Besteuerung der Massen geleistet, in der Nationalitätenpolitik folgte man nicht dem sowjetischen Beispiel, sondern verfolgte wieder großtürkische-nationalistische Ziele.

Als im November 1938 Kemal Atatürk starb, hatten sich die Widersprüche in der Türkei verschärft. Unter seinem ehemaligen Mitkämpfer Ismet Inönü gelangten erzreaktionäre Politiker wieder in einflußreiche Posten. Die Türkei lavierte in der Folgezeit zwischen dem französischen und englischen Imperialismus einerseits und den „Achsenmächten" Deutschland und Italien andererseits. Seit dem Machtantritt Hitlers in Deutschland waren die ökonomischen und militärischen Bindungen zwischen beiden Staaten wieder enger geworden.

Die Anerkennung der italienischen Besetzung Äthiopiens, die Unterstützung der Intervention Hitler-Deutschlands gegen die spanische Republik, die Anerkennung der Annexion der Tschechoslowakei, führten schließlich zum Nichtangriffs- und Freundschaftspakt zwischen Hitler-Deutschland und der Türkei.

So war der neue türkische Staat eine starke Stütze für die Eroberungspläne der Hitler-Truppen vor allem gegen die Sowjetunion geworden.



In Schutt und Asche legten Regierungstruppen die Stadt Berlin im Südosten El Salvadors. Für die miltärische Niederlage gegen die Befreiungskämpfer der FMLN rächten sich die Herrschenden an der Zivilbevölkerung.

Offensive in El Salvador

Erfolge für die FMLN

Die seit Wochen andauernde Offensive der Befreiungsbewegung FMLN in El Salvador bringt die reaktionären Regierungstruppen in große Schwierigkeiten, fast täglich wächst der Anteil der von der Befreiungsbewegung kontrollierten Gebiete.

Der größte Erfolg war die Anfang Februar geglückte Einnahme der Stadt Berlin durch die FMLN. Die im Südosten El Salvadors gelegene Stadt ist mit 30000 Einwohnern nach der Hauptstadt eine der größten des Landes. Nachdem die Befreiungsbewegung sie eingenommen hatte, reagierte die Regierung wie wild. Mit schweren Bombern legten Regierungstruppen die Stadt in Schutt und Asche. Die Guerillos allerdings zogen sich sofort zurück. Sie hatten schon bei der Einnahme der Stadt erklärt, es gehen ihnen nicht darum, die Stadt zu halten, sie wollten lediglich den Regierungstruppen soviele Verluste wie möglich beibringen.

Nachdem die Regierung die Zivilbevölkerung den Bombardements aussetzte, zogen die Kämpfer ab, um keine Zivilisten zu gefährden, und wie „Radio Venceremos" meldete, gingen hunderte, vor allem Jugendliche mit ihnen, um den weiteren Kampf zu unterstützen. Nach den Bombardierungen, die vielen Zivilisten das Leben kostete, mußten die USA drei „Militärberater" zurückziehen, die nachweislich direkt an Aktionen gegen die Befreiungsbewegung beteiligt waren, den Finger am Abzug hatten.

Die vorübergehende Einnahme der Stadt Berlin war aber kein Einzelfall. Da die Regierungstruppen immer wieder versuchen, mit Großeinsätzen die Guerilla zu vernichten und tausende Soldaten in die Berge und entlegenen Provinzen schicken, sind die Garnisonen der Regierungstruppen gerade dann leichte Beute für die FMLN. Anfang Februar wurde sogar die größte Kaserne des Landes, San Carlos in einem Außenbezirk der Hauptstadt, angegriffen.

Vor allem im schon fast ganz befreiten Chalatenango und Morazan, Hochburgen der FMLN, will das reaktionäre Militär immer wieder die Entscheidung suchen. Zuletzt wurden 6000 Elitesoldaten dorthin geschickt. Aber selbst die besten Truppen der Regierung, von US-Ausbildern trainiert und oft geführt, holen sich dort regelmäßig blutige Nasen, kehren meist mit hohen Verlusten zurück.

Nachdem es lange so aussah, als gäbe es in El Salvador ein militärisches Patt, beide Seiten kämen nicht weiter, so ist jetzt Bewegung in die Fronten gekommen. Ganz deutlich hat die FMLN an Schlagkraft gewonnen und ihre Fähigkeit, an vielen Stellen des Landes gleichzeitig zu operieren, hat zugenommen. Darüberhinaus hat die FMLN seit Beginn der Offensive umfangreiche Beute gemacht, die es schon allein ermöglicht, neue militärische Einheiten auszurüsten.

In der vergangenen Woche gab es auch die erste Reaktion aus Washington auf die Erfolge der Befreiungsbewegung in El Salvador. Im Rahmen von Ronald Reagans „Sicherheitshilfsprogramm" wurde die Militärhilfe für El Salvador erhöht.

Um die angeschlagenen Regierungstruppen zu stützen, sind, nachdem schon letztes Jahr 195 Millionen Dollar gezahlt wurden, jetzt schon 280 Millionen Dollar bewilligt worden.

Dennoch geht die Offensive weiter. Wenige Stunden nach der Ankündigung der FMLN, den Kampf auch in die Hauptstadt San Salvador zu tragen, gab es auch dort schwere Kämpfe. Das Transportsystem und die Stromversorgung des Staates ist immer wieder in Händen der Befreiungskämpfer.

Trotz der gewaltigen US-amerikanischen Hilfe ist die Regierung von El Salvador auf dem Rückzug.

KARL MARX
5.5.1818 — 14.3.1883



TEXTE ZUM KARL-MARX-JAHR 1983

Mit dieser Ausgabe beginnt der „Rote Morgen“ seinen Beitrag zum Karl-Marx-Jahr. Hundert Jahre nach dem Tod des großen Denkers und Revolutionärs sind seine Lehren aktuell und richtig wie damals. Wir beginnen die Serie, in der wir Texte von Karl Marx und Texte über sein Leben und Werk veröffentlichen werden, mit zwei Beiträgen seines Mitkämpfers und besten Freundes Friedrich Engels.

Die Rezension über „Das Kapital“, sein wichtigstes Werk, reicht sicher nicht aus, um unsere Leser begeistert an das ausführlichste Werk von Karl Marx hinzuführen, kann aber sicher Interesse wecken, sich verstärkt mit den vielen, auch oft sehr einfachen und kürzeren Darstellungen der politischen Ökonomie von Karl Marx zu befassen.

Der Text „Karl Marx“ von Friedrich Engels ist aus der Grabrede Engels für seinen Freund und stellt Marx als Wissenschaftler und Revolutionär dar.

Friedrich Engels: Einführung in „Das Kapital“ von Karl Marx

Friedrich Engels: Karl Marx. Das Kapital. Kritik der poltischen Ökonomie. I. Band. Der Produktionsprozeß des Kapitals.

Das allgemeine Stimmrecht hat unseren bisherigen parlamentarischen Parteien eine neue, die *sozialdemokratische* (2), hinzugefügt. Bei den letzten Wahlen zum Norddeutschen Reichstag (3) hat sie in den meisten großen Städten, in allen Fabrikbezirken ihre eignen Kandidaten aufgestellt und sechs oder acht Abgeordnete durchgesetzt. Verglichen mit den vorletzten Wahlen (4) hat sie bedeutend größere Stärke entwickelt, und man darf daher annehmen, daß sie, vorderhand wenigstens noch, im Wachsen ist. Es wäre Torheit, wollte man die Existenz, die Tätigkeit und die Doktrinen einer solchen Partei noch länger mit vornehmem Stillschweigen behandeln in einem Lande, wo das allgemeine Stimmrecht die letzte Entscheidung in die Hände der zahlreichsten und ärmsten Klassen gelegt hat.

So sehr nun auch die sozialdemokratischen wenigen Parlamentler unter sich zerfallen und zerfahren sein mögen, so ist doch mit Sicherheit anzunehmen, daß alle Fraktionen dieser Partei das vorliegende Buch als ihre *theoretische Bibel*, als die Rüstkammer begrüßen werden, woraus sie ihre wesentlichsten Argumente schöpfen. Schon aus diesem Grunde verdient es besondre Aufmerksamkeit. Aber auch seinem eignen Inhalte nach ist es geeignet, Aufsehen zu erregen. Wenn Lassalles Hauptargumentation — und Lassalle war in der politischen Ökonomie nur ein Schüler von Marx — sich darauf beschränkte, das sogenannte Ricardosche Gesetz über den Arbeitslohn (5) immer und immer zu wiederholen — so haben wir hier ein Werk vor uns, welches mit unleugbar seltner Gelehrsamkeit das ganze Verhältnis von Kapital und Arbeit in seinem Zusammenhange mit der ganzen ökonomischen Wissenschaft behandelt, welches sich zum letzten Endzweck setzt, *„das ökonomische Bewegungsgesetz* der modernen Gesellschaft zu enthüllen“, und dabei, nach offenbar aufrichtigen und mit unverkennbarer Sachkenntnis geführten Untersuchungen, zu dem Resultat kommt, daß die ganze „kapitalistische Produktionsweise“ aufgehoben werden muß. Wir möchten aber ferner noch besonders darauf aufmerksam machen, daß, abgesehen von den Schlußfolgerungen des Werks, der Verfasser im Verlauf desselben eine ganze Reihe von Hauptpunkten der Ökonomie in einem ganz neuen Licht dargestellt und hier, in rein wissenschaftlichen Fragen, zu Resultaten kommt, welche von der bisherigen gangbaren Ökonomie sehr abweichen und welche die Schulökonomen ernstlich werden kritisieren und wissenschaftlich widerlegen müssen, wenn sie nicht ihre bisherige Doktrin scheitern sehen wollen. Im Interesse der Wissenschaft ist zu wünschen, daß sich die Polemik grade über diese Punkte in den Fachschriften recht bald entspinne.

Marx beginnt mit der Darstellung des Verhältnisses von Ware und Geld, woraus das Wesentlichste schon vor längerer Zeit in einer besondern Schrift veröffentlicht ward (6). Er geht dann zum Kapital über, und hier kommen wir alsbald zum springenden Punkt des ganzen Werks. Was ist Kapital? Geld, welches sich in Ware verwandelt, um sich aus der Ware in mehr Geld zurückzuverwandeln, als die ursprüngliche Summe betrug. Indem ich für 100 Taler Baumwolle kaufe und diese für 110 Taler verkaufe, bewähre ich meine 100 Taler als Kapital, sich selbst verwertenden Wert. Nun entsteht die Frage, woher kommen die 10 Taler, die ich bei diesem Prozeß verdiene, wie geht es zu, daß aus 100 Talern durch zweimaligen einfachen Austausch 110 Taler werden? Die Ökonomie setzt nämlich voraus, daß bei allen Austauschen gleicher Wert gegen gleichen Wert ausgetauscht wird. Marx geht nun alle möglichen Fälle durch (Preisschwankungen der Waren usw.), um zu beweisen, daß unter den von der Ökonomie gegebenen Voraussetzungen die Bildung von 10 Talern *Mehrwert* aus 100 ursprünglichen Talern *unmöglich* ist. Dennoch findet dieser Prozeß täglich statt, und die Ökonomen sind uns die Erklärung dafür schuldig geblieben. Diese Erklärung gibt Marx wie folgt: Das Rätsel ist nur zu lösen, wenn wir eine Ware ganz eigener Art auf dem Markte finden, eine Ware, deren Gebrauchswert darin besteht, Tauschwert zu erzeugen. Diese Ware existiert — sie ist die *Arbeitskraft*. Der Kapitalist kauf die Arbeitskraft auf dem Markt und läßt sie für sich arbeiten, um ihr Produkt wieder zu verkaufen. Wir haben also vor allen Dingen die Arbeitskraft zu untersuchen.

Was ist der Wert der Arbeitskraft? Nach dem bekannten Gesetz: Der Wert derjenigen Lebensmittel, welche notwendig sind, den Arbeiter in der in einem gegebenen Lande und einer gegebenen Epoche historisch festgestellten Weise zu erhalten und fortzupflanzen. Wir nehmen an, der Arbeiter bekommt seine Arbeitskraft zu ihrem vollen Wert bezahlt. Wir nehmen ferner an, dieser Wert repräsentiere sich in einer Arbeit von *sechs* Stunden täglich oder einem *halben* Arbeitstage. Der Kapitalist aber behauptet, die Arbeitskraft für einen *ganzen* Arbeitstag gekauft zu haben, und läßt den Arbeiter zwölf oder mehr Stunden arbeiten. Er hat also bei zwölfstündiger Arbeit das Produkt von sechs Arbeitsstunden erworben, ohne es bezahlt zu haben. Daraus folgert Marx: *Aller Mehrwert* — wie er sich auch verteile, als Gewinn des Kapitalisten, Grundrente, Steuer etc. — ist *unbezahlte Arbeit.*

Aus dem Interesse des Fabrikanten, möglichst viel unbezahlte Arbeit an jedem Tage herauszuschlagen und aus dem entgegengesetzten Interesse des Arbeiters entsteht der Kampf um die Länge des Arbeitstags. In einer sehr lesenwerten Illustration, die ungefähr hundert Seiten füllt, schildert Marx den Hergang dieses Kampfs in der englischen großen Industrie, welcher trotz des Protestes der freihändlerischen Fabrikanten im letzten Frühjahr damit geendigt hat, daß nicht nur alle Fabrikindustrie, sondern auch aller Kleinbetrieb und selbst alle häusliche Industrie unter die Schranken des Fabrikgesetzes gestellt worden ist, wonach die tägliche Arbeitszeit von Frauen und Kindern unter 18 Jahren — und damit indirekt auch die der Männer — in den bedeutendsten Industriezweigen auf höchstens zehneinhalb Stunden festgesetzt ist (7). Er erklärt auch zugleich, warum die englische Industrie hierdurch nicht gelitten, sondern im Gegenteil gewonnen hat: indem die Arbeit jedes einzelnen an Intensität mehr gewann, als sie an Zeitdauer verkürzt wurde.

Der Mehrwert kann aber auch noch auf eine andre Weise erhöht werden als durch die Verlängerung der Arbeitszeit über die zur Erzeugung der notwendigen Lebensmittel oder ihres Werts erforderliche Zeit hinaus. In einem gegebenen Arbeitstage, sagen wir von zwölf Stunden, stecken nach vorheriger Annahme sechs Stunden notwendiger und sechs Stunden zur Produktion von Mehrwert verwandter Arbeit. Gelingt es nun, durch irgendein Mittel die notwendige Arbeitszeit auf fünf Stunden herabzudrücken, so bleiben sieben Stunden, während deren Mehrwert produziert wird. Dies kann erreicht werden durch Verkürzung der für die Produktion der notwendigen Lebensmittel erforderlichen Arbeitszeit, mit andern Worten, durch Verwohlfeilerung der Lebensmittel, und dies wieder nur durch Verbesserungen in der Produktion. Marx gibt bei diesem Punkte wieder eine ausführliche Illustration, indem er die drei Haupthebel untersucht resp. schildert, wodurch diese Verbesserungen zustandegebracht werden: 1. die *Kooperation,* oder die Vervielfachung der Kräfte, welche aus dem gleichzeitigen und planmäßigen Zusammenwirken vieler entsteht, 2. die *Teilung der Arbeit,* wie sie in der Periode der eigentlichen Manufaktur (also bis etwa 1770) zur Ausbildung kam, endlich 3. die *Maschinerie,* mit deren Hilfe seit jener Zeit die große Industrie sich entwickelte. Auch diese Schilderungen sind von großem Interesse und zeigen eine erstaunliche Sachkenntnis bis ins technologische Detail hinein.

Wir können nicht auf die weiteren Einzelheiten der Untersuchungen über Mehrwert und Arbeitslohn eingehen, wir bemerken nur zur Vermeidung von Mißverständnissen, daß, wie Marx durch eine Menge von Zitaten beweist, auch der Schulökonomie (8) die Tatsache nicht fremd ist, daß der Arbeitslohn geringer ist als das ganze Produkt der Arbeit. Es ist zu hoffen, daß dies Buch den Herren von der Schule Gelegenheit bieten wird, uns über diesen allerdings befremdlichen Punkt nähere Aufklärung zu geben. Sehr zu rühmen ist, daß alle tatsächlichen Belege, die Marx anführt, aus den besten Quellen, meist offiziellen Parlamentsberichten, genommen sind. Bei dieser Gelegenheit unterstützen wir den in der Vorrede indirekt gemachten Antrag des Verfassers: auch in Deutschland durch Regierungskommissäre — die aber keine voreingenommenen Bürokraten sein dürfen — die Arbeiterverhältnisse in den verschiednen Industrien gründlich untersuchen zu lassen und die Berichte dem Reichstag und dem Publikum vorzulegen.

Der erste Band schließt mit der Abhandlung der Akkumulation des Kapitals. Über diesen Punkt ist schon öfter geschrieben worden, obwohl wir gestehen müssen, daß auch hier manches Neue gegeben und das Alte von neuen Seiten beleuchtet wird. Das eigentümlichste ist der versuchte Nachweis, daß neben der Konzentration und Akkumulation des Kapitals und Schritt haltend mit ihr die Akkumulation einer überzähligen Arbeiterbevölkerung vor sich geht und daß beide zuletzt eine soziale Umwälzung einerseits notwendig, andrerseits möglich machen.

Was der Leser auch von den sozialistischen Ansichten des Verfassers halten mag, so glauben wir, ihm doch im Vorstehenden gezeigt zu haben, daß er es hier mit einer Schrift zu tun hat, welche hoch über der landläufigen sozialdemokratischen Tagesliteratur steht. Wir fügen hinzu, daß, die etwas stark dialektischen Sachen auf den ersten 40 Seiten ausgenommen, das Buch trotz aller wissenschaftlichen Strenge dennoch sehr leicht faßlich und durch die sarkastische, nach keiner Seite hin schonende Schreibart des Verfassers selbst interessant abgefaßt ist.

(Akkumulation = Anhäufung)



Friedrich Engels: Karl Marx

Wie Darwin das Gesetz der Entwicklung der organischen Natur, so entdeckte Marx das Entwicklungsgesetz der menschlichen Geschichte: die bisher unter ideologischen Überwucherungen verdeckte einfache Tatsache, daß die Menschen vor allen Dingen zuerst essen, trinken, wohnen und sich kleiden müssen, ehe sie Politik, Wissenschaft, Kunst, Religion usw. treiben können; daß also die Produktion der unmittelbaren materiellen Lebensmittel und damit die jedesmalige ökonomische Entwicklungsstufe eines Volkes oder eines Zeitabschnitts die Grundlage bildet, aus der sich die Staatseinrichtungen, die Rechtsanschauungen, die Kunst und selbst die religiösen Vorstellungen der betreffenden Menschen entwickelt haben und aus der sie daher auch erklärt werden müssen — nicht, wie bisher geschehen, umgekehrt.

Damit nicht genug. Marx entdeckte auch das spezielle Bewegungsgesetz der heutigen kapitalistischen Produktionsweise und der von ihr erzeugten bürgerlichen Gesellschaft. Mit der Entdeckung des Mehrwerts war hier plötzlich Licht geschaffen, während alle früheren Untersuchungen, sowohl der bürgerlichen Ökonomen wie der sozialistischen Kritiker, im Dunkel sich verirrt hatten.

Zwei solche Entdeckungen sollten für ein Leben genügen. Glücklich schon der, dem es vergönnt ist, nur eine solche zu machen. Aber auf jedem einzelnen Gebiet, das Marx der Untersuchung unterwarf, und dieser Gebiete waren sehr viele, und keines hat er bloß flüchtig berührt — auf jedem, selbst auf dem der Mathematik, hat er selbständige Entdeckungen gemacht.

So war der Mann der Wissenschaft. Aber das war noch lange nicht der halbe Mann. Die Wissenschaft war für Marx eine geschichtlich bewegende, eine revolutionäre Kraft. So reine Freude er haben konnte an einer neuen Entdeckung in irgendeiner theoretischen Wissenschaft, deren praktische Anwendung vielleicht noch gar nicht abzusehen — eine ganz andere Freude empfand er, wenn es sich um eine Entdeckung handelte, die sofort revolutionär eingriff in die Industrie, in die geschichtliche Entwicklung überhaupt. So hat er die Entwicklung der Entdeckungen auf dem Gebiet der Elektrizität, und zuletzt auch noch die von Marc Deprez, genau verfolgt.

Denn Marx war vor allem Revolutionär. Mitzuwirken, in dieser oder jener Weise, am Sturz der kapitalistischen Gesellschaft und der durch sie geschaffenen Staatseinrichtungen, mitzuwirken an der Befreiung des modernen Proletariats, dem *er* zuerst das Bewußtsein seiner eigenen Lage und seiner Bedürfnisse, das Bewußtsein der Bedingungen seiner Emanzipation gegeben hatte — das war sein wirklicher Lebensberuf.

Engels: Das Begräbnis von Karl Marx. Aus: Karl Marx/Friedrich Engels: Werke, Bd. 19, S. 335/336.

Anmerkungen

1) Engels schrieb diese Rezension für die „Rheinische Zeitung“, die sie jedoch nicht veröffentlichte.
„Rheinische Zeitung“ — bürgerliche Tageszeitung die von 1863 bis 1866 in Düsseldorf und von 1867 bis 1874 in Köln erschien.

2) *Sozialdemokratische Partei* — gemeint sind offenbar die selbständigen politischen Arbeiterorganisationen wie der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein (am 23.5.1863 in Leipzig unter Lassalle gegründet), der Verband Deutscher Arbeitervereine (gegründet im Juni 1863) und die Sächsische Volkspartei, die aus sächsischen Arbeiterbildungsvereinen am 19.8.1866 entstand unter dem Einfluß von Liebknecht und Bebel stand.

3) *letzte Wahl zum Norddeutschen Reichstag* — gemeint sind die Wahlen zur ersten Legislaturperiode des Norddeutschen Reichstag am 31.8.1967.

4) *vorletzte Wahlen zum Norddeutschen Reichstag* — gemeint sind die Wahlen am 12.2.1867 zum konstituierenden Norddeutschen Reichstag.

5) *Ricardosches Gesetz über den Arbeitslohn* — Marx schreibt an anderer Stelle, Ricardo bestimme den Wert der Arbeit nicht durch die Arbeitsmenge, angewandt auf die Arbeitskraft, sondern angewandt auf die den Arbeitern zugemessenen Löhne, wobei er sich zum Gesetz von Zufuhr und Nachfrage flüchte und sich nicht auf das Gesetz der Warenwerte beziehe. (Siehe MEW, Bd. 26.2, S. 405/406.)
Ricardo verwechselte dabei die Arbeit und die Arbeitskraft und konnte deshalb zu keinem befriedigenden Ergebnis kommen, da die Arbeitskraft mehr Wert schafft, als sie selbst wert ist.

6) Karl Marx, „Zur Kritik der Politischen Ökonomie“, Berlin 1859.

7) Es handelt sich um das Gesetz zur Ausdehnung der Fabrikgesetze auf die neuen Industriezweige, das am 15.8.1867 erlassen wurde.

8) *Schulökonomie* — gemeint sind die Anhänger und Schüler der englischen Ökonomen David Ricardo und Adam Smith.

Bütün ülkelerin işçileri ve ezilen halklar birleşin!

KIZIL ŞAFAK



Almanya Komünist Partisi Merkez Yayın Organı

Sayı 6, 11 Şubat 1983 Yıl: 17 1 DM

Hitler ve onu destekleyen büyük kapitalist güçler. 3. Bölüm

Kömür ve çelik patronlarının Nazi Partisini nasıl bir kitle partisine dönüştürdükleri üzerine

Sayfa 4'te



"Koruyucu güç"

Bugünlerde koyu gericiliğin partilerinin temsilcileri şimdiye değin pek nadiren rastlanılan, Atlantik Okyanusu'nun öbür tarafındakine, ABD askeri gücüne olan dostluğu vurguluyorlar.

ABD'nin sık sık sözü edilen "Koruyuculuğu"nun nasıl olduğunu şu günlerde çeşitli ülkelerin halkları canlı bir şekilde yaşıyorlar. ABD'nin "dost ülkeler" için 9 milyar tutarındaki "yardım programı" kararlaştırıldı. Bu parayla diğerlerinin yanı sıra El Salvador'un katil rejimi, İsrail siyonistleri, Ankara'daki cellat generaller desteklenmektedir.

Koruyucu güç rolünü daha da belirginleştirmek için şubat ayında ABD askeri tatbikatlar yapacak. Nikaragua'nın sınırında ABD ordusu savaş çıkarmaya çalışıyor, Güney Kore'de, Kore savaşının sona ermesinden bu yana en büyük askeri tatbikatları düzenliyorlar. Kuzey Kore bu savaş tehditine karşı haklı olarak seferberliğe çağırdı. Çünkü bu, "koruyucu güce" karşı en iyi korunmadır.

Lyon celladı

Geçtiğimiz hafta gazete ve radyo haberlerinde, eski bir Nazinin Fransaya teslim edildiğine yer veriliyordu. Bu cellat Lyon'un eski polis şefi olan Alman faşist Klaus Barbie'dir. 7 bini aşkın direniş savaşçısını, Yahudi'yi işkenceden geçirten, toplama kamplarına gönderten, 4 bini aşkın insanı katlettiren bu cellatın bizzat kendisi Alman işgaline karşı Fransız direniş hareketinin lideri Jean Moulin'i işkence yaparak katlediyor.

Klaus Barbie Alman olmasına rağmen, Federal Alman Hükümeti onun Bolivya'dan iadesi için ciddi bir girişimde bulunmadı. Gerçi o 1982'de formalite icabı onun iadesi için Bolivya'dan istemde bulundu, ancak bundan başka hiç bir adım atmadı. Ayrıca Barbie'ye karşı sürdürülen tahkikat 1971'de durdurulmuştu. Ve uluslararası protestoların sonucunda yeniden başlatıldı.

Lyon celladının iadesi için Fransız Mitterand Hükümeti, Bolivya Sosyaldemokrat Hükümeti'ne başvurdu. Federal Almanya'nın bu yönde gerçek bir adım atması şöyle dursun, eski Nazileri beraat edilmekte, direniş savaşçılarına emeklilik aylığı bile verilmemekte, antifaşistler, ilericiler, siyasi görüşlerinden dolayı meslekten men edilmekteler. Tüm bunlar Nazi hakimlerinin ruhunun Federal Almanya'da hala yaşadığını gösteriyor.

Gericiliğe karşı ortak mücadele şimdi daha da gerekli!

Kapitalistler seçmenlere şantaj yapmak istiyorlar

Kapitalistler, 6 Mart'ta yapılacak Federal Parlamento seçimlerinde CDU/CSU'nun çoğunluğu kazanarak hükümet kurmasını istediklerini açık seçik bir şekilde ortaya koydular. Geniş çaplı propagandanın ve yapılan kapsamlı para yardımlarının—ki bunda Bonn'daki diğer partiler de eli boş gitmemekteler—yanı sıra şimdi bazı işverenler seçim sonuçlarını etkilemek için bir yeni yola daha başvurdular: "Yatırım yapmama grevi". Ayrıca onlar açıktan açığa CDU/CSU'nun seçimleri kazanmaması halinde sermayelerini harice kaçıracaklarını tehdit ettiler.

İşverenlerin bu santajlarını, CDU/CSU partileri yeni seçim kampanyası aracı olarak kullanmasını çok iyi biliyorlar. Maliye Bakanı Gerhard Stoltenberg (CDU), SPD'nin seçimi kazanması halinde "savaş sonrası dönemde sermayenin büyük harice kaçırılacağı"nın ve "Alman Ekonomisi'nin çok tesirli bir şekilde çökeceği"nin ön haberini verdi. Aile Bakanı ve CDU Genel Sekreteri Heiner Geisler ise güvensizlik ve korku yaratmak için nereye baskı yapılması gerektiğini çok iyi biliyor: O, işçileri, "Her kim ki, 6 Mart'ta SPD'yi seçerse, o böylece kendi işyerinin tehlikeye düşeceğinin bilinçinde olmalıdır" diyerek ihtar etti.

Bu tehdit edici sözlerin ardında yatan nedenleri, bazı—özellikle orta dereceli—işletmelerin yatırımları ve siparişleri mart ayında CDU/CSU'nun seçimi kazanmalarına tabi kılma önlemleri oluşturuyor. Aksi takdirde verilen siparişlerin bile geri alınacağı tehditi savruluyor. Ve bu tür önlemler almayı tehdit eden işletmelerin başını otomobil sanayisi işverenleri çekiyor.

İşverenlerin bu arzularını kendi kararlarında temel alan hakimler bile ortaya çıktı. Radolphzell İş Mahkemesi, Konstanlı kapitalistin çıkışını verdiği bir Türkiyeli hizmetliyi ancak "6 Mart seçimlerinden sonra da şu anki koalisyon ya da CDU/CSU tek başına'' yönetecek olursa yeniden işe almak zorunda olduğu açıklamasını tasdikledi. Nitekim "yatırım yapmaya hazır olmakla, seçim sonuçları arasında bir ilişki mevcuttur" diyor kapitalist. Görüldüğü gibi iş mahkemesi bunu yerinde buldu.

İşverenlerin bu tür şantajları cevapsız bırakılmamalı. Şimdi özellikle işçi sınıfının kararlı direnişi gerekli. Ve bu sendikalarda ve işyerlerinde talep edilmektedir.

Ancak SPD ise sendikalar üzerinden bundan etkilenenlerin mücadeleci direnişini, "tabandan" sınıf mücadalesini yaymak ve örgütlemek yerine "burada yukarıdan sınıf mücadelesi" sürdürülüyor, "burada sosyal barışa bir saldırı" söz konusudur demekle yetindi. Nitekim SPD daha ziyade kapitalistlere, hükümet partisi olarak işleri CDU/CSU'dan daha iyi yürütebileceğini ispatlamak istiyor.

Ve işçi sınıfı kaderini kendisini sömürenlerin refahına tabi kılmamalı, hareket tavrını sınıflararası işbirliği siyasetine bağlamamalıdır. Şimdi koyu gericiliğe karşı sosyal ve diğer kazanılmış hakların kararlı mücadele ile savunulmasının önemi daha da artıyor.

Metal isçileri Schwabenland-Halle'yi işgal ettiler

1 200 işçi işverenlerin adi ücret teklifini protesto etti

FELLBACH.—Baden Württemberg metal işçileri, işverenlerin, ücretlerin üç aylık dondurulmasından sonra yüzde 2,2 adi zam tekliflerini cevapsız bırakmadılar. Fellbach'ta yapılan toplu sözleşme görüşmesine yalnızca Kuzey Württemberg/Kuzey Baden Bölgesi ile sorumlu İGM Görüşme Komisyonu değil, aynı zamanda 1200 de işçi geldi.

Yapılan bu eyleme yer veren İG Metall Stuttgart Bölge Yönetimi yayın organı "Metall-Nachrichten"de şöyle yazıyor: "Daha çarşamba günü sabahın erken saatlerinde yüzlerce metal işçisi gelerek flamalarını açtı ve pankartlarını yerleştirdiler. Kırmızı metalcılar migferini taşıyanların ilki salonun fuayonuna giderek yerlerini aldılar. Bu esnada ise işverenler godomanlar arabalarıyla gelerek park yerlerine, yer altı garajına gitmek istiyordular. Bir işçi arkadaş onlara "öylesine hızlı gidilemeyeceğini" söylüyordu. Yürüyüşçüler giriş kapılarının önünde fabrikatörlerle konuşmak istiyordular. Ancak onlar ise polis getirme tehditini savurmaktan başka bir şey söylemiyordular. Aynı olay tekrarlandı.."

1000 işçinin Fellbach'da protesto yaptığı esnada Schwabenlandhalle'ye polisler de geldiler. Salonun kiracısı Mayer onları çağırmıştı. Ancak üniformalılar işçilere karşı harekete geçmeyi reddediyorlardı. Fakat buna rağmen Fellbach Polis Şefi Trapp durumu kritik görüyordu. Ayrıca bir "sivil"de geldi. Kimin onu buraya çağırdığı ya da gönderdiği açığa kavuşturulmuş değil.

Bu esnada işçi arkadaşlar Uhland salonunda patronları karşılamayı deniyorlar: **"İşverenler kavga çıkarmak istiyorlar, haydi biz mücadeleye hazırız!"**

Baden-Württemberg metal işverenleri başkanı Stihl protesto eden sendikacıların önünden geçerek tıklım tıklım dolu salona vardığında, işçi arkadaşlar ona karşı sloganlar haykırdılar, yüzde 6,5 zam taleblerini vurguladılar.

Daha sonra Stihl ve şürekası İGM Bölge Başkanı Franz Steihkühler'e bir ultimatum verdiler: "Şayet salon saat 11'e kadar boşaltılamazsa, bugün görüşme yapılmayacak!" Gerçi görüşmelerde Stihl'in ne teklif edeceğini herkes biliyordu: Üç ay ücretleri dondurma ve daha sonra ise yüzde 2,2 ücret zammı. Buna rağmen işçi arkadaşlar olay çıkmasına yer vermediler ve bir sendika marşını söyleyerek salonu terk ettiler.

Stuttgart-Fellbach'daki bu eylemden iki gün sonra, yani cuma günü de Güney Württemberg-Hohenzollern Toplu Sözleşme Bölgesi'nin görüşmelerinin yapıldığı Ballingen'de protesto eylemleri düzenlendi. Protesto eden metal işçileri, görüşmelerin yapıldığı salonda bir kararı okudular. Bunun üzerine işverenler salonu terk ederek görüşmelere son verdiler.

İşsizler ordusunun sayısı giderek artıyor

Federal Almanya'daki işsiz sayısı aydan aya artış kaydediyor. Ocak ayı sonunda resmi olarak işsizliğe kayıtlı bulunan işsizlerin sayısı yaklaşık 2,5 milyondu. Bunun ötesinde resmi olarak işsizliğe kayıtlı bulunmayanların sayısı da az değil. Federal Çalışma Dairesi (BfA) ilk olarak kara listede bulunan işsizlerin sayısı üzerine resmi bir rakam ileri sürdü ve bunların 800 binden fazla olduğunu açıkladı. Yığınsal işsizliğin toplam olarak 3,3 milyona ulaştığı ve Bonn'daki bakanların işsizliğin "ana sorun olduğunu" belirttikleri bir ortamda bir çok insan giderek olumlu değişmelerden umudunu kesiyor.

Çünkü, tüm boş lafazanlıklara rağmen, açıklanan istatistik durumu daha açık bir şekilde ortaya koyuyor. Şimdiye değin, okul ya da mesleki eğitim gören 270 bin insan daha işsiz olarak kaydedildi, bunların 190 bini okul eğitimlerini bitiren gençlerden oluşuyor. İşsiz olan bu gençlerin çoğunluğunu ise yabancı gençler oluşturuyor. Bu rakamlar işverenlerin uzun zamandan beri sürdürdükleri "yeterince çıraklık yeri olduğu" boş sözlerini yerle bir ediyor.

Aynı şekilde BfA'nın şu istastiği de bir gerçeği açıkca dile getiriyor: Aralık ayında işsizliğe kayıtlı bulunan 750 bini aşkın insan İş ve İşçi Bulma Kurumları'ndan ne işsizlik parası ne de işsizlik yardımı alıyordu. Bu rakama, kara listede bulunan işsizleri de dahil edecek olursak, böylece bir buçuk milyon insanın geçimini sosyal yardımla sürdürmek zorunda olduğu ortaya çıkıyor.

İşsizliğe kayıtlı olanlar arasında, şimdiye değin yarım gün çalışan 250 bin kadın işçinin,120 bini aşkın sakat erkek ve kadın işçilerin de yer aldığı işsizlikten öncelikle hangi grupların etkilendiğini gösteriyor.

İşsizlikten en ağır bir şekilde etkilenen biz yabancılarız. Ocak ayından bu yana işsiz sayısı 17861 daha artarak 311233'e yükseldi. Bu rakam bugün işyerlerinin kapatılmasından, çıkışlardan ilk planda yabancı işçilerin etkilendiğinin en açık kanıtıdır.

Halk topluluğu ya da aynı şekilde sınıflararası işbirliği politikası temeline dayanan işsizliğe "karşı" tüm programlar bir bütün olarak boşa çıktılar. Ne CDU/CSU/FDP'nin sermayenin hizmetinde politikalarının merkezine koydukları "kârların artması geniş çapta iş yeri yaratır" görüşleri (ki bunun malum sonuçları bugün ABD ve İngiltere'de açık bir şekilde ortaya çıktı) ne de SPD Yönetiminin şimdi Vogelci "ulusal dayanışma paktı" şeklinde formüle edilen eski "dayanışma topluluğunu" geçmişte başarı kaydetti. En fazlasından bu politika işyerlerinin yok edilmesinin aracıydı.

Ne var ki, bugün gerçek bir çalışma programı uğruna mücadele ancak işverenlere, onların kâr çıkarlarına yönelen bir mücadele olabilir. Aynı şekilde DGB'de iki yıldan beri 50 milyonluk Çalışma Programını gerçekleştiremedi, çünkü o bunun hazırlığını yapmayı değil, çıkar ortaklığını ön şart olarak belirledi. Buna ilişkin olarak yalnızca DGB sendikası, gerçek bir çalışma programının ve işsizlerin haklarının teminat altına alınmasının gerçekleştirmesi için gereken güce sahiptir. Umut ancak işsizliğin sorumluları, ekonomik sistemlerinin bunalımını emekçilerin üzerine yıkmaya çalışan kapitalistlere karşı başarılı bir siyasi mücadele de olabilir.

Radyo ve TV'de KPD'nin seçim konuşmaları

Almanya Komünist Partisi, KPD 6 Mart Federal Parlamento seçimleri dolayısıyla radyo ve televizyonda konuşmalar yapacak. Bu konuşmaların yayın saatleri şöyle:

Radyo'da
NDR ve WDR 1: 16.2 tarihinde saat 18.25'te ve 24.2. tarihinde saat 12.05'te.
NDR 2: 28.2. tarihinde saat 14.55'te.
Bremen Radyosu'nda: 16.2. tarihinde saat 11.57'de ve 25.2 tarihinde saat 16.52'de.
WDR 2: 28.2 tarihinde saat 11.55'te.

TELEVİZYONDA
Bölgesel program: NDR: 22.2 ve 2.3. tarihlerinde saat 19.45'te.
Bremen Radyosu: 21.2 ve 24.2 tarihlerinde saat 18.30'da
10.2. tarihinde saat 21.20'de ZDF'de yapılacak yayın saatinden sonraki tarih henüz belli değil. BWK'nın seçim konuşmaları ZDF'te 14.2 ve 21.2 tarihlerinde saat 21.20'de yayınlanacak.

Tam ücret va tam personel sayısı temelinde 35 saatlik iş haftası **6. Bölüm**

Çalışma saatinin kısaltılması rasyonalleştirme dalgasına mı yol açıyor?

35 saatlik iş haftasına karşı sık sık yapılan itirazlardan biri, bunun uygulanmasının kaçınılmaz olarak yoğun bir rasyonalleştirme dalgasını da beraberinde getireceği iddiası ya da endişesidir. Bundan ötürü de işyerindeki baskıların azaltılması amacı ve aynı zamanda çalışma saatinin kısaltılmasından beklenilen işyerini garantileyici etkisinin hayal olduğu; işverenlerin çalışma saatinin kısaltılmasındaki bu olumlu etkileri çalışma temposunu hızlandırarak ve işin verimliliğini artırarak yok edecekleri ileri sürülmektedir.

Tam personel sayısı gerçekleştirmelidir!

Şüphesiz ki, getirilen bu itirazları kaba bir şekilde reddetmek, sorunu basite indirgemek demektir. Şayet işverenler çalışma saatinin kısaltılmasını önlemeyi başaramazlarsa, o zaman rasyonalleştirme önlemleriyle buna karşı etkiyi yaratmak için her türlü yola başvuracakları tartışma götürmez bir gerçektir.

Sorunu, onların bunu yapıp yapmayacakları değil, tam tersine bunu ne derece gerçekleştirip gerçekleşmeyecekleri ve hangi şartlar altında bunun mümkün olacağı oluşturuyor.

Şurası tartışma götürmez bir gerçektir ki, onların bunu mümkün mertebe daha kolay bir şekilde gerçekleştirmesi ancak, çalışma saatinin bir çırpıda değil, adım adım kısaltılması ile mümkündür. Buna karşın 35 saatlik iş haftasının bir çırpıda gerçekleştirilmesi ile işyerindeki baskıların azaltılması ve aynı şekilde iş gücü etkisinin, iş temposunun hızlandırılmasıyla ve işin verimliliğin artırılması ile düşürülmesi ve tarafsızlaştırılması, kuşkusuz ki ancak sınırlı çerçevede söz konusudur.

Ayrıca çalışma saatinin kısaltılmasının tam personel sayısı talebi ile bağı kurulmalıdır. Çalışma saatinin kısaltılması ile birlikte toplu sözleşmeler aracılığıyla tam personel sayısının da teminat altına alınması gerçekleştirilebilirse, böylece çalışma saatinin kısaltılmasındaki olumlu etkiler geniş çapta gerçekleştirilmiş olur.

İşverenler zaten rasyonalleştiriyorlar

Her şeye rağmen, işverenler kampında, çalışma saatinin kısaltılmasının "zehiri" olarak yoğun bir şekilde rasyonalleştirme fikriyle yetinilmemektedir. 35 saatlik iş haftası talebine karşı girişilen ateş püskürücü tavırların kendine has bir özelliği vardır. Nitekim Alman İşveren Birlikleri,BDA Başkanı Rodenstock, Alman Sanayi Birliği Başkanı Esser ve tayfasının bu talebi kötü şöhretli kısıtlama kataloglarında en sona koymaları boşu boşuna değildir.

Daha işverenlerin direnişinin sertliği bile bu talebin faydasının hangi taraf için olacağının bir ölçütüdür. Şayet işverenler bu talebin hiç bir şekilde kendileri için değil de karşı taraf için bir faydasının olduğundan ikna olmuş olmasaydılar, o zaman her ortamda bu talebin faydası üzerine karamsarlıklarını açıklayarak ve gerekçelendirerek "işçinin kafasını karıştırmak için" her türlü zahmete katlanır mıydılar?

İşverenler, çalışma saatinin kısaltılmasına icabı halinde yoğun bir rasyonalleştirme dalgasıyla cevap verme düşüncelerinde az bir teselli buluyorlarsa, o zaman bunun için iyi nedenleri var. Buna diğer şeylerin yanı sıra daha bugünden alabildiğine rasyonalleştirildiği gerçeği de dahildir. Nitekim bu yönde verimliliği artırma imkânları sınırlı da değildir.

Sorun şu değil; İşverenler rasyonalleştirme fikrini, sendika hareketinde 35 saatlik iş haftası talebinin ileri sürülmesinden sonra oluşturmadılar. Daha yazı dizimizin beşinci bölümünde, rasyonalleştirmelerin çalışma saatinin kısaltılmasına (ya da bir bütün olarak sendikal taleplerin tespitine ve gerçekleştirilmesine) karşı bir cevap olduğu görüşünün yanlış olduğuna ve bunun gerçekleri ters çevirdiğine işaret etmiştik. Sorunu bir kez de pratik tecrübenin ışığında ele aldığımızda, gerçek durumun ne olduğu pekâlâ açık bir şekilde ortaya çıkmaktadır.

Çalışma saatinin kısaltılmasındaki açıklık

Yıllardan beri yüz binlerce işyerlerlerinin yok edilmesine yol açan bir rasyonalleştirme dalgasının işyerlerinde hüküm sürdüğünü herkes biliyor. İster çalışma saati kısaltılmış olsun, isterse olmasın, bunun gelecekte azaltılacağını ya da durdurulacağını kabullenmek için en küçük bir neden dahi yoktur. Aksine, işverenler bu saldırıyı daha da yoğunlaştırmakla meşguller.

Tabi ki bunu yaparkende mikroelektronik tekniği temelinde giderek artan bir tarzda yeni teknolojilerin uygulanmasına başvurmaktalar. Bugün uzmanlar, bu teknolojilerin uygulanmasıyla gelecek yıllarda milyonlarca işyerinin yok edileceği tehlikesi üzerine hem fikirler. Artık işsizler ordusunun 5 milyona ya da daha da yukarıya çıkması karamsarlık olarak damgalanmamaktadır.

Bu mükemmel rasyonalleştirme ve işyerlerinin yok edilmesi dalgasının başlangıcını, çalışma saatinin toplu sözleşmeler temelinde ya da kanunen sıçramalı olarak kısaltılması mı oluşturuyordu?

Asla. Gerçi yıllardan beri toplu sözleşmeli çalışma saatinin kısaltılması için belirli bir eğilim var. Bu adım ise, üretim verimliliğinin muazzam bir şekilde artırılması,özellikle rasyonalleştirme ve diğer faktörlerin sonucunda sihhati zararların giderek artmasının ışığında değerlendirilmelidir. İşte tam da çalışma saatinin kısaltılmasındaki bu eğilim yaklaşık olarak 7 ile 8 yıldan bu yana oldukça zayıfladı.

Çalışma saati, krize ve konjoktürün gerilemesine, buna uygun olarak da üretim kapasitelerinden tam olarak faydalanılmamasına rağmen verimliliğin artırılmasında basit bir gerilme olduğu, diğer yandan buna karşılık çalışanlar için işin yükleri yoğun bir şekilde arttığı halde kısaltılmadı.

Rasyonalleştirme terörüne karşı gerekli adım

Soruna bu şekilde yaklaştığımızda, kuşkusuz ki o zaman çalışma saatinin kısaltılmasında bir açıklıktan bahsedilebilir. Fakat çalışma saatinin kısaltılmasının işverenlerin şu anki rasyonalleştirme dalgasının bir nedeni olduğu hiç bir şekilde doğru değildir.

Örneğin şimdiye değin bir kaç kez değindimiz İş Pazarı ve Mesleki Araştırma Enstitüsü'nden (IAB) bilim adamlarının 1960 ile 1979 yılları arasında çalışma saati ile iş pazarının ilişkisini ele aldıkları incelemede şu sonuca varılıyor:

"Toplu sözleşmeli yıllık çalışma saatinin gelişimine baktığımızda, aynı zamanda öncelikle son yıllarda (çalışma saatinin, KŞ) azalmasının sürekli yavaşlaştığını görürüz. 40 saatlik iş haftasına geçiş daha 70'li yılların başında işçilerin çoğu için tamamlanmıştı, ondan sonraki yıllarda buna yalnızca bir kaç geç kalan katıldı.

Gerçi, yıllık izinin ortalama olarak uzatılması bütün dönem boyunca, aynı şekilde son yıllarda da devam etti. Ancak bir bütün olarak toplu sözleşmeli yıllık çalışma saatindeki gelişmede yavaşlama eğilimi gözardı edilemez: Bu, 1960 ile 1975 yılı arasında her yıl ortalama olarak yüzde 1 azaldı, ondan sonraki yıllarda ise (çalışma saatinin, KŞ) azalma hızı hemen hemen yarı yarıya düştü."

Demek ki, böylece bir kaç yıldan beri mükemmel bir şekilde sürdürülen rasyonalleştirme dalgasına çalışma saatinin kısaltılmasının yol açtığından, onun bunun tarafından teşvik edildiğinden söz edilemez. Tam tersine aksi yönü geçerlidir. Bugün sendika hareketi tarafından çalışma saatinin çok etkili bir biçimde kısaltılması talebinin ileri sürülmesi,işverenlerin rasyonalleştirme terörüne karşı tamamen haklı ve gerekli bir taleptir.

(Devamı var)

Krefeld Kongresi'ne katılalım!

"Asla, bir daha faşizm ve savaş istemiyoruz" şiarı altında 26 ve 27 Şubat 1983 tarihleri arasında Krefeld'de bir kongre yapılacak. Bu kongrede tanınmış anti-faşistler ve savaş karşıtları iki gün boyunca süren çalışma forumlarını yönetecek ve 26. 2. tarihinde yapılacak toplantıda anti-faşist ve barış mücadelesinin önemli konuları üzerine görüş belirtecekler. Toplantının yanı sıra kültür programı, sergi, kitap masası vb şeyler var. Okuyucuları bu kongreye katılmaya çağırıyoruz.

Koordinasyon bürosu: Ellen Thielen, Mariahilfstr. 31. 5100 Aachen, Tlf: 0241/36362

Kongrenin programı

Çalışma forumları

Konu: **Yabancılar, yarının Yahudileri mi?** Yabancı düşmanlığının nedenleri, buna karşı mücadele etmenin yolu ve araçları (1)

Yabancı yurttaşların vatandaşlığa kabul edilmeleri; bu aşamaya kadar atılması gereken adımlar (belediye seçimlerine katılma hakkı, yerleşme hakkı) (3)

Forumun yöneticisi: Cenap Boztepe, tercüman ve çevirmen, Köln

Bu çalışma grubunda iki dilde, yani Almanca ve Türkçe tercüme imkânı var.

Kongrede bu konunun yanı sıra **"İltica hakkı, iltica hakkını yok etme tehlikesi, ilticacılarının sorunları"**(2), **"Ek silahlanma ve sonra; barış mücadelesi nasıl devam etmeli?"**(4), **"Anti-faşist mahalli araştırma, anti-faşist şehir oyunları, gençlerle çalışma"**(5), **"NPD yasaklanmalı, faşist örgütler yasaklanmalı"** (6), **"1933 faşizmine nasıl gelindi, bugün için edinilmesi gereken dersler, yeni bir '33 nasıl önlenebilir?"**(7), **"Demokratik hakların yok edilmesi; ağırlık noktaları: polis devletinin inşaası, Adalet"**(8), **"Sendikalar ve anti-faşist mücadele"**(9) konuları üzerine de ayrı ayrı forumlar yapılacak. Konuların arkasında parantez içinde verilen rakamlar forumların numaralarıdır.

Çalışma forumları 26 Şubat Cumartesi günü saat 10'da başlayacak ve aşağı yukarı saat 15'e kadar sürecek. 27 Şubat Pazar günü ise gene saat 10-15 arasında sürecek. Bitiminde çalışma forumlarının tümünün ortak bir plenumu yapılacak.

Çalışma forumları için buluşma yeri:
Deutsch-Türkischer Arbeiterverein
Südstrasse 80, 4150 Krefeld

Forumlara katılmak isteyenler en geç 18 Şubat'a kadar koordinasyon bürosuna kayıt yapsınlar!

Toplantı ve gece

Tarih: 26 Şubat 1983, saat 17.30'dan 22.00'ye kadar

Yer: Krefeld'deki Seidenweberhaus'un 1. nolu salonu,

Toplantıda şu konular üzerine konuşma yapılacak:

★**Hitler faşizmi nasıl iktidara geldi?**

Konuşmacı: Bad Homburg'dan Harry Dubinsky; eski Toplama Kampı tutuklusu, VVN üyesi, Gericiliğe, Faşizme ve Savaş tehlikesine karşı *Volksfront'un* 1. Başkanı

★**Yabancılar, yarının Yahudileri mi?** Yabancı düşmanlığının tehlikeleri ve işlevi, buna karşı ne yapılabilir?

Konuşmacı: Şimdilik Rosi Wolf-Almanasrah, Frankfurt, Yabancılarla evli Alman Kadınlar Derneği, IAF Başkanı, öngörülüyor.

★**Gericiliğin ilerleyişi ve bugün faşizm tehlikesi.** Bugün anti-faşist mücadelenin görevleri.

Konuşmacı: Ulrich Leicht, Dortmund, gazete yazarı.

Kültür programı
Comedia Mundi. Karumanta. Zeitzünder. Melike Demirağ

Saat 14'ten itibaren: şarkıcılar, kaberacılar gösteri yapacak; sergi, kitap ve enfermasyon masası açılacak.

Giriş: 10DM, biletler önceden koordinasyon bürosundan ya da doğrudan gişeden alınabilir. Kongrenin programında daha sonra değişiklikler olabilir.



Organizasyon üzerine bilgiler

Kongreye katılanlar için buluşma adresi:
Deutsch-Türkischer Arbeiterverein
Südstr. 80
4150 Krefeld
Tlf: 02151/774540 (Dikkat! Bu telefon cuma günü saat 12'den itibaren bizim denetimimizde)

Cuma ya da cumartesi geldiğinizde burada kayıt yapacaksınız. Daha sonra yatacak yerleriniz belirlenecek ve gerekli bilgiler verilecek. Kayıt yapılırken **kişi başına 5 DM katılma parası ödenmesi gerekiyor.** Burada cumartesi akşamı yapılacak toplantı ve gece için giriş biletlerini de satın alabilirsiniz. Ancak genel bir bilgi edinebilmemiz için bunları önceden satın almanızı rica ediyoruz. Tüm gruplar ve insiyatifler kongrenin konuları hakkındaki bildirilerini, broşürlerini birlikte getirebilirler. Yapılacak toplantı ve gecede bunları tanıtma, satma olanağı var. (Lütfen komple kitap masaları getirmeyin, çünkü bunun için yer yeterli değil.) Geceden önce bunun için Seidenweberhaus'daki enfermasyona başvurun. Buradan size bir yer gösterilecek.

Ayrıca Seidenweberhaus'un fuayesinde sergi açma olanağını da teklif ediyoruz. Bunun için, konuyu, panoların ebatını ve sayısını vs. 15 Şubat'a kadar vs. koordinasyon bürosuna bildirin.

Kongredeki çalışma forumlarına kayıt dilekçesi

26/27 Şubat 1983'te Krefeld'de yapılacak olan "Asla, bir daha faşizm ve savaş istemiyoruz" kongresine katılmak istiyorum/istiyoruz:

Bireyler için:
○İsim
○Adres
○Örgüt/İnsiyatif
Gruplar için:
○Grubun adı
○Adresi
○Şahısların sayısı
Geceleme
○Cuma gecesi .... yatacak yer
○Cumartesi gecesi .... yatacak yer
○Geceleme sorununu ben kendim hallederim
○Torba yatakları ve şiltleri birlikte getirin
○Özel istekler:

Çalışma forumları:

Ben/biz şu çalışma forumlarına katılıyorum/katılıyoruz:
(Lütfen forumun numarasının arkasına katılacakların sayısını kaydedin)
Forum 1/3....... Forum 2 .... Forum 4
Forum 5........ Forum 6....... Forum 7
Forum 8....... Forum 9......
Tarih......... İmza ....
Kayıt dilekçesini 18 Şubat'tan önce koordinasyon bürosuna gönderin!

Hoesch işçileri "uzmanların" çelik sanayisi planını protesto ettiler

DORTMUND. — İşyerlerinin yoğun bir şekilde yok edilmesine yol açacak olan sözümona çelik uzmanlarının ileri sürdüğü taslağı geçen hafta Dortmund Hoesch çelik işçileri uyarı grevi yaparak protesto ettiler. İşçiler, eylemlerinde yeniden çelik sanayisinin devletleştirilmesi talebini vurguladılar.

4 Şubat cuma günü saat 11'de Dortmund'daki Hoesch işletmelerinin en büyük şubesi olan Westfalenhütte'de işçiler bir buçuk saatliğine işi bıraktılar. Ve Hoesch çelik işletmeleri Denetleme Kurulu'nun toplantısını yaptığı, Merkezi İdare binasının ana kapısının önüne kadar yürüdüler.

Eyleme yaklaşık olarak 3000 yerli ve yabancı işçi, hizmetli ve çırak katıldı. Ayrıca eylemi desteklemek amacıyla Union ve Phoenix şubelerinden de tek tek işçiler Westfalenhütte'ye gelmişti.

Hoesch Yönetim Kurulu Başkanı Rohwedder, Denetleme Kurulu Başkanı Kleffel (daha önce Deutsche Bank'ın yönetim kurulundaydı) oturumu yarıda keserek ana kapının önüne gelmek ve işçilere cevap vermek zorunda kalmıştılar. Aynı şekilde Denetleme Kurulu Başkan Yardımcısı Lutz Dieckerhoff da İG Metall Merkez Yürütme Kurulu üyesi) dışarı çıkmıştı.

İşçi arkadaşların kini bayağı kabarıktı. Nitekim buna "çelik uzmanları"nın hazırladığı taslağın pasajları da yol açmıştı. Bu pasajlarda Hoesch patronu Rohwedder, Mayıs 1981'de söz verdiği ek çelik işletmesinin yapımını ve Dortmund'daki çelik temelinin korunmasını yeniden sorun etmişti. Böylece Hoesch'de 10 bin işyerinin daha yok edilmesi tehlikesi gündeme geliyor ki, bunun Dortmund ve yakın çevresinde yaratacağı etkileri ise saymaya gerek yoktur.

Rohwedder, bu tür planların olmadığı, çünkü şimdi Hoesch'ün durumunun daha iyi olduğu (nitekim rasyonalleştirme sonucunda Hoesch'te daha önce 10 bin işyeri yok edilmişti) iddiasını ileri sürerek işçileri yatırştırmaya çalıştı. Daha sonra alçakca bir tarzda, kendisinin "nedensiz" geçim korkusunu anlamadığını söylediğinde işçi arkadaşların kini daha da kabardı.

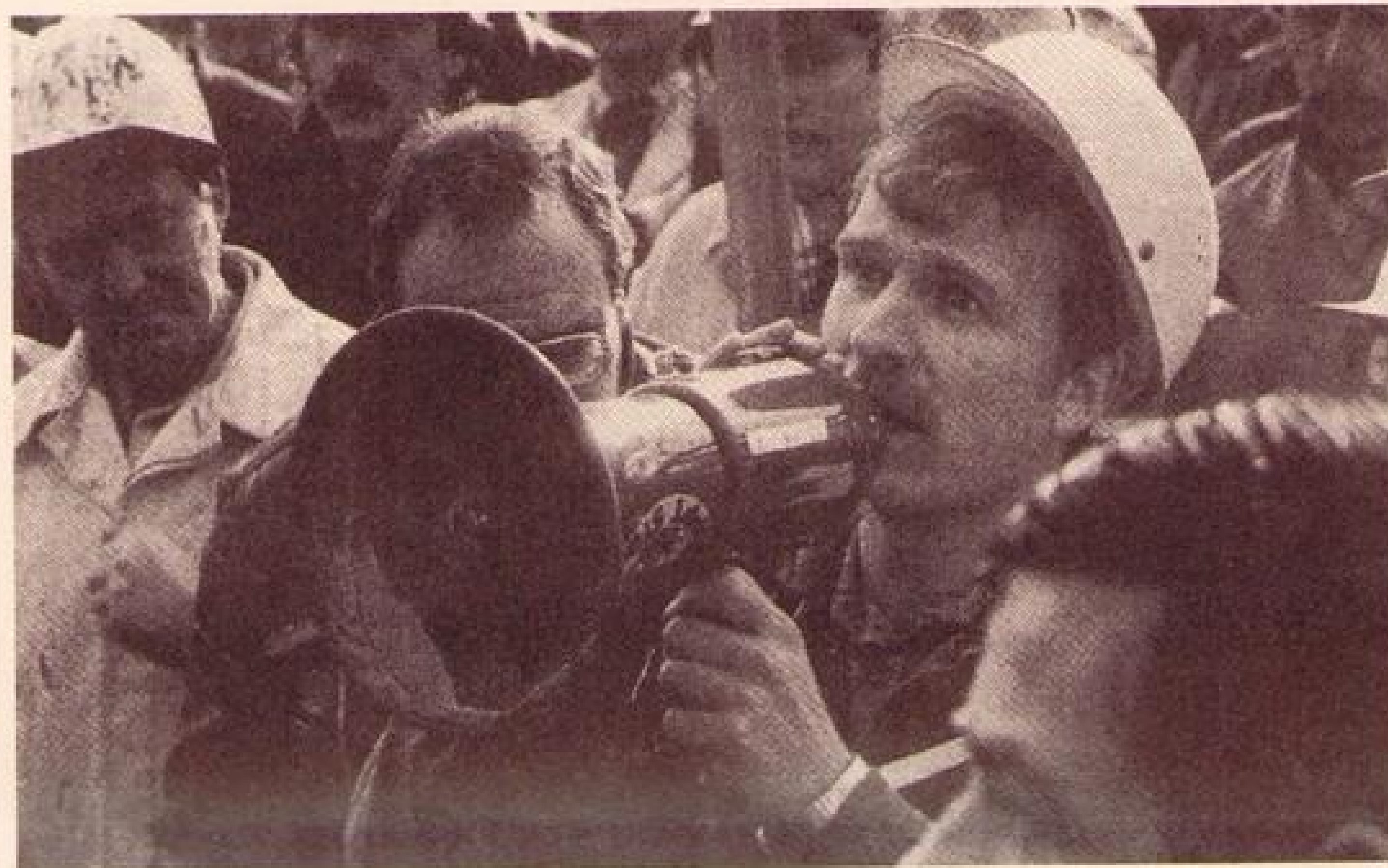
Bu eylem bir noktayı açıkca ortaya koydu: Çelik işçilerinin, çelik patronlarının ve onların arkasında bulunan mali sermaye güçlerinin kriz dönemine uyğun olarak uyguladıkları stratejilerine karşı bağımsız sendikal mücadeleyi örgütlemenin gerekliliği konusunda bilinçleri daha da yükseldi.

Mevcut işyerlerinin ve çelik merkezlerinin korunması için tüm çelik personellerinin ortak, dayanışmacı bir temelde hareket etmeleri gerektiği yönündeki mücadele sloganları daha önceki eylemlere kıyasla bu eylemde daha büyük bir rol oynuyordu. Ve bu kez protesto eyleminin ana noktasında, ortak düşmana karşı tüm çelik işçilerinin ortak mücadele cephesinin yaratalmasına yol açacak, çelik sanayinin devletleştirilmesi talebi bulunuyordu.

Bu görüşle uygunluk içeren işçi ve sendika temsilcilerinin konuşmaları, büyük alkış topladı. İşçi arkadaşlar bu görüşlerini taşıdıkları pankartlarda da dile getiriyorlardı. Örneğin Merkez İdarenin önünde açılan bir pankartta şöyle yazılıydı:

"Çelik işçileri bölünmelerine izin vermiyorlar! Gücümüz birliğimizdir!", "Hoesch'de yapılacak çelik işletmesi Dortmund'daki işyerlerini garantiler", "Dortmund bir çelik şehri olarak kalmalı", "İşyerlerinin garantisi temelinde çelik sanayisi devletleştirilmelidir!"

Mitingin yapıldığı esnada KPD'li yoldaşlar, KPD'nin Ruhr bölgesi yönetiminin yakın geçmişte çıkardığı "Çelik sanayisi işyeri garantisi temelinde devletleştirilmelidir!" broşürünü dağıttılar. İşçi arkadaşlar arasında broşüre duyulan ilgi büyüktü.



İGM Yönetiminin tavrı ne?

Greve giden 3 bin çelik işçisinin gözünün içine baka baka İG Metall Merkez Yürütme Kurulu üyesi ve Hoesch Denetleme Kurulu Başkan Yardımcısı Lutz Dieckerhoff, Hoesch Denetleme Kurulu'nda bulunan "işçi temsilcileri"nin çelik uzmanlarının planını desteklemeyi reddedecekleri teminatını verdi. Dieckerhoff ayrıca işçi arkadaşlara, İGM Yönetim Kurulu'nun çelik uzmanların planı hakkında tavrını belirlemeden önce yapılması öngörülen İGM çelik konferansının sonuçlarını bekleyeceğine dair söz verdi.

Bu konuda beklenilecek ne var acaba? Bu plan çelik tekellerinin denetimi altında hazırlandı! Diğer bir deyişle ifade edecek olursak, bu sanayi dalını denetleyen büyük bankaların direktifi ile hazırlanan bir plandır.

Ve bu çelik sanayisini onarma planının gerçekten binlerce işyerinin yok edilmesini amaçladığını bir çocuk bile biliyor. Bu planı tamamen reddetmeyen ve buna karşı mücadele sürdürmeyen biri, çalışan halkın geçim şartlarını zerre kadar dikkate almayan mali sermayenin kâr çıkarlarının acımasızca gerçekleştirilmesini destekliyor demektir. O, çelik sanayisinde 10 binlerce işyerinin daha imha edilmesini, Dortmund, Bremen, Saarbrücken ve Peine'deki çelik merkezlerinin yok edilmesini ve bunun korkunç sonuçlarını destekliyordur.

Ne var ki, İGM Merkez Yönetimin'deki "işçi arkadaşlar" işçilere verdikleri söze bile bağlı kalmıyorlar! Çelik uzmanlarının ileri sürdükleri planın ana çekirdeğini İGM Yönetiminin iki üyesi el altından desteklediklerini bildirdiler. Krupp Denetleme Kurulu Başkan Yardımcısı Rudolf Judith (Merkez Yürütme Kurulu'nda çelik sanayisi ile sorumlu) ve Thyssen Denetleme Kurulu Başkan Yardımcısı Hans Mayr (İGM Yönetimi'nde Eugen Loderer'den sonra ikinci adam) Thyssen ve Krupp'un birleştirilmesini öngören noktayı onayladılar! İşte, sözde işçilerin çıkarlarını gözönünde tutması gereken "yönetimde söz sahibi olma" adımının açık kanıtı budur.

İster Hoesch, Krupp, Klöckner'de, isterse Thyssen ya da Salzgitter'de olsun, bu plandan doğrudan etkilenen tüm çelik tekellerinde İGM'li sendikacılar, özellikle İGM sendika temsilcileri çelik işyerlerini kökünden yok etmeyi amaçlayan bu planı reddettiler. Ve işçi arkadaşlar arasında toplu çıkışlara, işyerlerinin yok edilmesine, çelik merkezlerinin tehlikeye düşmesine karşı çelik işçilerinin ortaklaşa ve dayanışmacı bir mücadele sürdürmeleri gerektiği görüşü giderek yer ediyor.

Ya peki İGM Yönetimi ne yapıyor? Nasıl adlandırılmak istenirse istensin, atılan adımlar çelik işçilerinin bölünmelerinin daha da derinleştirilmesi, çelik işyerlerinin kökünden yok edilmesine karşı başarılı bir direnişin daha başından bozguna uğratılması kapısına çıkıyor.

KISA ... KISA ... KISA ... KISA

Nona kadın işçileri kısmi başarı sağladılar

DORTMUND. — Hemen hemen bir hafta boyunca Dortmund'daki Nona-Kleider-Werke kadın işçileri, makinaların sökülüp götürülmesini önlemek için işletmelerinin giriş-çıkış kapılarını bloke ettiler. Nona-Kleider-Werke'nin ait olduğu Mai-Textil-Gruppe'si iflasını bildirmişti. Patron, üretimi yurtdışında yapmak istiyordu. Buna karşı direnen tekstil işçileri mücadelelerinde şimdilik bir başarı elde ettiler. Dortmund belediyesininde sorunu ele almasının sonucunda işletmeyi satın almak isteyen bir alıcı bulundu. Belediye firmayı kiraladı ve bu ise yeni işverene kiraya verecek.

İşyerlerinin yok edilmesine karşı yürüyüş ve uyarı grevleri yapıldı

Geçen hafta bir çok işletmede, işyerlerinin yok edilmesine, çıkışlara ve rasyonalleştirme önlemlerine karşı protesto eylemleri düzenlendi. 1 Şubat, salı günü Oldenburg'da 1000'e yakın işçi cam fabrikasının kapatılmasını protesto etti. İşveren, Gerresheim tekeline ait olan firmayı kapatarak 424 işçiyi işten atmak istiyor. Düzenlenen yürüyüşe cam fabrikası (Glashütte) personelinin yanı sıra diğer işletmelerden de bir çok işçi katıldı.

4 Şubat, Cuma günü Nürnberg Grundig işletmesi işçileri bir saat süren bir uyarı grevi düzenleyerek toplu çıkış planını protesto ettiler. Aldıkları bir protesto kararında 1000'e yakın işçi, çalışma saatinin kısaltılmasını ve çıkışların derhal durdurulmasını talep etti.

Aynı şekilde cuma günü Köln Leuchtenfabrik işletmesinin 300 işçisi de işletmenin kapatılması planını bir uyarı grevi düzenleyerek protesto etti.

Stuttgart-Bad Cannstatt'taki SKF bilya fabrikası patronları 1628 işçinin 500'ünün çıkışını vereceklerini açıkladığında 400'e yakın işçi işi bırakarak bir saatliğine uyarı grevi düzenledi.

Öte yandan Hessen'in Lampertsheim yöresindeki BBC işletmesi işçileri de, tekel yönetiminin 1500 işçinin çalıştığı bu şubede 100 işçinin çıkışını vermek istemesini düzenledikleri bir yürüyüşle protesto ettiler. İşçi arkadaşlar, BBC tekelinin Lampertsheim'deki üretimi İsviçre'ye taşıyacağından kuşkulanmaktalar.

Heckel işçilerinin direnişi sona erdi

SAARBRÜCKEN. — Geçen cumartesi günü tel halat üretiminin yapıldığı Saarbrücken-Burbach'daki Heckel işçileri üç aydan beri sürdürdükleri işyeri işgalininin sona erdirilmesini kararlaştırdılar. İşçi temsilciliğinin bildirdiğine göre, işçiler, ARBED tekelinin Heckel işletmesini kapatma planını işgali sürdürmekle önlemek için hiç bir olanak göremiyorlar. Aynı şekilde Burbach'da ek işyerlerinin yaratılması talebini de gerçekleştiremedi Heckel işçileri. "Kızıl Şafak"ın gelecek sayısında bu acı yenilginin nedenleri üzerinde duracağız.

Spor Birliği'nde ırkçılık yapılıyor

Kuzey Almanya Boks şampiyonasına Türkiyeli boksörler alınmadı

Alman Spor Birliği barışçı, halkları birleştiren faaliyetini isteyerek vurguluyor. Bunun gerçekten nasıl olduğu şöyle dursun, en azından Kuzey Alman Boks Birliği'nde açıktan açığa ırkçılık hüküm sürüyor. Büyük çoğunluğu Batı Berlin'deki spor klüblerinden olan Türkiyeli sporcular Kuzey Almanya şampiyonasına alınmak istenmiyorlar.

Hamburg, Schleswig-Holstein ve Aşağı Saksonya Spor Birlikleri aldıkları karar için "Berlin'den gelen Türler bizim ünvanımızı kapıyorlar" gerekçesini ileri sürdüler. Ve bu kararı kuşkusuz ki, Batı Berlin Spor Birliği'nin oyuna karşı aldılar.

Şüphesiz ki, Batı Berlinli sporcuların Federal ve Kuzey Almanya Bölgesel şampiyonalarına katılma sorunu siyasi bir sorundur. Ancak alınan kararda tamda bu sorun gündeme getirilmiyor.

Aksine, sorunu, Batı Berlin'de boks sporunda ortalamanın üzerinde bir çok Türkiyeli boksörün aktif olduğu, Batı Berlin'deki bir dizi spor klübünün yarı yarıya ya da yarıdan fazla Türkiyeli aktif boksörlerden meydana geldiği oluşturuyor.

Ve normal olarak Federal Alman ya da Berlin Spor Klüplerinde aktif olan ve daha da ustalaşmak isteyen herkes bölgesel ve Federal Alman şampiyonalarına katılabilir.

Açık olan şu ki Berlin'deki klüplerde spor yapan Türkiyeli boksörler gerçekten aktifler. Ve bir çok Batı Alman spor yöneticilerinin geleneklerinde ilk adım, ırk sorununu, milliyetçiliği gündeme getirmektir.

Ancak ne var ki, bu tarzda ve yüksek spor alanında şimdiye değin böylesi bir gerici kararın eşi görülmemiştir. Sporcular yabancı olduklarından dolayı üyesi bulundukları birlikten, şampiyonalardan dıştalanmaktalar. Bu kararı alanların kibar "spor yöneticileri" olması gerek. Üstelik bu tür ırkçı kararı alanlar, faaliyeti yabancılar olmaksızın oldukca tehlikeye düşen bir birliğin yöneticileridir, çünkü bu spor dalına Almanlar arasında ilgi oldukça az. Bu iğrenç, dar milliyetçiliği hor görmek için gerçekten bir boks yanlısı olmaya gerek yoktur.

Ancak böyle görmekte yeterli değil. Bu tür dar görüşlü gerici yöneticilerin bu antidemokratik, spor düşmanı anlayışlarına karşı mücadele edilmelidir.

Çünkü bu da biz yabancılara karşı sürdürülen kışkırtma kampanyasının Federal Almanya'daki günlük yaşama çoktan derin etki yaptığının en açık delilidir.

Kadınların madde 218'e karşı yürüyüşü:

Çocuk yapıp, yapmayacağımızı biz tayin ederiz!

26 Şubat, saat 11'de Adenauerring'de, Karlsruhe

Anayasanın 218. maddesi gene Federal Anayasa Mahkemesi'nde gündeme getirildi. Şimdi çocuk aldırmaların parasının hastalık sigortasının ödememesi için açılan bir davaya bakması gerekiyor Federal Anayasa Mahkemesi'nin. Böylece çocuk aldırma yalnızca zenginlerin bir imtiyazına dönüştürülmek isteniyor. Buna karşı Federal Almanya çapında Kadın Grupları direnişe geçeceklerini açıkladılar. Madde 218'e karşı Merkezi Koordinasyon 26 Şubat'ta Karlsruhe'de bir yürüyüşe çağrı yaptı. Aşağıda Dortmund Kadınlar Grubunun çağrısını aynen yayınlıyor; kadın ve erkek okuyucularımızı bu yürüyüşe katılmaya çağırıyoruz.

Kadınlar tekrardan sokaklara dökülmelidirler! Federal Anayasa Mahkemesi hastalık sigorta belgesi üzerinden çocuk aldırmanın yasal olup olmadığını kararlaştırmaya çağrıldı. CDU/CSU milletvekilleri ücretsiz çocuk aldırmayı kaldırmak için girişimde bulunacaklarını açıkladılar. Kiliseden ve politika alanından gericilerin hastalık sigorta belgesi üzerinden çocuk aldırmaya karşı saldırıları, parası olmayan kadınların hayatlarını çocuk düşürten kadın gelin telinin mutfak masalarında tehlikeye sokmalarını hedefliyor. Maddi durumları iyi olan kadınlar zaten geçmişten beri tıbbı müdahale olanaklarından yararlanabilmekteler.

Madde 218'in sertleştirilmesi çocuk aldırılmalarının sayısını azaltmak yerine, tam tersine kadınların sefaletini daha da artırır.

Çıkarıldığından beri kadınların baskı altında tutulması için kullanılan madde 218'le bugün de tüm alanlardaki haklarımıza saldırılar düzenlenmeye çalışılıyor. Kriz döneminde kadınların evde kalması ve ocağın başına — tabi ki en iyisi hamile olarak — geçmeleri isteniyor. Kamu bütçesindeki tasarrufların yükü özellikle kadınların üzerine bindirilmektedir.

★ Madde 218 karşılıksız olarak kaldırılmalıdır.

★ Hastalık sigorta belgeleri üzerinden çocuk aldırmalar tam olarak finanse edilmelidir.

★ Hamileliğe karşı tüm kadınlar için ücretsiz ve zararsız korunma önlemleri

Hitler ve onu destekleyen büyük kapitalist güçler 4. BÖLÜM

Kömür ve çelik patronlarının Nazi Partisi'ni nasıl bir kitle partisine dönüştürdükleri üzerine

29 Ekim 1929 bir "Kara Cuma" olarak tarihe geçti. Bu günde Nev York Borsası'nda hisse senetleri kurları sonsuza dek düştü. Böylece kapitalist dünya ekonomisinde derin devreli bir krizin başlangıcı için belirgin işaretler verilmişti. Almanya'da daha 1929 yılında "Ekonomik gerileme" kaydedilmişti. Ve kapitalistler o zaman da bugün davrandıkları gibi tavır belirlemiştiler: Onlar dönüşümü talep ettiler.

12 Aralık 1929 yılında Alman Sanayi İmparatorluk Birliği (RDI) şunlara yer verilen bir muhtırayı açıkladı: *"Alman Ekonomisi iki şıktan birini tercih etmek zorundadır. Şayet verginin değiştirilmesi ve ekonomi, mali ve sosyal politikamız için belirleyici bir dönüşümün sağlanması artık gerçekleştirilmezse, o zaman Alman Ekonomisi'nin çöküşü tayin edilmiş olur."* O dönemde hangi somut taleplerin sıralandığına gelince, bunların aynısı bugün Eski ve Yeni Federal Ekonomi Bakanı Lambsdorff'un kötü şöhretli taslağında da okunabilir: *"Sermaye oluşumunu engelleyen ya da sermayeye yıkıcı etkide bulunan vergilerden hissedilir bir tarzda muaf tutulma";* Bütçe tutarının "şimdiye değin olandan daha da güçlü bir şekilde dolaylı vergilendirmekle" karşılanması", ekonominin "tüm kâr getirmeyen engellerden arındırılması"; sosyal sigorta giderleri ve haklarının "ekonominin taşıma gücünün sınırlarına ayarlanması"; *devletin ücret ve çalışma koşullarının biçimlendirilmesindeki zorunlu etkisinin kaldırılması."*



Hitler ve kömür sanayı kapitalisti Emil Kirchdorf.

Ve bu da şunları hatırlatıyor: Bu muhtıranın yayınlanmasından bir kaç hafta sonra RDI'nin olağanüstü üye toplantısı *"sert ve kesin tedbirler almayı gerçekten isteyen tutarlı ve sadık bir hükümet"* talebini ileri sürdü. Bu talep ise, sermayenin, SPD'li Müller'in (1) yönettiği Berlin'deki Reich Hükümeti'ne karşı açıktan açığa bir savaş ilanıdır. Ve üç ay sonra bu hükümet yıkılmıştı da. Tabi ki hükümetin yıkılması seçimle değil, tam tersine Müller'in burjuva koalisyon ortağı RDI'nın talebine uygun olarak hükümet ittifakının dağılmasını sağladı.

Brünning rejimi sıkıyönetim rejimidir.

Katholik Merkez Partisi'nin bir politikacısı olan Heinrich Brünning Mart 1930 yılında SPD'yi dıştalayarak yeni bir kabine oluşturdu. Ve oluşturulan bu kabine artık Reichstag'daki parlamento çoğunluğuna dayanmıyordu, tam tersine o diktatorca geçici kararnamelerle yönetiyordu; Çünkü Hindenburg (2) Weimar Anayasası'nın 48 maddesi geregince kendisine tanınan olağanüstü yasa hakkından dolayı başbakanı bunun için görevlendirebiliyordu. Alınan bu geçici kararnamelerin ilki devlet memurlarının ve emeklilerin maaşlarının yüzde 6 kısıtlanmasını öngörüyordu ve bu geçici kararname özel sektörde aynı yöntemin uygulanması tavsiyesini de kapsıyordu. Aynı zamanda işverenler için sanayi vergisi yüzde 20 düşürüldü.

Görüldüğü gibi Brünning yukarıda aktardığımız RDI'nin muhturasını hükümet politikası kapsamına alarak hayata geçirdi. Bu süreci müşkülsüz olarak biçimlendirebilmek için başı çeken tekeller Reich Hükümeti'ne kendi temsilcilerini gönderdiler. Örneğin dev bir kimya tekeli olan İG Farben (o zaman bunda bugünkü Bayer, Hoechst ve BASF şirketleri birleştirilmiştiler) birlikte ya da arka arkaya Brünning Hükümeti'nde Ekonomi ve maliye Bakanları olarak yer alan üç müdürü hemen görevlendirmişti.

İşte bu şekilde yeni Reich Hükümeti büyük sermayenin başlıca iç politika hedeflerini, bunu isim olarak verecek olursak, parlamentarizmin adım adım sıkıyönetimin uygulanması ile yok edilmesi ve böylece SPD'nin hükümet partisi olarak dıştalanması ile sosyal ve sendikal haklara yoğun saldırı için daha büyük bir manevra alanın yaratılmasını yerine getirmişti. Bu hükümeti mali sermayenin büyük çoğunluğu, her şeyden önce kimya, elektrik tekelleri, ihracat sanayisi, büyük bankaların bir kısmı, ve Krupp'u, Klöckner'i ve Otto Wolff'u kapsayan ağır sanayi destekliyordu.

Ne var ki, Brünning Sıkıyönetim Hükümeti tarafından çıkarlarının ilkin temsil edildiğini görenler mali sermayenin yalnızca bir kesimiydi. 1930 yılında henüz oldukça küçük olan diğer bir kesimi ise daha bu dönemde bir başka politikayı ve bir başka adamı istiyordu: Adolf Hitler. Nazi Partisi başbuğusuna ihtiyaç duyulduğunu önceden kavrayanlar arasında ilk sırada daha 1923 yılında Hitler-darbesini finanse eden çelik kapitalisti Fritz Thyssen yer alıyordu. Bu gereklilik, Nazi Partisi'ni diğer küçük faşist gruplardan ve aşırı gerici terör çetelerinden ayırdeden başlıca önemli bir olaya dayanıyordu.

Hitler'in "sihirbazlık ilacı"

Hitler'in kendisi bu farkı daha 1922 yılında bir memorandumda vurgulamıştı ve bunu "Hamburg Milliyetçiler Klubü"nde yaptığı konuşmalara bağlantılı olarak tüm İmparatorluk'taki sanayicilere göndermişti. Bu memorandumda Hitler tekelci sermayenin büyük sorununa, yani halkın büyük bir kesiminin "Marksizm hastalığına bulaşmış olduğu" olgusunu (bununla kastettiği KPD'nin ve sosyal demokrasinin etkisi altında olduğunu ve bu etki şüphesiz ki yalnızca işçi sınıfını kapsamıyordu) ele alıyordu. Ve sonra "başbuğu" partisinin hedefini açık seçik bir tarzda kısaca ortaya koyuyor: "Marksist dünya görüşünün yok edilmesi ve kökünün kurutulması." Nitekim o bunun gerçekleştirilmesi için harekete geçirilmesi gereken araçları da açıklıyor: "1. eşi görülmemiş, dahiyane bir propaganda ve aydınlatma örgütü; 2. sınırsızca gücü ve en vahşi kararlılığı gösteren, Marksizmin her terörüne on kat karşı koymaya hazır olan, hareketin hücum müfrezesi bir örgüt."

İşte tamda bu "dahiyane örgütlenmiş propaganda" ve en koyu teröre hazır olma kombinasyonu, oldukça erken bir dönemde mali sermayenin en saldırgan unsurlarının Hitler Partisi üzerinde ilgisini toplamıştı. Çünkü saf askeri olarak örgütlenmiş ve faaliyetlerinin tümü işçi sınıfına karşı katliam terörüne girişmekten oluşan Gönüllüler Kıtaları gibi çeteler hiç bir zaman kitle tabanı kazanamazdılar. Kazanmaları şöyle dursun, onlar küçük burjuvazinin geniş tabakaları nezdinde daha ziyade ürkütücü bir etkiye sahiptiler. Ve özellikle tekelci sermayenin ağır sanayi kanadına dayanan geleneksel siyasi örgütlerinin (örneğin Alman Milliyetçi Halk Partisi, DNVP) ise açık sınıf niteliklerinden dolayı Weimar "Düzeni"ne karşı işçi sınıfının gerici tabakalarında etki yaratması şöyle dursun, küçük burjuvazide bile gerçek ve aktif kitle hareketi yaratmak için olanağı yoktu .

Fakat Hitler'in kombinasyonu bu noktada tamamen farklı bir imkân sunuyordu. Nazi Hareketi'nin doruk noktasına ulaştığı 1923 yılında büyük sermayenin "Deutsche Allgemeine Zeitung" adlı gazetesi yaptığı bir yorumda elle tutulur bir şekilde şunu açıkca ortaya koyuyordu: "Ancak ne var ki, ondan (Hitler) önce milliyetçi düşüncelerin ışığında gerçekten bu kitleleri hiç bir kimse harekete geçirmeyi başaramamıştı, çünkü hiç bir siyasi lider Marksist hastalığı bulaşıcılığının karşısına beklenmedik çekici etki yaratan Alman sosyalizmini geçirme önyargısızlığına sahip değildi. Bundan başka hiç bir sihirbazlık ilacı ile bu başarı kaydedilemezdi."

Bu sihirbazlık ilacı, Marksizmi, sermayeyi ve Yahudiliği bir birleşik düşman tasavvuruna karıştıran dizginsiz bir demagoji propagandası, emekçilerle "üretime katılan" Alman işverenlerin birleştirerek halk topluluğu propagandası yapan ve özellikle giderek yoksullaşmakla karşı karşıya kalan küçük burjuva tabakalarına bol keseden vaadeden adi şovenist kışkırtmadır. Fakat bu türden bir propagandayı Amerikan modern reklam tekniği araçları ile yaygınlaştırabilmek için ilk planda paraya, daha çok paraya ihtiyaç vardı.

Hitler, yönetime lâyık adam olarak takdim edildi

Nitekim daha 1920'li yılların ortalarında bu Nazi partisinin finanse edilmesinde anlamlı yatırım gören yalnızca bir Fritz Thyssen değildi. Hitler, 1926/27 yıllarında Ren/Ruhr bölgesinde bulunan ağır sanayicilere amaçlarını açıklamak için buraya bir konferans turuna çıktı. Essen Friedrich Krupp salonunda yapılan konferansa Gelsenkirchen Bergwerk AG (Maden Ocağı) Yönetim Kurulu fahri başkanı ve Maden Sanayisi'nin en büyük nüfuza sahip bulunan tekelçi sermayedarlarından biri olan Kirchdorf da katılmıştı.

Kirchdorf Hitler'i bir özel görüşmeye çağırmış ve ona görüşlerini bir broşürde özelletme görevini vermişti. Daha sonra bu broşürü Ren ve Ruhr bölgesindeki işverenler arasında yayan Kirchdorf'un kendisidir. O aynı zamanda Nazi başbuğusunun Ruhr bölgesindeki maden sanayisinin yayın organı "Reinisch-Westfällische Zeitung"u çıkaran yayımcı Reismann-Grone ile ilişkisini de kurdu. Nitekim Kirchdorf ve Reismann-Grone, Hitler'i DNVP'nin önderlerinden biri olan ve Weimar Cumhuriyeti'nde en büyük basın tekelini elinde bulunduran Alfred Hugerberg ile tanıştırdılar. Hugenberg üzerinden en önemli bankerlerden biri Hitler'le ilişkiye geçti: Reich Bankası' nın eski başkanı Hjalmar Schacht.

Bizzat Schacht'ın kendisi Hitler hareketinin, bunu teşvik eden büyük kapitalistlerin ihtiyaçlarını daha iyi karşılaması için gerekeni yaptı. O, Hitler'in Ekonomi Danışmanı Gottfried Feder'in yerine ağır sanayinin bir mutemeti olan "Berliner Börsenzeitung"un (Berlin Borsa Gazetesi) yazarı Walter Funk'un geçirilmesini ve Reismann-Gronesi'nin üvey oğlu Otto Dietrich'in Nazi Partisi'nin basın şefi olmasını sağladı.

1929 yılının yazında o dönemde henüz görevde bulunan SPD Hükümeti'ne karşı kendilerini "Milliyetçi Muhalefet" olarak gören gerici örgütler, Birinci Dünya Savaşı'nı kaybeden Almanya'nın Versailles Antlaşması'na (3) göre tazminat ödemesinin yeniden belirlendiği "Young Planı"na (4) karşı referandum örgütlediler. Ve Reich Komisyonununda bu referandum için Alman Milliyetçi Halk Partisi'nden Hugenberg'in, gerici savaş örgütü "Stahlhelm"den Franz Seldte'nin ve "Tüm Almanlar Birliği"nden Heinrich Class'ın yanı sıra Adolf Hitler de yer alıyordu. Aşağı yukarı aynı dönemde de Emil Kirchdorf gösterişli bir biçimde NSDAP'nin Nürnberg Kongresine katıldı.

Böylece Hitler hedefli ve bilinçli bir şekilde yönetime lâyık bir adam olarak takdim edildi.



Faşist tasfiye komando birliği.

Örneğin bu şekilde onun bu dönemde bir çok kişinin gözüne batan tehlikeli, aynı zamanda acayip sekterizm kusuru bertaraf edildi. Hitler, böylece geniş yığınlar için kabul edilen ve saygı gösterilen "Milliyetçi Muhalefetin" lideri seviyesine yükseltilmişti; mali sermaye arasında ise o Thyssen ve Kirchdorf'un yanı sıra örneğin çelik tröstünün genel müdürü olan Albert Vögler'in veya Friedrich Flick KG'den Otto Steinbeck'in de ait olduğu ağır sanayinin önemli grupları için de göze çarpan temsilci olmuştu.

Ağır sanayinin büyük kesimlerinin daha 1930 yılında Hitler'in "Marksizmi yok etme" programı üzerine ne denli oy birliği ile anlaştıklarını, Kirchdorf'un o dönemde kömür satış kartelinde her satılan ton kömür başına Nazi Partisi'ne 5 Pfenning verme kararını gerçekleştirebilme olayı da gösteriyor. Tabi ki, bu artık faşistlerin savaş kasasına akan tek bağış değildi. Yoğun maddi destek ve Hitler'in "Milliyetçi Muhalefeti"in başbuğu seviyesine yükseltilmesi, Nazi Partisi'nin Eylül 1930'daki Reichstag seçimlerinde büyük başarı sağlamasının anahtarıdırlar. O, bu dönemde 6 milyonu aşkın oy topladı ve Reichtag'daki milletvekillerinin sayısını 12'den 107'e yükseltebildi. Ayrıca o böylece esas itibarıyla diğer gerici-burjuva partilerinin hesabına SPD'den sonra ikinci büyük güç olmuştu.

Demek ki, Thyssen ve Kirchdorff'un çabaları boşuna değildi. Ve bu seçimden iki ay sonra Fritz Thyssen, RDI baş komisyonunda kendisinin sunduğu ağır sanayiciler grubunun yönetme isteğini gündeme getirdi ve "kendi" partisinin, NSDAP'nin, hükümete katılmasını talep etti. Ve bu istek iki yıl boyunca sürekli gündeme getirildi ve bilindiği gibi daha sonra başarıyla sonuçlandı.

Asla sabit olmayan kimya-elektrik grubunun tutumunu karakterize eden, Thyssen'in saldırgan ilerleyişinin hiç bir şekilde reddedilmemesiydi. Bu grup daha ziyade "kendi" başbakanı Brünning'i Hitler'le görüşme başlatmakla görevlendirdi. Ne var ki, bu görüşmelerde hiç bir sonuç elde edilmedi. Çünkü Hitler ve onun arkasında bulunan güçler bir kaç mevki ile tatmin olmak istemiyordular. Nitekim onlar az değil, başbakanlığı, Reich Hükümeti'nin yönetimini istiyordular.

(Devamı var)

Acıklayıcı notlar:

(1) Hermann Müller: SPD'li politikacı. 1919'de Dışişleri Bakanı, 1920 ve 1928-30 yılları arasında Reich Başbakanıydı.

(2) Hindenburg: 1914 yılında Ordu Başkomutanı, 1925 yılında Reich Cumhurbaşkanlığına seçildi, 1932 yılında yeniden seçildi. Brünning Hükümeti'ni görevden aldı ve 30 Ocak 1933'te Hitler'i Reich Başbakanlığına atadı.

(3) Versailles Antlaşması: 28.6. 1919 yılında Versailles'te Alman İmparatorluğu ile Galip güçler arasında imzalanan, ve 15 bölümden oluşan anlaşma.

(4) "Young Planı": Amerikan maliyeci ve politikacı Oven D. Young'un başkanı bulunduğu Alman Tamirat ödemelerini düzenleyen Uluslararası Komisyon'nun hazırladığı ve kendi ismiyle anılan plandır.

KPD Merkez Yayın Organı'na abone ol!

„KIZIL ŞAFAK"ı ......sayısından itibaren ısmarlamak istiyorum



O yıllık 60 DM O 6 aylık 30DM O Deneme sayısı

Adı ve Soyadı: ....

Cadde: ....

Şehir: ....

Tarih: .... İmza: ....

Başvurudan sonra elinize bir formül geçecek. Ödemeyi bu formülle yapınız. Abone ücreti ödenmeden önce gazete gönderilemez. Deneme sayısı ücretsizdir.

Bu formulü doldurduktan sonra kesip şu adrese postalayınız:
Verlag "Roter Morgen", Wellinghofer Str. 103, Postfach 30 05 26 4600 Dortmund 30.